



Plenarprotokoll

39. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2013

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und Landesminister Hans Wiesen.....

3133

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur.....

3134

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1236

b) Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 ziehen.....

3134

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1306

Berichte zum A-20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.....

3134

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1329

c) Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung.....

3134

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1111 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1293		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	3151
		Hans Hinrich Neve [CDU].....	3153
		Tobias von Pein [SPD].....	3154
Hartmut Hamerich [CDU], Be- richterstatter.....	3135	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3155
Johannes Callsen [CDU].....	3135	Anita Klahn [FDP].....	3156
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3136, 3146	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3158
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3138	Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1281 an den Bildungsausschuss und den Sozi- alausschuss	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3139	2. Überweisung des Be- richts Drucksache 18/1214 an den Bildungsausschuss und den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	3159
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3141		
Lars Harms [SSW].....	3143	Gemeinsame Beratung	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	3144	a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfra- struktur.....	3159
Kai Vogel [SPD].....	3145	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3147	Drucksache 18/1236	
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3148	b) Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwal- tungsgerichts zur A 20 ziehen.....	3159
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	3150	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1306	
Beschluss: 1. Überweisung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/1236 an den Finanzausschuss		Berichte zum A-20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.....	3159
2. Berichts Antrag in Drucksache 18/1329 Nummer 1 mit Berichterstattung erledigt		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
3. Annahme der Num- mer 2 des für selbstständig erklär- ten Änderungsantrags Drucksache 18/1329		Drucksache 18/1329	
4. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/1306 und 18/1111 (neu).....	3150		
Gemeinsame Beratung			
a) Aus den Ergebnissen der Kom- munalwahlen 2013 lernen - „Po- litische Jugendbildung“ fördern und einen Aktionsplan jetzt um- setzen!.....	3151		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1281		c) Weiterbau der A 20 mit westli- cher Elbquerung.....	3159
b) Aktionsplan Politische Jugend- bildung.....	3151	Antrag der Fraktionen von FDP und CDU	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1214		Drucksache 18/1111 (neu)	
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	3151	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1293	

Beschluss: Übernahme und Zustimmung zu der in Drucksache 18/1293 enthaltenen Entschließung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses.....	3159	Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive.....	3170
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Glücksspielgesetzes.....	3160	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1144 (neu)	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1300		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3170
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1327		Dr. Axel Bernstein [CDU].....	3172, 3181
Beate Raudies [SPD].....	3160	Jürgen Weber [SPD].....	3173, 3182
Petra Nicolaisen [CDU].....	3161	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	3174
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3162	Angelika Beer [PIRATEN].....	3176
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3163	Lars Harms [SSW].....	3177
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3165	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3179
Lars Harms [SSW].....	3166	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	3179
Tobias Koch [CDU].....	3167		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3168	Beschluss: Annahme.....	3183
Andreas Breitner, Innenminister....	3169		
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	3169	Gemeinsame Beratung	
Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts bei dem Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein.....	3169	a) Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen....	3183
Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/1295		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1271	
Beschluss: Annahme.....	3170	b) Waldanteil in Schleswig-Holstein weiter vergrößern.....	3183
Wahl der Präsidentin des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein..	3170	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1284 (neu)	
Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 18/1211		c) Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Festhalten an der Zielvorstellung Wald.....	3183
Beschluss: Annahme.....	3170	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1299	
		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3184
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	3185
		Heiner Rickers [CDU].....	3186
		Sandra Redmann [SPD].....	3188
		Angelika Beer [PIRATEN].....	3189

Flemming Meyer [SSW].....	3190	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	3210
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3191		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	3193, 3194	* * * *	
Heiner Rickers [CDU], zur Geschäftsordnung.....	3194	Regierungsbank:	
Beschluss: Annahme der Anträge.....	3195	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Freie Berufe in Schleswig-Holstein.	3195	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/571		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft	
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1102		Andreas Breitner, Innenminister	
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3195, 3204	Monika Heinold, Finanzministerin	
Hartmut Hamerich [CDU].....	3196	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	
Serpil Midyatli [SPD].....	3197	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3199	* * * *	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3200		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3201		
Flemming Meyer [SSW].....	3202		
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3203		
Beschluss: Überweisung der Antwort auf die Große Anfrage Drucksache 18/1102 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3205		
Landesförderung für Katzenkastrationen.....	3205		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1289			
Angelika Beer [PIRATEN].....	3205		
Hauke Götsch [CDU].....	3206		
Sandra Redmann [SPD].....	3207		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3208		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3208		
Flemming Meyer [SSW].....	3209		
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3209		

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen ist Herr Ministerpräsident Albig beurlaubt. Herr Abgeordneter Magnussen hat nach § 57 Abs. 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Sitzung am heutigen Vormittag verhindert ist und nicht teilnehmen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Zu Beginn dieser Tagung wollen wir uns an unseren ehemaligen Landesminister und Landtagsabgeordneten Hans Wiesen erinnern, der am vergangenen Donnerstag im Alter von 77 Jahren verstorben ist. Mit ihm hat Schleswig-Holstein eine prägende Persönlichkeit verloren, einen wegweisenden Menschen, der über die Grenzen unseres Landes hinaus als eine Art Markenzeichen schleswig-holsteinischer Politik galt.

Hans Wiesen, der 1936 in Braunschweig geboren wurde, absolvierte nach dem Abitur zunächst eine Landwirtschaftslehre. Der Tätigkeit als Verwalter auf landwirtschaftlichen Großbetrieben folgte ein weiterer qualifizierter Berufsabschluss, diesmal als staatlich geprüfter Landwirt. Danach war er als Referent bei der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein tätig. Sein späterer Weg in die Landespolitik verlief für damalige Verhältnisse geradezu klassisch. Früh schon engagierte sich Hans Wiesen in der SPD, übernahm als Gemeindevertreter in Bordesholm erste politische Verantwortung und stieg rasch auf zu einem der führenden Köpfe der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Fast 23 Jahre, nämlich von 1973 bis 1975 und dann wieder ab 1977, gehörte er dem SPD-Landesvorstand an. Beinahe zehn Jahre lang war Hans Wiesen auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

1975 zog Hans Wiesen dann in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein und blieb dessen Mitglied bis 1998. Als „Mann vom Fach“ wirkte er hier im Agrar- beziehungsweise im Agrar- und Umweltausschuss mit, dessen Vorsitzender er in der 10. Wahl-

periode wurde. In diesen Jahren wurde Hans Wiesen - bitte gestatten Sie mir dieses Bild – zum Architekten sozialdemokratischer Agrarpolitik. Es war also sozusagen eine Selbstverständlichkeit, dass ihn Björn Engholm nach dem Regierungswechsel 1988 als Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei in sein Kabinett berief. Hans Wiesen leitete das Ressort bis zu seinem Ausscheiden aus der Landespolitik 1998.

Das Amt des Landwirtschaftsministers war Hans Wiesen wie auf den Leib geschneidert. Er war bodenständig und stets nah bei den Menschen, leidenschaftlich, von unerschütterlichen Werten geleitet und daher auch ein Stück weit stur, herzlich, aber darum nicht weniger direkt. Hans Wiesen verkörperte viele der Tugenden und Eigenschaften, die den Schleswig-Holsteinern gern zugeschrieben werden und auf die wir mit Recht stolz sind.

Er war ein überzeugender Politiker, der sich stets für die Benachteiligten und die Schwachen in unserer Gesellschaft einsetzte. Wo immer auch erforderlich, Hans Wiesen stritt in der Sache hart für deren Rechte und deren Interessen und lebte so die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beispielhaft vor. Nicht nur in seiner eigenen Partei war Hans Wiesen bis zuletzt eine wichtige Identifikationsfigur. Er genoss Vertrauen, Respekt und Anerkennung über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Hans Wiesen hat sich mit größtem Engagement und Weitblick um Schleswig-Holstein verdient gemacht. Seine Partei würdigte ihn vor zwei Jahren mit der Willy-Brandt-Medaille, der höchsten Auszeichnung der SPD.

Meine Damen und Herren, wir gedenken heute des früheren Abgeordneten und Landesministers Hans Wiesen in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren von Hans Wiesen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4, 8 bis 12, 14, 15, 19, 22, 28, 35 bis 40, 43, 44, 45, 48, 50, 51, 55 sowie 57 bis 59 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 6, 7, 20, 42 und 49. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 5, 31 und 46, Gesetzentwurf über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsin-

(Präsident Klaus Schlie)

frastruktur und Anträge zum Weiterbau der A 20, die Punkte 21, 26 und 30, Anträge zur Entwicklung des Waldanteils, die Punkte 23 und 53, Antrag und Bericht zur Förderung der Politischen Jugendbildung, die Punkte 25 und 32, Antrag und Bericht zur Zinssicherung, sowie die Tagesordnungspunkte 33 und 60, Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und Antrag für einen Aktionsplan.

Die Fraktionen haben sich nach der Sitzung des Ältestenrats darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 29, Landesförderung für Katzenkastrationen, aus der Sammeldrucksache herauszunehmen und heute Nachmittag mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten aufzurufen.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen zur 15. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich hole nun etwas nach, was mir am Anfang durchgegangen ist. Unser Kollege Wolfgang Baasch ist erkrankt. - Wir wünschen ihm alle ganz herzlich eine gute und baldige Genesung.

(Beifall)

Auch der Abgeordnete Christopher Vogt ist entschuldigt, weil er sich auf der Delegationsreise nach China befindet.

Ich begrüße nun gemeinsam mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Schülerinnen und Schüler der Comenius-Regionalschule Quickborn. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5, 31, und 46 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1236

b) Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 ziehen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1306

Berichte zum A-20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1329

c) Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1111 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/1293

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor ich dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass mit Nummer 1 des Änderungsantrags in der Drucksache 18/1329 ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten wird. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll, und weise darauf hin, dass die Berichterstattung der Landesregierung nach der Aussprache zu den Sachanträgen erfolgt. - Ich sehe, das findet Ihr Einverständnis. Wer also zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich erteile nun das Wort dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Christopher Vogt - der den Bericht aber nicht geben kann, weil er an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Wer macht es ersatzweise für ihn?

(Zuruf: Der Stellvertreter!)

- Der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses. Da gibt es diesen fantastischen Satz, Herr Abgeordneter.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter, für die umfassende Berichterstattung.

Ich hatte bereits auf das Verfahren hingewiesen. Somit erteile ich zunächst das Wort der CDU-Fraktion als Antragstellerin zu a), b) und c).

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das **wichtigste Verkehrsprojekt** für **Schleswig-Holstein**, die A 20 mit der westlichen Elbquerung, steht bei dieser Landesregierung auf dem Abstellgleis. Das ist die bittere Erkenntnis übrigens nicht nur der vergangenen Tage.

Erst setzen die Grünen im Koalitionsvertrag einen **Baustopp** für die A 20 an der A 7 durch, und nach dem **Urteil des Bundesverwaltungsgerichts** kommt von den Grünen jetzt unverhohlene Freude über den Stopp für ein Verkehrsprojekt, das für Schleswig-Holstein höchste Priorität hat.

Stillstand und Blockade, das ist die traurige Verkehrspolitik der Grünen in Schleswig-Holstein heute und in den vergangenen Jahren ihrer Regierungsbeteiligung.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, dieser Landtag hat in seiner Mehrheit oft genug deutlich gemacht, wie wichtig die A 20 mit der westlichen Elbquerung ist. Sie ist das **Schlüsselprojekt** für unser Land, für die **Infrastruktur**, für die Zukunft des Landes, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die **Anbindung der Westküste** und für die Rolle Schleswig-Holsteins im Ostseeraum. Und deswegen sage ich: Die Grünen dürfen an dieser Stelle im Führerhaus nicht länger auf der Bremse stehen.

Wenn die Lippenbekenntnisse des Ministerpräsidenten zur A 20 auch nur einen Hauch von Wert haben sollen, dann muss er sich persönlich in der Koalition klar dafür einsetzen, dass die A 20 weitergebaut wird. Wenn das politische Ziel des Ministerpräsidenten wirklich darin liegt, die A 20 fertig-

zustellen, dann fragt man sich ernsthaft: Wieso lässt er sich wieder und wieder so von seinem grünen Koalitionspartner vorführen?

(Beifall CDU)

Schleswig-Holstein erwartet jetzt eine Entscheidung des Ministerpräsidenten. Und Schleswig-Holstein erwartet, dass er sich in dieser Koalition endlich einmal durchsetzt. Die Wirtschaft wartet auf ein solches Signal, sie braucht Vertrauen und Planungssicherheit und will sich nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen lassen.

Deshalb muss diese Landesregierung gerade jetzt nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die richtigen Konsequenzen ziehen, und wir haben diese beantragt:

Es muss klar werden, dass die **A 20 weiter geplant und gebaut** wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sollen wir denn bauen, obwohl wir aufgrund des Urteils kein gültiges Planungsrecht mehr haben?)

- Richtig, Frau Kollegin von Kalben. Deswegen muss es auch darum gehen, die **Planung aller Teilabschnitte** zu beschleunigen und unverzüglich Baurecht zu schaffen. Hierzu gehört auch die Abschnittsplanung westlich der A 7. Nur so setzen wir ein Zeichen, dass die westliche Elbquerung in diesem Land von diesem Haus wirklich gewollt ist. Nur so lässt sich das Vertrauen der heimischen Wirtschaft und potenzieller Investoren zurückgewinnen.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Callsen, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie auf meinen Zwischenruf, dass wir zurzeit aufgrund des Urteils kein gültiges Planungsrecht haben, und auf meine Frage, ob wir trotzdem bauen sollen, „richtig“ gesagt haben? Habe ich Sie so verstanden, dass wir gegen geltendes Recht bauen sollen?

(Johannes Callsen)

- Nein, Sie haben mich insofern falsch verstanden, als ich gemeint und deutlich gemacht habe, dass die Grünen in diesem Land, übrigens schon in den 90er-Jahren, für Verkehrsvermeidung und für Blockade in der Verkehrspolitik gestanden haben. Das machen sie mit Ihren Äußerungen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts deutlich.

(Beifall CDU)

Das machen sie auch mit ihren Äußerungen zum Thema Elbquerung und noch an vielen anderen Stellen deutlich.

Meine Damen und Herren, die CDU hat es oft genug gefordert, jetzt müssen auch beim **Landesbetrieb** Konsequenzen folgen. Es kann nicht sein, dass dort die Planungskapazitäten heruntergefahren werden. Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal, um die Planung der A 20 vorantreiben zu können.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, Frau von Kalben möchte gern eine weitere Frage stellen.

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde nur gern noch einmal wissen, auf welche Äußerungen von uns Grünen Sie sich beziehen, wenn Sie sagen, dass wir voller Häme und Freude über dieses Urteil gesprochen haben.

- Dann bitte ich Sie, sich doch einmal die Presseklärung des Kollege Tietze anzuschauen, der mittlerweile auch einen Chauffeur hat und Auto fährt.

Meine Damen und Herren, es ist doch vor diesem Hintergrund ein Treppenwitz, dass die SSW-Kulturministerin sieben neue **Planstellen** für den **Denkmalschutz** haben will, während im **Landesbetrieb Personal** für die Infrastruktur fehlt.

(Beifall CDU)

Frau Spoorendonk, verzichten Sie auf selbstgeschaffene Bürokratie, lassen Sie Ihr neues Denkmalschutzgesetz in der Schublade.

Auch der SSW, gerade der SSW muss sich jetzt in der Regierungsverantwortung entscheiden: Wollen Sie tatsächlich 16.000 historische Gebäude im Land erfassen und neu bewerten, oder wollen Sie durch eine klare Prioritätensetzung für die A 20 und die westliche Elbquerung wirklich einmal ein Zeichen

für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein und der Westküste setzen?

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen in diesem Haus nicht zulassen, dass noch mehr Vertrauen in die Zukunft unserer Verkehrswege verspielt wird. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, haben heute die Chance, gemeinsam mit uns ein Signal zu setzen. Stimmen Sie unseren Anträgen zur A 20 und zum Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur zu! Ziehen Sie mit uns an einem Strang für Schleswig-Holstein, seine Menschen und seine Wirtschaft! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich begrüße auf der Besuchertribüne unsere ehemalige Kollegin Frau Angelika Volquartz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat für die SPD-Fraktion deren Vorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die A-20-Debatte heute Morgen auf Antrag der CDU-Fraktion Top-Priorität hat, spricht entweder für außergewöhnlichen Mut oder die Hoffnung auf Totalamnesie in Parlament und Öffentlichkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, die A 20 soll eine der **wichtigsten Verkehrsverbindungen** unseres Landes werden. Sie soll unsere Wirtschaft effektiv stärken, den Alltag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleichtern. Sie ist schließlich auch als ein Produkt der deutschen Einheit zu verstehen. Derzeit ist die A 20 aber vor allen Dingen ein gutes Beispiel für die unterschiedlichen Regierungsstile von Schwarz-Gelb und unserer Koalition.

Lassen Sie mich mit einem kurzen **Rückblick** auf Ihre Regierungszeit beginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Union und der FDP. Schon wenige Monate nach dem Ende von sieben Jahren verschiedener CDU-Verkehrsminister ist das wichtige Infrastrukturprojekt A 20 vor einer seiner größten Herausforderungen. Sie erinnern sich, es waren vier Minister, nämlich die Herren Austermann, Marnette, Biel und de Jager. Übrigens sage

(Dr. Ralf Stegner)

ich das nicht, auch wenn es vier waren, um den Zusammenhang zum Denkmalschutz herzustellen. Vier Minister, das fände ich ein bisschen zu wenig. Aber wie auch immer, sie waren jedenfalls nicht in der Lage, zu einer sauberen, den verfahrensrechtlichen Anforderungen entsprechenden **Planfeststellung** für den Weiterbau der A 20 zu kommen. Genau deshalb liegt die Verantwortung bei Ihnen, Herr Kollege Callsen, und bei niemandem sonst. Das muss man hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Statt konstruktiv am gemeinsamen Projekt zu arbeiten, verbeißen Sie sich nun in windschiefe Argumentationen über Stellenpläne und nicht eingereichte Papiere. Was haben Sie sieben Jahre lang getan? Sie haben Einweihungsbänder durchgeschnitten, Startlöcher gebuddelt, nicht haltbare Ankündigungen gemacht und immer wieder einmal den Landesbetrieb Straßenbau geschröpft. Da ruft einer: „Haltet den Dieb!“, der gerade erwischt worden ist. Das ist der Punkt, über den wir hier reden. Das ist im Übrigen nur ein Beispiel für viele. Ich glaube übrigens, das Planfeststellungsverfahren ist von dem Team de Jager/Zieschang verantwortet worden. Meines Wissens waren es weder Grüne noch Sozialdemokraten, es sei denn, das hätte sich in der letzten Zeit geändert. Aber das wäre mir nicht bekannt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Partei ist groß. Herzlich willkommen! Aber so hatte ich das bisher nicht verstanden.

Ich ahne, wie Sie es bezeichnet hätten, wenn es die SPD-Minister gewesen wären. Wahrscheinlich hätten Sie das viel undiplomatischer, als es meine Art ist, „Pfuscher“ oder „Pleiten, Pech und Pannen“ genannt. Ich vermute ganz stark, dass Sie das getan hätten. Ich will hier heute aber nur sagen: Leider werden uns die Versäumnisse der schwarz-gelben Landesregierung noch lange begleiten. Das gilt für die A 20. Das gilt für den Zustand der Straßen. Das gilt für die gesamte Infrastruktur in unserem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was machen wir jetzt anders, meine sehr verehrten Damen und Herren? Es gibt keine leeren Ankündigungen, sondern **realistische Planung und Umsetzung**. Genau das haben wir in unserem Koalitionsvertrag formuliert. Mit dem Schüren unrealistischer

Erwartungen haben wir Schluss gemacht, übrigens auch bei der Einplanung der Bundesmittel.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig - um es Ihnen einmal zu sagen, Herr Kollege Callsen: das ist ein unabhängiges Gericht - stellt uns vor eine neue und schwierige Situation. Es ändert aber nichts an unserem Ziel, und wir werden prüfen, wie wir das möglichst schnell umsetzen können. Der Grundsatz bleibt: Die A 20 wird gebaut. Wir werden diesseits der A 7 bauen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, und zwar mehr Kilometer, als Sie geschafft haben. Ihr Versuch, unsere Koalition zu spalten, ist ebenso verständlich wie aussichtslos, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Anders als Sie verweigern wir aber nicht die Kommunikation. Winston Churchill, übrigens ein Konservativer, hat einmal gesagt:

„Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.“

Warum tun Sie sich damit eigentlich so schwer? Was macht der Landesvorsitzende der CDU, der Kollege Reimer Böge? Er sagt, man solle doch jetzt das **Verbandsklagerecht** zur Disposition stellen. Das ist die Antwort auf ein Urteil: weniger Dialog, weniger Umweltbelange, weniger Demokratie. - Das ist nicht unsere Vorstellung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Landesregierung wird mit Verkehrsminister Reinhard Meyer jetzt ein **Planänderungsverfahren** einleiten, um die benannten Fehler und Beanstandungen zu korrigieren. Wir wollen das schriftliche Urteil sorgfältig auswerten, Rücksicht auf die Belange nehmen und Alternativen prüfen. Das ist übrigens nicht nur gutes, sondern vor allen Dingen auch seriöses Regieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das unterscheidet sich ganz offenkundig von dem Stil, an den Herr Callsen eben angeknüpft hat.

Aber ich will positiv schließen und sagen: Vielleicht habe ich Ihnen ja doch unrecht getan. Vielleicht haben Sie das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil Sie für Ihre Versäumnisse Buße tun wollen. Heute ist ja schließlich Buß- und Bettag.

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Wenn das so wäre, hätte die Sache ihr Gutes; denn wie man ja weiß, ist Einsicht der erste Schritt zur Besserung. - Willkommen im Club! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon ziemlich überrascht, mit welcher Impertinenz sich die CDU hier hinstellt und uns etwas über Autobahnbau erzählen will. Es ist schon drollig, dass Sie den Punkt auf die Tagesordnung setzen. Wer war es denn, der die Planungen versammelt hat? Wer hat denn 2005 die Verantwortung im Verkehrsministerium getragen? Wir nicht, die SPD nicht, sondern es war die gesammelte Fachkompetenz der CDU. Meine Damen und Herren, die CDU kann keine Autobahn!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf CDU: Aber die Grünen!)

Meine Damen und Herren, Sie sind immer noch im alten Denken verhaftet: **Autobahn** hier, **Natur** da. Autobahn wichtig, Natur muss weichen. - Mit diesem primitiven Denkschema betreiben Sie seit 1949 **Autobahnpolitik**. Aber das funktioniert im 21. Jahrhundert eben nicht mehr, Herr Callsen. Die Sache ist komplexer.

Wenn man glaubt, man könne Bedenken hinsichtlich des Naturschutzes wegfegen und einfach einmal so losplanen, egal, welche geschützte Fledermaus da fliegt, und egal, was die Bürgerinnen und Bürger denken, dann holt man sich eben vor Gericht eine blutige Nase. Genau das ist nun passiert.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das ist meiner Meinung nach überhaupt nicht witzig, liebe Herren von der FDP, sondern das ist hochgradig bedauerlich, weil es nämlich die Planung verzögert.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: So wird das aber nichts mit Schwarz-Grün!)

Es ist richtig, dass es in Deutschland zu lange dauert, etwas zu bauen. Bei einem zu langen Zeitablauf

ändern sich nämlich die Kostenschätzungen. Es ändern sich auch die politischen Mehrheiten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das sagen gerade Sie!)

- Ja, das sagen gerade die Grünen, Herr Arp. - Es ändern sich auch die politischen Prioritäten.

Es ist ein Dilemma, das ich gerade aufzeigen will, Herr Kollege Arp. Auf der einen Seite dauert es so lange. Auf der anderen Seite ist es richtig, dass Bürgerinnen und Bürger in unserem Rechtsstaat vor staatlicher Willkür geschützt sind. Es ist auch richtig, dass den **Verbänden**, die diejenigen vertreten, die sich nicht äußern können, wie zum Beispiel die Tiere, legitimerweise der **Rechtsweg** offensteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie aber zum Beispiel die Entwicklung beim Stromtrassenbau, insbesondere an der Westküste, aber auch in meinen Nachbargemeinden Kummerfeld und Prisdorf, zeigt, kann man durch einen **Dialog** Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Ich weiß, dass der Kollege Lehnert das in Quickborn auch versucht hat. Es gelingt nicht immer. Aber es ist durchaus möglich, Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Deswegen muss man einen Dialog führen. Das wird unser Verkehrsminister - im Gegensatz zu den vorherigen - nun auch tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann sind wir ja großer Hoffnung, dass wir 2020 an der Elbe sind!)

Meine Damen und Herren, die Grünen bekennen sich zur A 20.

(Vereinzelter Beifall FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Seit wann?)

Wir stehen zu unserer **Vereinbarung im Koalitionsvertrag**: Weiterbau bis zur A 7, und das zügig. Das gilt für uns ohne Wenn und Aber.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und danach?)

Es ist bitter, dass die CDU-Verkehrsminister nun im Nachhinein erneut für Unruhe und Streit sorgen. Es ist uns daran gelegen, die Planung zügig und fachgerecht neu zu justieren. Wir werden das sehr unaufgeregt und nüchtern tun. Wir werden zunächst die Urteilsbegründung abwarten und unsere Schlüsse daraus ziehen. Es macht wenig Sinn, jetzt zu fordern, andere Bauabschnitte vorzuziehen, bevor wir die **Urteilsbegründung** kennen; denn die ist wichtig, um zu wissen, in welcher Weise wir Segeberg zukünftig umfahren können. Es macht keinen Sinn,

(Eka von Kalben)

einfach anzufangen zu bauen. Dann kommen wir womöglich mit den Teilabschnitten nicht zusammen.

Nun ein paar Worte zur Frage des **Weiterbaus westlich der A 7**. Dieses Teilstück ergibt höchstens dann Sinn, wenn es tatsächlich an eine Elbquerung angebunden werden kann. Ich sehe aber mittelfristig überhaupt keine Perspektive, wie ein Elbtunnel bei Glückstadt **finanziert** werden soll. Bereits heute ist der Bundesverkehrswegeplan mehrfach überzeichnet. Wir haben hier schon mehrfach darüber debattiert, was wir für eine große Lücke im Erhalt der Infrastruktur haben, allein hier im Land 1,1 Milliarden €. Wenn man dann noch alle anderen Straßen, Kreisstraßen, Brücken und so weiter dazu nimmt, ist es noch wesentlich mehr. Jeder neu gebaute Meter Autobahn muss da sorgfältig abgewogen werden. Wir können es uns nicht leisten, „Autobahnstummel“ in die Landschaft zu setzen, deren Einbindung in ein Gesamtkonzept überhaupt nicht absehbar ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erst wenn die Finanzierung der Elbquerung steht, können wir uns über den Bau der Autobahn dorthin unterhalten. Bis dahin gilt das, was wir im Koalitionsvertrag verabredet haben: Weiterbau bis zur A 7, und zwar unter Einhaltung der naturschutzfachlichen Richtlinien und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die A 20 ist das dringendste und **wichtigste Infrastrukturprojekt** in Schleswig-Holstein. Und wir brauchen den dringenden Ausbau der **A 20 inklusive Elbquerung**.

(Beifall FDP und CDU)

Gerade heute Morgen wurde eine IHK-Umfrage veröffentlicht, nach der 95 % der befragten Unternehmen Wettbewerbsnachteile aufgrund des schleppenden A-20-Ausbaus befürchten. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, Frau von Kalben.

(Beifall FDP)

Wenn Sie sagen, dass „Autobahnstummel“ keinen Sinn ergeben, dann sage ich Ihnen: Ihr Gestammel hier im Landtag ergibt keinen Sinn.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie schaden mit Ihrer Verhinderungspolitik dem ganzen Land. Den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft kann man wirklich nur zurufen: Haltet durch! Der grüne Spuk geht vorbei.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

- Ich bin jetzt dran.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, die A 20 ist und bleibt für die weitere **wirtschaftliche Entwicklung** des Landes von immenser Bedeutung. Vor allem ist die A 20 auch für eine bessere **Anbindung der Westküste** wichtig. Dass es hier zu einer weiteren Verzögerung kommt, ist schlichtweg eine Katastrophe, meine Damen und Herren.

Die peinlichen **Planungsfehler** müssen Konsequenzen haben. Die Strukturen im Landesbetrieb sind zu überprüfen, und es muss ebenso genau noch einmal überprüft werden, wie es denn zu diesen verheerenden Fehlern gekommen ist. Da muss man sich schon die Frage stellen, warum es in sechs Jahren vier CDU-Ministern nicht gelungen ist, einen rechtssicheren Planfeststellungsbeschluss zu erarbeiten, ganz klar.

(Beifall FDP, Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine weitere Folge des Urteils muss auch sein, intensiv über eine **vorgezogene Realisierung** von weiter westlich gelegenen Teilstücken der A 20 nachzudenken. Es ist nämlich ein großer Fehler, Herr Dr. Stegner, dass Sie von diesem **Lückenschlussverfahren** Abstand genommen haben, nur um den Grünen den Eintritt in die Koalition zu ermöglichen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Mit einer konsequenten weiteren Planung und dem Baubeginn für westlich gelegene Teilstücke könnte die Landesregierung endlich mal beweisen, was sie eigentlich mit ihrer ominösen **Westküsteninitiative** beabsichtigt. Da fanden wohl drei Beiratssitzungen statt, aber es gibt noch kein konkretes Projekt, wie Sie die Westküste stärken wollen. Dieser Lückenschluss, der Weiterbau der A 20 westlich der A 7, wäre genau der Schritt, um der Westküste zu zeigen, dass Sie es mit der Stärkung dieses Landesteils ernst meinen.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, ich habe Sie nicht verstanden. Sie haben von einem Lückenschluss westlich der A 20 geredet, während andere von „Stummelbau in die Landschaft setzen“ sprechen.

- Lückenschlussverfahren.

Sagen Sie doch noch einmal ganz genau, welche Lücke von Punkt A bis Punkt B geschlossen werden soll!

Es gibt ja einen Wortsinn. Wenn wir hier Worte im Parlament gebrauchen, dann steckt dahinter ein gebräuchlicher Sinn. Unter einem Lückenschluss verstehe ich eine Verbindung zwischen zwei vorhandenen Punkten. Vielleicht haben Sie da eine andere Sichtweise.

- Geschätzter Kollege Matthiessen, dass Sie mit dem Wort Lückenschlussverfahren nichts anfangen können, das nehme ich Ihnen nicht übel. Es ist in Ihrer Partei gang und gäbe, dass bei Ihnen der Autobahnbau kein Thema ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber jetzt kommt die kluge FDP!)

Wir haben mehrere Planungsabschnitte. Diese Abschnitte, wenn man sie einzeln baut, schließen irgendwann eine Lücke - von der Elbquerung, die geplant ist, vom geplanten Elbtunnel bis zur A 23, weiter bis zur A 7. Diese Scheibchen kann man abschnittsweise bauen. Das ist das, was wir fordern. Wir fordern, dass man, wenn der Bau zur Schließung der Lücke von westlich der A 7 bis zur A 20 nichts wird, eben andere Abschnitte vorzieht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Zwischenfrage, sondern eine Bemerkung, Herr Präsident.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ist es so: Wenn man zwischen zwei Planungsleichen ein Stück Stummel tatsächliche Autobahn baut, dann ist das das Verständnis eines Lückenschlusses à la FDP. Ja?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Das Verfahren heißt so, Herr Matthiessen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen, ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kumbartzky! Darf ich Ihnen ein wenig zur Seite springen,

(Heiterkeit SPD)

indem ich versuche, Ihnen etwas anzubieten, was Lückenschluss sein könnte, denn wir schließen ja offenkundig nicht die Lücke zwischen gebauten Autobahnabschnitten, sondern wir schließen die Lücke, die im Planverfahren durch vier CDU-Minister entstanden ist. Die schließen wir durch die SPD. Vielleicht können Sie das als Erkenntnis für Ihren Lückenschluss nehmen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Dann ist das die SPD-Lücke! - Zuruf FDP: Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

- Wir werden ja gleich hören, was der Herr Wirtschaftsminister dazu sagt. Mich würde es wirklich freuen, wenn der Wirtschaftsminister wieder zu dem Lückenschlussverfahren übergehen würde. Wenn das dann die Unterstützung der Koalition findet: umso besser!

Weiter geht's: Ich war bei den Grünen stehen geblieben, deswegen sprang auch Herr Matthiessen auf und wollte mit einer Zwischenfrage stören. Die Grünen haben in **Reaktion auf das Urteil** - wenn man sich die Pressemitteilungen und die Äußerun-

(**Oliver Kumbartzky**)

gen, die Herr Dr. Tietze und die Fraktionsvorsitzende gemacht haben, anguckt - die A 20 als Prestigeobjekt verhöhnt und die Abgeordneten von SPD, SSW, CDU und FDP als Betonköpfe bezeichnet. Ich finde, es ist wirklich unanständig, die Politiker bei so einem wichtigen Projekt zu verunglimpfen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Machen wir uns nichts vor, liebe Freunde von den Grünen: Es gibt im Landtag eine breite Mehrheit für den Weiterbau der A 20, auch westlich der A 7. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie sagen sonst immer, dass Sie pragmatische Lösungen wollen. Ich fordere Sie auf, im Koalitionsausschuss nachher eine Lösung mitzutragen, die bedeutet, dass auch westlich der A 7 weitergebaut wird. Dieses wichtige Signal muss auch einmal nach draußen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern auf den Gesetzentwurf der CDU zu sprechen kommen - Stichwort Sondervermögen, Verkehrsinfrastruktur. Das ist leider heute noch gar nicht erwähnt worden. Wir finden den Gesetzentwurf richtig und wichtig. Außerordentliche Einnahmen sollten aus unserer Sicht entweder zur Senkung der Neuverschuldung oder für sinnvolle Investitionen genutzt werden, die die kommenden Haushalte entlasten.

Ich dachte immer, dass es bei allen Fraktionen, die der Schuldenbremse zugestimmt haben, auch Usus ist, dass das so gemacht wird. Mit Erschrecken musste ich feststellen, dass die Koalition wieder in alte Verhaltensmuster zurückfällt und mit der Gießkanne durchs Land läuft. Lange sind 50 Millionen € nicht mehr so schnell in Klein- und Kleinstprojekte verplant worden, ohne dass sie einen nennenswerten Effekt haben.

Sie sollten sich wirklich auf eine **große Linie** einigen und sollten dafür sorgen, dass die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein intakt bleibt. Was Sie jetzt gerade betreiben, ist Politik aus den 90er-Jahren, Politik aus dem letzten Jahrtausend. Sorgen Sie dafür, dass die dringenden Probleme des Landes gelöst werden, dass wir eine sichere und gute Verkehrsinfrastruktur in allen Landesteilen haben!

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Frau von Kalben?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie der Meinung, dass die Schwerpunkte dieser Koalition, Bildung und Klimaschutz, die sich in unserem Paket widerspiegeln, aus den 90er-Jahren sind und der Bau von Infrastruktur Politik des 21. Jahrhunderts ist, auch angesichts des Klimawandels, den wir im Moment massiv erleben?

- Frau von Kalben, ich habe gesagt, dass Sie mit Ihrer jetzigen Haushaltsplanung hier und da immer wieder kleine Projekte fördern - das meine ich mit Politik aus den 90er-Jahren -, dass Sie immer, wenn es wirklich Mehreinnahmen gibt, sie gleich wieder verpulvern, ohne wirklich eine gerade, große Linie zu haben. Sie vernachlässigen den Infrastrukturausbau vollkommen.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Blau hat den Titel „Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“. Werden Sie diesem Anspruch gerecht, und sorgen Sie dafür, dass es diese Horizonte gibt, dass wir eine A 20 bekommen, dass wir Landesstraßen haben, die gut ausgebaut sind! Wenn Sie dann bald Ihren Koalitionsausschuss haben: Setzen Sie dieses wichtige Zeichen! Sollten Sie dieses Zeichen nicht setzen, sollten Sie sich weiter gegen einen Weiterbau der A 20 sperren, dann sollten Sie auch so fair und so ehrlich sein, den Koalitionsvertrag umzubenennen in „Nicht erreichbare Horizonte für Schleswig-Holstein“. Ich hoffe, dass es nicht so weit kommt. Tun Sie etwas! - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Dass die Planung der A 20, die Jahre in Anspruch genommen hat, als rechtswidrig verworfen worden ist, weil auf den Schutz vom Aussterben bedrohter Tiere keine Rücksicht genommen wurde, ist eine krachende Pleite für die Planungsbehörde. Man kann das nicht anders sagen.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Dieser Rückschritt schadet unserem Land, den Menschen hier und auch der Wirtschaft, die auf eine Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein angewiesen sind - gerade auch die Westküste.

Die Piratenpartei Schleswig-Holstein fordert deswegen einen konsequenten und zügigen **Ausbau der A 20** auch **über die A 7 hinaus**. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie werden am Ende ja doch zustimmen. Dann können Sie das auch gleich jetzt machen.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben doch bei allen grünen Projekten im Koalitionsvertrag erlebt, wie sie schrittweise abgeräumt worden sind.

Für uns - das muss ich allerdings auch sagen - umfasst ein zügiger Bau der A 20 die gesamte Bauzeit, und nicht, dass Bauruinen in die Landschaft gesetzt werden. Herr Kollege Callsen, Sie haben selbst gesagt, wir bräuchten keine neuen Denkmäler in unserem Land. Deswegen geht es darum, die **gesamte Planung** voranzubringen - einschließlich der Elbquerung -, die jetzt gemachten Fehler zu beseitigen und im ersten Schritt, was den Bau angeht, die Verbindung mit der A 7 herzustellen.

Frau Kollegin Eka von Kalben, ich muss auch sagen: Der Bau der A 20 geht sicherlich nicht zulasten der Unterhaltung der Landesstraßen. Das sind doch völlig andere Finanzmittel.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

An die Adresse der CDU will ich aber auch Folgendes sagen: Die Konsequenz aus diesem Fehlschlag in Leipzig und aus der Schludrigkeit der Behörde kann doch nicht sein, noch schneller zu planen, sondern sorgfältiger, transparenter und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Immer wieder krankt die Planung von Großprojekten in Deutschland daran, dass die Politik den **Bürgerinnen und Bürgern** einen wirklichen und ergebnisoffenen **Dialog** über den Bedarf, die Kosten und Alternativen solcher Projekte verweigert.

Wir PIRATEN haben gestern einen Gesetzentwurf eingebracht, der für echte Bürgerbeteiligung an der Landesplanung sorgen soll. Wir fordern, dass schon über die Notwendigkeit, die Kosten und die Alternativen zu Großprojekten vor der Entscheidung

über das Ob ergebnisoffen mit den Bürgern diskutiert werden muss. Wir wollen ein verständliches Merkblatt über solche Projekte einführen, damit die Bürgerinnen und Bürger das nachvollziehen können.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen, dass Diskussionsveranstaltungen vor Ort angeboten werden und dass das Internet genutzt wird, um echte **Transparenz** über **Planungsverfahren** herzustellen.

(Beifall PIRATEN)

Menschen sollten sich zum Beispiel über das Internet benachrichtigen lassen können, wenn ein Projekt in ihrer Nähe geplant ist. Das ist doch alles technisch möglich. Warum nutzen wir diese Möglichkeiten bisher noch nicht? Nur mit echter Transparenz und echter Bürgerbeteiligung werden wir in Zukunft teure Fehler und Klagen wie bei der A-20-Pleite vermeiden können, die uns um Jahre zurückwerfen.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu den **Anträgen von CDU und FDP**: Dass die **internationalen Beziehungen** zu Dänemark und Polen durch das Urteil zur A 20 belastet werden, ist doch Unfug. Das Urteil lässt auch nicht auf eine Unterausstattung des **Verkehrsbetriebs** schließen, sondern die vorhandenen Kräfte haben ein falsches Verfahren angewandt. Der Verkehrsbetrieb kann schon heute offene Stellen mangels Bewerberinnen und Bewerbern nicht besetzen. Es war doch die CDU-geführte Landesregierung, die diese Stellen gestrichen hat; diese müssen jetzt wieder aufgebaut werden.

Zur **westlichen Elbquerung** will ich ganz klar sagen, dass wir die Realisierung als privat finanziertes ÖPP-Projekt ablehnen, weil Sie dadurch nämlich eine Maut durch die Hintertür einführen wollen. Das ist unseriös geplant und kommt dem Steuerzahler am Ende teurer zu stehen.

(Beifall PIRATEN)

Wir fordern eine transparente Planung dieser Elbquerung und eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof.

Zuletzt möchte ich noch ein paar Worte zum Evergreen „**Sondervermögen**“ sagen. Die CDU-Fraktion will mal wieder mehr Schulden für die Verkehrsinfrastruktur aufnehmen. Ja, unsere Verkehrsinfrastruktur ist in einem schlechten Zustand. Wir können Straßenlöcher auf Dauer nicht mit Schulden

(Dr. Patrick Breyer)

flicken, Herr Kollege Callsen. Mit Ihren Sondervermögen - das gilt für alle Fraktionen - verhalten Sie sich wie ein Alkoholabhängiger, der genau weiß, dass er morgen eine Entziehungskur antreten muss und sich heute noch volllaufen lässt.

(Johannes Callsen [CDU]: Na, na, na!)

Sie wissen doch genau, dass Sondervermögen gegen die Grundsätze einer ordentlichen Haushaltsführung verstoßen, dass sie einen massiven Zinschaden für das Land verursachen, dass sie die Schuldenbremse umgehen und dass sie mutmaßlich verfassungswidrig sind. Gerade die Verschuldungspolitik der letzten Jahrzehnte hat doch dazu geführt, dass heute das Geld für Infrastruktur, Bildung und andere wichtige Projekte fehlt.

Wir PIRATEN erteilen solchen Buchungstricks eine klare Absage und lehnen Sondervermögen kategorisch ab. Was stattdessen zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zu tun ist, haben wir in der letzten Tagung schon ausführlich besprochen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich taugt die endlose Geschichte der **A 20** nicht, um sich gegenseitig Versagen vorzuhalten. Wir können sehen, dass die Fertigstellung der A 20 in jedem Jahr aufs Neue verschoben wurde. Waren es anfangs vornehmlich **finanzielle Fragen**, die das Projekt blockierten, so sind es heute **planungsrechtliche Fragen**.

Schon um das Jahr 2005 sollte die A 20 fertig gewesen sein, so plante man zumindest beim Beginn dieses Projektes kurz nach der Wende. Schon damals war das Ziel ambitioniert, aber zehn Jahre nach diesem Termin werden wir immer noch keine fertige A 20 mit Elbquerung haben.

Dass Planung, Finanzierung und Umsetzung von solchen wichtigen strukturpolitischen Projekten in Deutschland so lange dauern, ist die eigentliche Katastrophe. Da ist es richtig, dass sich unsere Landesregierung in Dänemark informiert, wie dort **schnellere Verfahren** zustande kommen. Schnellere Verfahren allerdings, meine Damen und Herren,

bedeuten im Übrigen nicht, dass man Rechte wie das Verbandsklagerecht aufheben muss.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Zu den jüngsten Verzögerungen muss man ganz klar sagen, dass man sich das Recht eben nicht so hinbiegen kann, wie man es gern hätte.

(Beifall PIRATEN)

Die alte Landesregierung hatte politisch entschieden, die **naturschutzfachliche Prüfung des Projekts** nur unzureichend durchzuführen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es!)

Auch sollte die südliche Streckenvariante nur oberflächlich begutachtet werden. Diese politische Entscheidung, am gültigen Naturschutzrecht vorbei zu planen, rächt sich jetzt. Weil die alte Regierung Dinge zu oberflächlich abgehandelt hat, müssen wir jetzt mit weiteren Verzögerungen von mindestens zwei Jahren rechnen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! Ja!)

Das hat uns die alte Regierung eingebrockt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen das nun richten; das werden wir auch tun. Dabei begrüßen wir ausdrücklich, dass jetzt alle Varianten gleichermaßen untersucht werden und dass man parallel mit der nun neu einzuleitenden Planung das **Gespräch** mit den **Beteiligten** sucht. Es ist sinnvoll, dass man Gespräche mit den Naturschutzorganisationen, der Gemeinde Klein Gladebrügge und der Stadt Bad Segeberg führt, um überhaupt erst einmal herauszufinden, was die beste Lösung sein kann.

Dabei geht es ausdrücklich darum, einen Weg zu finden, wie die A 20 schnellstmöglich weitergebaut werden kann. Denn für den SSW ist ganz klar: Bei der A 20 handelt es sich um das wohl **wichtigste Infrastrukturprojekt** des ganzen Landes. Die A 20 wird dafür sorgen, dass heute noch randständige Teile des Landes besser an die nationalen und internationalen Märkte angebunden werden. Das schafft Arbeit und Zukunft für die Menschen und deren Familien. Genau diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall SSW und SPD)

Um aber endlich eine **saubere Planung** hinzubekommen, müssen jetzt auch alle Planungen für die weiteren Teilstücke unter die Lupe genommen werden. Erst müssen wir das Urteil des Bundesverwal-

(Lars Harms)

tungsgerichts auswerten, dann müssen wir nachsehen, ob die bisherigen Planungen auf den **bisherigen Teilstücken** den Vorgaben des Urteils gerecht werden.

(Beifall PIRATEN)

Wenn dies nicht der Fall ist, meine Damen und Herren, muss auch hierbei sauber nachgearbeitet werden. Wir müssen uns dann die Zeit nehmen, diese ordentliche Planung umzusetzen.

Ob, wann und wie dann noch Geld für die A 20 eingesetzt werden kann, kann man jetzt noch nicht sagen, weil wir nicht wissen, ob das, was geplant war, auch dem Urteil entspricht. Deshalb ist jetzt müßig, über den Weiterbau der A 20 zu spekulieren. Wir wollen die A 20 weiterbauen. Unser Ziel war es, die A 20 bis 2017 bis zur A 7 weiterzubauen. Dieses Ziel werden wir realistischerweise nicht mehr einhalten können, weil die Vorgängerregierung schlampig gearbeitet hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden aber alles dafür tun, so weit wie möglich nach Westen zu kommen. Wir werden darüber hinaus aber auch an der Infrastruktur im Land weiterarbeiten. Die A 23 muss dringend saniert werden. Der Lückenschluss bei Itzehoe muss endlich erfolgen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Auch die A 21 ist immer noch nicht fertig. Genügend Maßnahmen harren also noch ihrer Erledigung.

Dass wir es mit der Verkehrsinfrastruktur ernst meinen, kann man auch an der Tatsache ablesen, dass wir das **Sondervermögen „Verkehrsinfrastruktur“** noch einmal erhöhen. Neben den allgemeinen Haushaltsmitteln werden wir so insgesamt 38,5 Millionen € zusätzlich in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren. Auch das ist ein Zeichen, dass wir gerade hier einen Schwerpunkt setzen, denn der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bedeutet Arbeitsplätze. Gerade diese Maßnahme zeigt, dass das wirtschaftliche Wohlergehen bei uns in guten Händen liegt.

(Beifall SSW)

Das schließt ausdrücklich nicht aus, dass wir uns auch um den Denkmalschutz kümmern. Ein Denkmal in Sachen A 20 haben sich die CDU-Verkehrsminister in den letzten Jahren allerdings nicht verdient. Die waren nicht schützenswert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es nicht so ernst um die A 20 und die Perspektive der Menschen an der Westküste ginge, könnte man über das eine oder andere, das Sie hier heute gesagt haben, auch einmal lachen oder sagen, das sei vielleicht geeignet für den Karneval in Marne, aber nicht für eine ernsthafte Debatte.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Dr. Stegner, wenn Sie behaupten, die vergangene Regierung sei dafür verantwortlich, glauben Sie, dass das irgendjemanden interessiert? Herr Meyer hat recht. Herr Meyer hat gesagt, selbst ein SPD-geführtes Haus hätte sich nicht anders verhalten als die, die das als Vorgänger gemacht haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Selbst ein SPD-geführtes Haus wäre zu der gleichen Erkenntnis gekommen.

Der Abschnitt zwischen Weede und Wittenborn ist bei der EU-Kommission zur Prüfung gewesen. Die Kommission hat grünes Licht gegeben und gesagt: Jawohl, jetzt ist planfestgestellt, jetzt könnt ihr bauen. Es interessiert am Ende überhaupt keinen Menschen mehr, wer wann an welcher Stelle etwas falsch gemacht hat.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden über Verkehr.

(Serpil Midyatli [SPD]: Können Sie das bitte im Protokoll unterstreichen!)

Das hilft keinem Menschen. Es geht hier um **Psychologie**. Herr Stegner, Sie sind wahrscheinlich nicht der Beste, wenn es um positive Wirkung geht. Das sagen Sie selbst in Ihren Beiträgen.

(Zurufe)

Es geht darum, welches **Signal** von diesem Haus seit eineinhalb Jahren ausgeht. Sie wollen keine Infrastruktur, Sie wollen keinen Bau weiterer Straßen, Sie wollen die Straßen zwar unterhalten, aber keinen Neubau.

(Hans-Jörn Arp)

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Sie schaffen weitere Planstellen bei der Denkmalschutzbehörde, wollen aber keine Straßen bauen. Wir werden das größte Freilichtmuseum der Welt, wenn Sie so weitermachen.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Kollege Arp, wenn Sie sagen, es sei Psychologie und politische Stimmung im Land, die die Grünen bezüglich der A 20 Ihrer Meinung nach vergiften, glauben Sie wirklich, dass das Urteil, das jetzt gesprochen wurde, von politischer Stimmung und Psychologie beeinflusst war? Oder ist es ein nach rein fachlichen Vorgaben gefälltes Urteil?

- Frau Kollegin, wir leben in einem Rechtsstaat. Natürlich war das aus Sicht der Richter vernünftig. Das streite ich gar nicht ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Aber es wird in all Ihren Reden - von Ihnen, vom Kollegen Tietze oder von wem auch immer - deutlich, dass Sie keine Infrastruktur wollen, egal in welchen Bereichen. Das haben Sie oft genug gesagt. Es geht um das Bild.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um viel zu viel. - Jetzt einmal langsam. Der Kreis Steinburg und der Kreis Dithmarschen, die Westküste, haben in den nächsten Jahren den höchsten demografischen Verlust.

(Serpil Midyatli [SPD]: Weil die keine Autobahn haben! - Weitere Zurufe)

Die ersten Schulen werden geschlossen. - Frau Kollegin, hören Sie doch einfach zu, oder gehen Sie raus, wenn es Sie nicht interessiert. Wenn Sie davon nichts verstehen, mache ich Ihnen das nicht zum Vorwurf, aber Zuhören hilft manchmal.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja!)

Es geht um die **Perspektive** der **Westküste**. Es geht nicht um ein paar Kilometer Straße, es geht auch nicht um einen Tunnel nach Niedersachsen. Es geht um die Frage, wie wir eine Perspektive für diesen Wirtschaftsraum hinkriegen, wie wir eine Perspektive für diesen Lebensraum hinkriegen.

(Beifall CDU und FDP)

Die Menschen, die da wohnen, haben kein Verständnis für Ihre Arroganz. Herr Minister, wenn Sie erkennen, dass es um **Wirtschaftspsychologie** geht, fangen Sie jetzt an und sagen: Auch westlich der A 7 geht es weiter. Wo wir Baurecht haben, kriegen wir gemeinsam in der Großen Koalition - ob sie nun kommt oder nicht, aber wir gehen einmal davon aus - Geld dafür. Daran habe ich überhaupt keine Zweifel. Was wir brauchen, ist **Bau-recht**. Was Sie schaffen können, ist, so schnell wie möglich die **Landesplanung** aufzustocken, mehr Leute einzustellen, Baurecht zu schaffen. Gemeinsam kämpfen wir dann für den Bau. Das ist psychologisch wichtig für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Um den geht es, dem sind wir verpflichtet. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der SPD-Abgeordnete Kai Vogel.

(Serpil Midyatli [SPD]: Keine Autobahn, keine Kinder! So einfach ist das! - Weitere Zurufe)

- Wir sollten uns darauf verständigen, die Diskussion vom Rednerpult aus zu führen. Das ist auch für all diejenigen, die uns zuschauen, sinnvoller.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Arp, wir waren nicht dabei, Schuld haben immer die anderen, und wir stehen für Fortschritt. - Wer glaubt Ihnen das nach dem jetzigen Paradedstück, das Sie bezogen auf die A 20 geleistet haben?

Lieber Herr Callsen, Sie haben die Bekenntnisse des Ministerpräsidenten und der Koalition zur A 20 angesprochen. Welchen Wert hatten denn die Lippenbekenntnisse Ihres ehemaligen Spitzenkandidaten Jost de Jager, der im März 2013 bei einer Wahlkampfrede sinngemäß geäußert hat: Die A 20 kommt jetzt, und zwar in voller Länge. Welchen Wert hatte denn diese Aussage? Das frage ich Sie.

(Kai Vogel)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das fragen wir uns auch!)

Wenn bei dem **Planfeststellungsverfahren** auf die seit 2007 bekannten **Einwände** der **Naturschutzverbände** - der NABU, hat sich bereits 2007 genau zu diesem Problem geäußert -

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und zwar konstruktiv!)

in irgendeiner Art und Weise Bezug genommen worden wäre, stünden wir jetzt nicht vor dem Problem, das wir haben, und das haben Sie verursacht.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn in diesem Zusammenhang von Ihrem Landesvorsitzenden das **Verbandsklagerecht** infrage gestellt wird, also den Naturschutzverbänden die Möglichkeit genommen werden soll, ihr Klagerecht auszuüben, kann das doch wirklich nur ein Treppenwitz sein.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich schränke die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung ein und löse das Problem. - Das kann doch wirklich nicht der Weg sein! So nicht, das ist kein demokratisches Parastück von Ihnen.

Lassen Sie uns erst einmal den genauen **Wortlaut des Urteils** abwarten und dann die **Konsequenzen** diskutieren. Übereilte Entscheidungen sind genau der Grund für die jetzige Planungslage. Ich halte es hier mit meinem Lieblingsschriftsteller Nadolny, der sagt: Entscheidend ist nicht, wann man ans Ziel kommt, sondern dass man ans Ziel kommt.

Glauben Sie uns: Wir wollen die A 20, und wir werden die A 20 bauen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich deswegen noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Kollege Arp eben gesagt hat, es gehe um Psychologie, und das war ja auch für jeden erkennbar. Nach der Rede, die der Kollege Callsen hier gehalten hat, wo peinliches Schweigen auch in den Reihen der Opposition herrschte, musste noch

einmal jemand ein bisschen Stimmung machen. Dass er dann aber ausgerechnet sagt, die Vergangenheit interessiere niemanden, obwohl Herr Callsen nur über die Vergangenheit geredet hat, finde ich doch ein bisschen frech. In meiner Fraktion würde das so nicht passieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da wäre wenigstens ein bisschen Respekt gegenüber dem eigenen Vorsitzenden vorhanden. Ich verstehe aber, dass Sie ihm beispringen wollen, denn das hat er ja wirklich nötig.

(Zurufe)

Abgesehen davon will ich Minister Meyer in Schutz nehmen, der sich in der Vornehmheit, in der das ein Minister tut, wenn er hier spricht, nicht selber dagegen zur Wehr setzen möchte, dass Sie ihn dafür in Anspruch genommen haben, dass er angeblich gesagt hätte, er hätte es genauso gemacht wie die vier CDU-Minister. Das hätte er ganz bestimmt nicht, und so etwas würde er auch nicht sagen. Auch ich habe das Zitat gelesen. Ich muss mich jetzt einmal bei der FDP bedienen, Herr Kollege Kubicki, so wie Sie das einmal mit Ihrem Wahlspruch gemacht hat. Herr Meyer wollte damit sagen: Natürlich tut das Wirtschaftsministerium, was es kann. Wir tun, was wir können. Aber im Gegensatz zu Ihnen gilt für uns immer noch: Wir können, was wir tun. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Sie sollten Reinhard Meyer nicht für Dinge in Anspruch nehmen, die er weder gesagt noch getan hat.

(Zurufe)

Wenn wir ernsthaft darüber reden, dass man Klage-rechte von Menschen bestreitet und fordert, dass die nicht mehr klagen dürfen, könnte man insgesamt die Frage stellen: Wie ist das mit der Demokratie? Wenn das die Antwort darauf ist, dass man sagt, weil wir wissen, wir machen Pfusch, können wir vor Gericht nur gerettet werden, indem wir den Leuten das Recht abstreiten, den Rechtsstaat einzuschalten, dann muss ich sagen - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: China!)

- Was China angeht, glaube ich, da kann man das eine oder andere durchaus unterschiedlich betrachten.

Aber es hilft Ihnen nichts. Bleiben wir lieber in Steinburg und reden nicht über China. Über das, das muss ich ehrlich sagen, was die CDU-Fraktion hier abliefern sollte man - wenn schon Adventszeit

(Dr. Ralf Stegner)

wäre - den Mantel der christlichen Nächstenliebe ausbreiten. Es war peinlich, dass Sie den Punkt heute für 10 Uhr angemeldet haben. Sie haben es gemerkt. Die Öffentlichkeit merkt es auch. So ist das halt. Pech gehabt. Vielleicht läuft es beim nächsten Mal besser.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Heute ist Buß- und Bettag!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Deshalb stehe ich jetzt auch hier.

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss dem Kollegen Dr. Stegner wirklich in einem recht geben: Die Sozialdemokraten können, was sie tun. Da sie nichts tun, können sie das mit besonderer Intensität.

(Zuruf SPD)

- Ich fand das eben gerade besonders witzig.

(Zurufe)

Unabhängig davon habe ich ein andauerndes . Seit 1992 gehöre ich diesem Hohen Haus an, und seit 1992 führen wir regelmäßig A-20-Debatten. Das Problem ist nur, dass von den Debattenankündigungen tatsächlich äußerst wenig umgesetzt worden ist.

(Beifall FDP und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wenn die Öffentlichkeit die Debatte, die wir heute führen, verfolgt, dann fassen sich die Leute an den Kopf und fragen sich: Was ist denn da los? - Selbstverständlich hat die **Planungsbehörde** Fehler gemacht, sonst wäre das Urteil anders ausgefallen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Grünen sind schuld!)

- Die Grünen sind an dem Planungsfehler nicht schuld,

(Beifall Lars Harms [SSW])

genauso wenig wie Jost de Jager persönlich daran schuld ist, weil er es nicht gemacht hat, genauso wenig wie Herr Meyer daran schuld sein wird.

(Beifall FDP)

Der plant nicht selbst und macht nicht selbst die Abwägung. Das machen Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, aber es ist natürlich unter der Verantwortung von CDU-Ministern geschehen. Vielleicht hat auch der dauernde Wechsel dazu geführt, dass da einige Irritationen in der Planungsbehörde aufgetreten sind.

Aber in allem Ernst: Herr Dr. Stegner, Sie sind jetzt mittlerweile ein bisschen häufiger außerhalb Schleswig-Holsteins unterwegs, nicht nur in Richtung Berlin, sondern auch anderswohin. Die Menschen und die Unternehmen in Schleswig-Holstein verzweifeln, weil sie feststellen, dass mit ins Land gehender Zeit das Problem, Schleswig-Holstein Richtung Süden zu verlassen oder aus dem Süden nach Schleswig-Holstein zu kommen, dramatische Ausmaße annimmt.

Wir werden ab nächstem oder übernächstem Jahr die Überdachung der Autobahn in Hamburg und den sechsspurigen **Ausbau der A 7** bekommen. Herr Meyer, vielleicht gehen Sie einmal darauf ein: Ich erinnere daran, dass die Pfeiler der A 7 südlich von Hamburg zur gleichen Zeit gebaut worden sind wie die Pfeiler der Rader Hochbrücke. Gott bewahre uns davor, uns das einmal genau anzusehen. Wenn wir nicht schnellstmöglich dazu kommen, eine Umfahrung Hamburgs westlich von Hamburg zu erreichen, wird Schleswig-Holstein **wirtschaftliche Nachteile** erleiden. Darunter leiden wir alle. Nur darum darf es gehen.

(Beifall FDP, CDU, PIRATEN, vereinzelt SSW und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Tourismus wird Nachteile erleiden, die hier angesiedelten Unternehmen werden Nachteile erleiden, weil die Märkte außerhalb von Schleswig-Holstein liegen. Deshalb muss es unser Interesse sein - das war eigentlich auch der Appell an die Grünen -, das **Signal** zu geben, dass Sie von dem Ansatz Abstand nehmen, westlich der A 7 keine Weiterführung der A 20 mehr zu wollen, Frau von Kalben. Ich habe Ihnen das während des Wahlkampfs schon gesagt. Sie geben den Menschen und den Unternehmen in Schleswig-Holstein dann keine Perspektive, hier zu bleiben, sich hier zu entwickeln oder sich hier neu anzusiedeln.

Sie geben den **Tourismusbereichen** an der **Westküste** keine Perspektive, sich weiterzuentwickeln, wenn Sie nicht die Möglichkeit schaffen, dass man schnell dorthin und schnell wieder wegkommen kann. Herr Meyer wird das bestätigen. Wir haben im touristischen Bereich eine unmittelbare Konkur-

(Wolfgang Kubicki)

renzsituation von Nachfragern zu Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen werden, weil die Urlaube immer kürzer werden - dafür werden es immer mehr - nicht mehr akzeptieren, dass sie einen Tag auf der Hinfahrt und einen Tag auf der Rückfahrt im Stau stecken. Dann werden sie sich anderweitig orientieren - zum Nachteil der Menschen dieses Landes und ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SSW und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Uns muss daran gelegen sein, den Wohlstand des Landes zu mehren. Dafür brauchen wir dringend und schnellstmöglich mit allen Kräften, die wir haben, die Weiterplanung und die westliche Elbquerung.

Herr Kollege, ein Letztes, Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lückenschluss!)

- Das versuche ich gerade zu erklären. Das Verfahren heißt **Lückenschlussverfahren**.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Wort ist eine Lüge in sich!)

- Das haben wir doch nicht erfunden, Herr Kollege Matthiessen. Das Verfahren heißt so: Lückenschlussverfahren.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Wort ist eine Lüge in sich!])

- Das Verfahren heißt einfach so. Ich kann auch nichts dafür, dass die Strafprozessordnung Strafprozessordnung heißt, auch wenn es da manchmal nicht ordnungsgemäß zugeht. Das Verfahren heißt einfach so. Vielleicht googlen Sie das einmal, dann können Sie das nachlesen.

Wir haben übrigens das Gleiche bei der **B 404** gemacht. Wir haben ein Teilstück einer Autobahn bei Wankendorf gebaut. Da schließen wir jetzt gerade die Lücke zwischen verschiedenen Anschlussstellen. Es macht bei verschiedenen Planungsabschnitten Sinn, manche vorzuziehen und manche erst später zu bauen, je nachdem wie die Planungsreife und die Baureife ist. Es macht vor allen Dingen auch deshalb Sinn - Herr Meyer wird vielleicht noch darauf eingehen -, weil ansonsten das Geld aus dem Bundesetat, das zur Verfügung steht, möglicherweise aus Schleswig-Holstein abgezogen und woanders verbaut wird. Das ist etwas, was wir eigentlich auch nicht wollen. Wir wollen, dass das Geld hier ausgegeben wird und nicht woanders. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Signale von mir gefordert. Ich sagen Ihnen ganz klar: Ich bin und bleibe ein Fan der **A 20**.

(Beifall SPD, CDU, FDP und PIRATEN)

Ich sage auch, dass diese Autobahn ein **herausragendes Verkehrsprojekt** für Schleswig-Holstein ist, und nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für ganz Norddeutschland. Für die Landesregierung gilt: Wir werden so schnell wie möglich die A 20 bis zur A 7 weiterbauen, und wir werden auch alle weiteren Planungsabschnitte westlich der A 7 planen. Das habe ich an dieser Stelle immer wieder betont.

Aber das Urteil des **Bundesverwaltungsgerichts** vom 6. November 2013 ist ein Rückschlag für das Projekt A 20. Der Planfeststellungsbeschluss vom 30. April 2012 ist für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt worden, aber - ich sage das ausdrücklich! - für heilbar. Das ist der entscheidende Punkt. Wir haben Hausaufgaben für die Planfeststellungsbehörden auferlegt bekommen. Die wollen wir so schnell wie möglich auch erledigen.

Das bedeutet im Klartext: Es geht zunächst um den **Fledermausschutz**. Auch hier muss man deutlich sagen, dass das Gericht von der Planfeststellungsbehörde ein Verfahren fordert, das zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens noch gar nicht offiziell galt, nämlich die Tatsache, dass nicht nur relevant ist, wo Fledermäuse tatsächlich fliegen, sondern auch, wo sie fliegen könnten. Das mag man jetzt beklagen, aber das ist das, was heute im Naturschutz gilt. Das werden wir berücksichtigen müssen. Das ist übrigens auch kein Urteil gegen den Gutachter.

Der zweite Punkt betrifft die **Linienführung** und den Vorwurf, den das Gericht der Planfeststellungsbehörde macht, dass alternative Trassenführungen nicht ausreichend genug geplant beziehungsweise betrachtet worden sind, insbesondere im Bereich südlich von Bad Segeberg. Herr Arp, diese Entscheidung ist in der Tat durch die Hausleitung,

(Minister Reinhard Meyer)

durch meinen Vorgänger beziehungsweise seine Staatssekretärin, im August 2011 getroffen worden. Ich habe nicht gesagt, dass ich diese Entscheidung genauso treffen würde, sondern ich habe gesagt: Ich möchte das nicht bewerten. Aber die Folgen müssen wir jetzt tragen, weil das erheblichen Zeitverzug für dieses Projekt bedeutet, um das im Klartext zu sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja, gern.

Tobias Koch [CDU]: Herr Minister, habe ich Ihre Ausführungen gerade richtig verstanden, dass der Landesbetrieb im Jahr 2012 und davor die Planung nach bestem Wissen und Gewissen betrieben, nach damaligem Stand der Wissenschaft und der Technik vorangetrieben und insofern zum damaligen Zeitpunkt keinen Planungsfehler begangen hat?

- Die Planfeststellungsbehörde war der Auffassung, dass sie, was den Fledermausschutz angeht - nicht, was die Linienführung angeht, dazu habe ich gerade etwas gesagt -, dieses nach bestem Wissen und Gewissen tut. Sie hat sich auf einen Gutachter verlassen, der sein Verfahren als das modernste angesehen hat. Das hat das Gericht anders gesehen - so weit die Tatsachen. Das werden wir heilen.

Meine Damen und Herren, natürlich ist bitter, als Verkehrsminister sagen zu müssen, dass der Zeitverzug, der jetzt in der Trassenführung rund um Bad Segeberg eintritt, dazu führen wird, dass wir den **Lückenschluss** der A 20 bis zur A 7 **in dieser Legislaturperiode** nicht mehr schaffen werden, um das ganz deutlich zu sagen. Aber wenn wir jetzt über die **Fehleranalyse** reden - wir wollen alle gemeinsam nach vorn schauen; vielen Dank, Herr Kubicki, ich glaube es war hilfreich, den Blick hier noch einmal nach vorn zu richten -, dann müssen wir feststellen, dass **Verfahren zu lange dauern**. Wir haben 2006 angefangen, und es hat bis 2012 gedauert, bis der Planfeststellungsbeschluss vorlag. Die Anforderungen an den Naturschutz verändern sich. Die Umweltverbände stellen sich vor Gericht -

bundesweit vernetzt - besser auf. Das will ich nicht beklagen, sondern da müssen wir in der öffentlichen Verwaltung besser werden. Deswegen habe ich auch auf der Verkehrsministerkonferenz ange-regt, dass wir uns zwischen den Ländern besser austauschen, weil wir auch dieses Know-how brauchen, um in diesen Verfahren gerichtsfest zu sein.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Eines können Sie uns nicht vorwerfen: Es liegt nicht am **Personal**. Die Stellenabbaupfaden der Vorgängerregierung waren wesentlich steiler, was den Landesbetrieb angeht, als das, was wir zurzeit tun. Außerdem datiert der Planfeststellungsbeschluss vom 30. April 2012. Alles ist sozusagen vorher passiert. Wir haben ein ganz anderes Problem, das hier schon angeklungen ist: Wir können die offenen Stellen, die wir haben - zurzeit sieben offene Stellen -, mit qualifizierten jungen Menschen zum Teil nicht besetzen, weil das Fachkräfteproblem auch in der öffentlichen Verwaltung angekommen ist. Das ist das Problem, und das müssen wir auch angehen.

(Beifall SPD, SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte einen leistungsfähigen Landesbetrieb, der auch in Zukunft solche Projekte stemmen kann und vor Gericht nach Möglichkeit immer recht bekommt.

Wie geht es weiter? - Wir werden das Urteil vernünftig auswerten. Wir werden die Vorgaben des Gerichts beachten. Wir werden sie heilen, und wir werden das im Dialog tun. Wir werden das mit den Umweltverbänden tun. Wir werden das mit der Stadt Bad Segeberg tun. Wir werden das mit den Gemeinden tun, wie zum Beispiel in Klein Gladebrügge. Denn wir brauchen eine transparente, eine **bürgernahe, eine naturschutz- und gerichtsfeste Lösung**. Das ist das, was wir jetzt in diesem Moment tun müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich - weil es eine verbundene Aussprache ist - zum Abschluss meiner Rede noch einmal ganz kurz auf das Thema Sondervermögen eingehen. Meine Damen und Herren von der CDU, was Ihren Gesetzentwurf angeht, werden wir als Landesregierung auch mithilfe der Regierungsfractionen mit Beginn des Jahres 2014 in einem **Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur** 38,5 Millionen € haben. Das ist nahezu der Betrag, den Sie in Ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagen haben.

(Minister Reinhard Meyer)

38,5 Millionen €. Wenn Sie das alles für so tolle Ideen halten, warum haben Sie es denn zu Ihrer Zeit nicht gemacht?

Wir handeln. Wir haben das Thema Verkehrsinfrastruktur auf der Tagesordnung. Das zeigt einmal wieder: Diese Landesregierung handelt und gestaltet die Zukunft Schleswig-Holsteins. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Abstimmung zu a), Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1236. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist einstimmig so beschlossen.

Abstimmung zu b), Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 ziehen, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1306, und Änderungsantrag in der Drucksache 18/1329, Nummer 2. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1306 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/1329, Nummer 2, dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Dazu gibt es - auch wenn wir mitten in der Abstimmung sind - einen Geschäftsordnungshinweis. Frau Abgeordnete Dr. Bohn, Sie haben das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident, nach unserem Kenntnisstand ist Abstimmung in der Sache vorgesehen. Könnten Sie das bitte noch einmal überprüfen?

Präsident Klaus Schlie:

Ja? - Gut. Das wird so signalisiert. Dann stimmen wir in der Sache ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Es geht jetzt um den Antrag Drucksache 18/1306 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/1329, Nummer 2.

(Zuruf)

- Wenn es gewünscht ist, sie zu selbstständigen Anträgen zu erklären, müssen wir über sie getrennt abstimmen.

(Zuruf: Selbstständig!)

- Dann stimmen wir zuerst über den Antrag Drucksache 18/1306 ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/1329. Die Nummer 1 des Antrags ist mit der Berichterstattung durch den Minister erledigt. Wir kommen zur Nummer 2 des Änderungsantrags. Wer dieser seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich denke, das war eine alternative Abstimmung!)

- Nein, Herr Abgeordneter Kubicki. Es ist beantragt worden, die Anträge jeweils zu selbstständigen Anträgen zu erklären. Dann müssen wir sie so abstimmen, wie ich es jetzt durchführe. - Ich sage noch einmal: Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu c), Ausschussempfehlung zum Antrag Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung, Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, Drucksache 18/1111 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und - alle Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN?

(Angelika Beer [PIRATEN]: Nein, ich halte mich!)

- fast alle Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung von Frau Abgeordnete Beer. Damit ist das mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Mehrzahl der Fraktion der PIRATEN so beschlossen.

Weiter haben die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses dem Landtag mit der Drucksache 18/1293 einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Ent-

(Präsident Klaus Schlie)

schließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Lars Harms [SSW]: Den hatten wir gerade eben schon! - Serpil Midyatli [SPD]: Das war der Finanzausschussbeschluss!)

- Drucksache 18/1293 war der Wirtschaftsausschussbeschluss? Danke. - Dann hat sich die Abstimmung darüber erübrigt. Es tut mir leid.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 53 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen 2013 lernen - „Politische Jugendbildung“ fördern und einen Aktionsplan jetzt umsetzen!**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1281

b) Aktionsplan Politische Jugendbildung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1214

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag zur Worterteilung ist: Zuerst die Landesregierung mit dem Bericht zu b), dann die Piratenfraktion als Stellerin des ursprünglichen Berichtsantrags Drucksache 18/510 zu b), dann die CDU-Fraktion als Antragsstellerin zu a) und schließlich die Fraktionen nach Stärke. - Ich sehe, dass das Ihre Zustimmung findet.

Ich erteile der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Waltraud Wende, das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Heute legen wir einen **Bericht zur politischen Jugendbildung** vor. Die Federführung liegt im Bildungsministerium. Maßgeblich mitgewirkt haben auch das Sozialministerium und die Landeszentrale für politische Bildung. Ihnen danke ich sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Unser Bericht ist kein Masterplan, der auf jede Frage eine passende Antwort hat. Er ist eine Bestandsaufnahme, die zeigt, wo wir bereits gut sind und wo wir besser werden können. Die drei Eckpfeiler unserer Aktivitäten im Bereich der politischen Ju-

gendbildung sind: erstens die frühkindliche Sensibilisierung für die Regeln der Demokratie in den Kindertagesstätten, zweitens die politische Bildung unserer Schülerinnen und Schüler im Unterricht und drittens die außerschulische Jugendbildung.

Die von Willy Brandt formulierte Zielvorgabe, wir wollen mehr Demokratie wagen, hat dabei auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Unsere Formate reichen von der Kinderstube der Demokratie über Jugend debattiert, die Zukunftsschule.SH und die Organe der Schülervvertretung bis hin zur Erstwählerkonferenz und zum Projekt jung und wählerisch.

Der Blick auf die Ressourcen, die wir dazu beisteuern, zeigt, dass das MBW die bisher zur Verfügung gestellten **Ressourcen**, nämlich 80.000 € **Sachmittel** und 155 **Lehrerwochenstunden** pro Jahr, auch weiterhin zur Verfügung stellen wird. Zudem wurde bereits im August dieses Jahres in Kiel eine Stelle für die politische Jugendbildung geschaffen. Wir konnten sie mit einer erfahrenen Lehrkraft besetzen. Ihre Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Träger der politischen Bildung miteinander zu vernetzen und neue Formate zu entwickeln sowie Konzepte weiterzuentwickeln und dabei auch mit der Zukunftsschule.SH zusammenzuarbeiten. Zentrale Herausforderung im Bereich der politischen Jugendbildung für uns alle ist: Wie interessieren wir junge Menschen für **demokratische Mitgestaltung**? Wie gelingt es, Kinder, Schüler und Schülerinnen frühzeitig an Prozesse der politischen Mitbestimmung heranzuführen? Wie erhöhen wir die **Wahlbeteiligung** und die **Wertschätzung für politische Prozesse**? Wie wappnen wir uns gegen den erstarkenden **Rechtsextremismus**? Wie machen wir uns stark gegen Rechts? Dies alles sind unser aller Aufgaben. Ich hoffe, dass wir das in Zukunft gemeinsam gestalten werden, und bedanke mich - wie immer - auch dieses Mal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck für die Fraktion der PIRATEN.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Februar dieses Jahres hat meine Fraktion einen Antrag mit dem Ziel in den Landtag

(Sven Krumbeck)

eingebraucht, die politische Jugendbildung in diesem Land nachhaltig zu stärken und fortzuentwickeln. Hintergrund für diesen Antrag waren auch die Anhörungen, die im Zusammenhang mit dem **Wahlalter 16** hier durchgeführt wurden und die immer wieder eines bestätigt haben: Junge Leute, Schülerinnen und Schüler wollen wählen. Sie sind verantwortungsbewusst und neugierig. Eine Neugier auf Politik und Meinungsbildung, die auf der einen Seite nicht immer gestillt werden kann, eine Neugier, die uns auf der anderen Seite aber freuen sollte, wenn wir uns über Wahlmüdigkeit, mangelnde Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit ärgern.

Im zähen Ringen um die Formulierung haben wir statt unseres ursprünglichen Antrags gemeinsam beschlossen, uns zunächst einen Bericht, eine Bestandsaufnahme von der Landesregierung geben zu lassen. Wir PIRATEN haben nie daran gedacht, von der Idee des **Aktionsplans** abzurücken, hätten es aber gut gefunden, wenn ein gemeinsames Signal für politische Jugendbildung von diesem Landtag ausgegangen wäre.

Aber anstatt sich zunächst mit den vorgelegten Fakten zu beschäftigen, fand es die **CDU** sinnvoll, noch schnell einen **eigenen Antrag** vorzulegen. Ich finde das wenig freundlich und kollegial. Zugegeben, es ist vielleicht naiv anzunehmen, dass man bei den Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, fraktionsübergreifend miteinander hätte arbeiten können. Aber ich hatte diesen Wunsch. Darum habe ich auch bei dem ursprünglichen Antrag immer wieder versucht, alle Fraktionen einzubinden. Bis auf die Fraktion der **CDU** haben alle Fraktionen mitgemacht. Das Verhalten spricht für sich. Ich lasse das einfach einmal so stehen.

Der Landesregierung danke ich für den vorgelegten **Bericht**. Ich bin ehrlich: So richtig viel Neues habe ich ihm nicht entnehmen können. Er hat mich nicht sonderlich vorangebracht - verglichen mit meinen Kenntnissen von vor fast einem Jahr. Aber mindestens der Kollege Vogt war im letzten Jahr - ich habe das nachgelesen - skeptisch, ob politische Jugendbildung in die **Kindertagesstätten** gehört. Lieber Christopher, auch wenn du heute nicht da bist, das gehört schon in die Lebenswirklichkeit der Kleinsten. Jede Erfahrung zeigt uns, dass man das da am leichtesten lernen kann.

(Beifall PIRATEN und Tobias von Pein [SPD])

Der Bericht nennt viele gute Projekte, viele kreative Ideen, getragen von engagierten Leuten. Was der Bericht nicht aussagt, ist, ob diese Projekte und In-

itiativen Früchte tragen, ob sie immer mehr Kinder und Jugendliche erreichen, ob sie erfolgreich sind. Da kommen uns auch immer wieder die **komplizierten Strukturen** in die Quere, die Aufgabenteilung zwischen Kommunen und Land. Das mag gut und praktisch sein, aber sie eröffnen der Landesregierung auch immer wieder den Einstieg in den Informationsausstieg.

Ich nehme den Faden aus meiner Rede im Februar auf. Wir wissen, dass die **Gemeinden** gehalten sind, **Jugendliche zu beteiligen**. Ob sie das tun, wie sie das tun, ob die Beteiligungsangebote ausgebaut werden, weiß die Landesregierung nicht - nicht ihre Baustelle, interessiert sie nicht. Das sollte sie aber interessieren - sage ich. Mangels **Controlling** haben wir keine Ahnung. Da wurschtelt jeder so vor sich hin. Im Bericht taucht das als Überschrift auf. Das ist mir aber zu wenig. Da wüsste ich gern mehr.

(Beifall PIRATEN)

Auch was in Schulen passiert, ist im Ansatz gut. Leider kenne ich auch zehnte und elfte Klassen, die noch nie etwas von einem **Wahl-O-Mat** gehört haben, die noch nie das Wählen erprobt haben. Das ist misslich. So, wie es im Bericht aufgeführt wird, könnte man davon ausgehen, dass diese Initiativen jeden jungen Menschen erreichen. Tun sie aber nicht. Das ist nicht gut und spricht am Ende doch für einen **Aktionsplan**, der genau festlegt, was in diesem Land für wen verbindlich sein muss.

So kritisch ich die Anregung der Kultusministerin finde, einen **Gedenkstättenbesuch** verbindlich für alle Schüler zu machen, würde sie damit immerhin erreichen, dass ziemlich jeder von Eindrücken erreicht wird, die bewegen, von Erkenntnissen, die aus keinem theoretischen Unterricht zu gewinnen sind.

Erreichen tun wir **Kinder und Jugendliche** über die ihnen **eigenen Instrumente**. Wir müssen ihre Sprache sprechen, ihre Ansprüche kennen. Im Herzogtum Lauenburg tut man das in hervorragenden Projekten in vorbildlicher Weise. Davon können andere lernen. Ich möchte, dass die erfolgreichen Strategien Modellcharakter bekommen. Darum bin ich wieder am Anfang meiner Idee: Wir brauchen einen Aktionsplan für politische Jugendbildung, am besten schnell, am besten als Signal des ganzen Landtags. Ich hege die Hoffnung, dass wir im Ausschuss eine solche Lösung erarbeiten können.

Mit dem **CDU**-Antrag beschäftige ich mich aus den oben genannten Gründen an dieser Stelle nicht. Sie

(Sven Krumbeck)

müssen sich einmal hinten anstellen. So ist das manchmal, wenn man sich vordrängeln will.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nutze meinen letzten Satz, um all denen zu danken, die jetzt schon engagiert für politische Jugendbildung tätig sind - in den Vereinen und Verbänden, in den Gemeinden, in den Ämtern und in den Kreisen, in den Ausschüssen, in vielen lokalen Projekten, die der Bericht nennt -, und den Jugendlichen, die heute schon zeigen, dass Mittel der politischen Jugendarbeit gut investierte Mittel sind. Ich möchte noch mehr für sie alle tun. Darum freue ich mich auf die Beratung in den Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir eine weitere Gruppe der Schülerinnen und Schüler der Comenius-Regionalschule Quickborn. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Politik** bedeutet für mich im Wesentlichen, dass ich nicht nur mein eigenes **Lebensumfeld gemeinsam mit anderen gestalten** kann, sondern auch die Möglichkeit, mit eigenen Ideen und politischen Überzeugungen die Zukunft zu gestalten. Das ist nach wie vor faszinierend an der politischen Arbeit. Mit unserem Tun hier im Parlament und mit unserer Haupttätigkeit, Gesetze zu beraten und zu beschließen, legen wir unter anderem die Grundlage für ein Miteinander der Menschen.

Deshalb ist **politische Jugendbildung** ein Handlungsfeld, das enorm wichtig ist. Es muss auch früh und intensiv beginnen, dass man junge Menschen anspricht und für die politische Arbeit begeistert. Denn es ist die junge Generation, die künftig in den Parlamenten sitzen wird. Sie wird über die Geschichte unter anderem ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, unseres Landes und so weiter mit voller Leidenschaft debattieren, muss über bessere Lösungen

friedvoll streiten und letztendlich die Richtungen vorgeben.

Neben dem uns vorliegenden Bericht der Landesregierung hat die **CDU-Fraktion** thematisch passend dazu - Herr Krumbeck! - einen **Antrag** eingebracht. Durch die **Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre** und eine **niedrige Wahlbeteiligung** bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ist aus unserer Sicht konkreter Handlungsbedarf geboten. Es tut mir ja leid, dass die PIRATEN bei der Kommunalwahl so schlecht abgeschnitten haben. Aber das können Sie uns nicht anlasten und darauf zurückführen, dass wir uns mit Ihrem Antrag nicht so intensiv beschäftigt hätten. Wir haben uns intensiv mit dem Antrag beschäftigt. Das haben Sie wohl auch in der Ausschussberatung gemerkt.

In Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern meines Wahlkreises, bei Veranstaltungen „Jugend im Landtag“ oder „Jugend im Kreistag“, aber auch bei Gruppenbesuchen von Jugendlichen hier im Landeshaus ist mir immer wieder deutlich geworden, dass das Thema **Wahlen und Mitbestimmung im Schulunterricht** nicht hinreichend behandelt wird. In diesem Punkt tun sich aus meiner Sicht Lücken im Bericht der Landesregierung auf. Die Verankerung der politischen Jugendbildung in den Lehrplänen ist formal gegeben, Frau Ministerin, aber hier scheinen noch Lücken zu sein.

Schülerinnen und Schüler fühlen sich nicht richtig informiert. Auch das ist eine Sache, die wir dringend im Ausschuss aufarbeiten sollten: Wie kann man anders vorgehen, was kann man anders machen? Ich habe auch den Eindruck, dass einige Lehrer Probleme haben, Politik, gerade Kommunalpolitik, deutlich rüberzubringen. Politik fängt eben vor Ort, in der Gemeinde an.

Im Vorwege der Kommunalwahl - auch das wurde deutlich - waren zwar viele Jugendliche darüber informiert, dass Kommunalwahl ist und dass sie zur Wahlurne gehen sollen, aber sie hatten wenig Kenntnisse darüber, was die einzelne Gemeindevertretung, was die Stadtvertretung oder der Kreistag eigentlich zu tun haben, und sind deswegen nicht zur Wahl gegangen.

Obwohl Jugendliche mit 16 wählen dürfen, sind sie in diesem Alter noch nicht wählbar. Sie müssen 18 Jahre alt sein, um gewählt werden zu können. Dies wird von einigen Jugendlichen heute noch nicht gut verstanden. Dies zum Thema schulische Jugendbildung.

Kommen wir zur **außerschulischen Jugendarbeit:**

(Hans Hinrich Neve)

Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Besonders für den Landesjugendring und seine ihm angeschlossenen Jugendverbände kann ich nur lobende Worte finden. Die ehrenamtliche Arbeit, die dort stattfindet, will ich auch im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich loben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Nur von Lob und Dank aber können die ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich der außerschulischen Jugendarbeit nicht leben. Der **Mitteinsatz** für diesen Bereich ist seit Jahren gleichbleibend. Auch hier gilt aber: Wenn wir die politische Jugendbildung ernst nehmen wollen, dann müssen wir mehr in diesen Bereich investieren. Es kann nicht sein, dass wir bei gleichbleibenden Mitteln eine gleichbleibende Arbeit erwarten.

Gleiches gilt auch für die Arbeit der Mitgliedsverbände des Verbandes politischer Jugendarbeit in Schleswig-Holstein, VPJ. Wenn wir ausgerechnet bei den politischen Jugendverbänden sparen, entziehen wir politisch engagierten Heranwachsenden die Grundlage, über verschiedene Politikansätze zu diskutieren. Es geht um unsere Jugendverbände, es geht um unsere Jugendorganisationen, die zwar eigenständig und losgelöst von der Mutterpartei sind, aber trotzdem der Ort sind, an dem der Nachwuchs der Parteien herangebildet wird. Es ist keineswegs zum Schaden für unser Gemeinwesen, wenn wir deutlich machen, dass diese Nachwuchsförderung für die Demokratie auch Kosten verursacht.

Deshalb betone ich:

(Zurufe)

Bei der Verbandsarbeit brauchen wir ein **Mindestmaß an Hauptamtlichkeit**, und zwar bei den Jusos, bei den Julis, bei der Grünen Jugend und bei der Jungen Union ebenso wie bei der SSWUngdom.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Deshalb müssen wir an dieser Stelle konkret nacharbeiten. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns den Bericht der Landesregierung im Ausschuss intensiv diskutieren. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias von Pein das Wort.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Entwicklung der Beteiligung an Wahlen und an politischen Prozessen müssen für uns als Demokratinnen und Demokraten alarmierend sein, denn seit gut zehn Jahren sind wir mit einer immer noch **schlechten Wahlbeteiligung** auf allen Ebenen konfrontiert. Die allgemeine Zufriedenheit mit der Politik ist immer noch niedrig.

Dabei sind **Wahlen** in einer Demokratie eigentlich die egalitärste und **niedrigschwelligste Form** der **politischen Partizipation**. Die Teilnahme an ihnen ist die Grundlage für die Legitimation dessen, was wir hier machen. Deshalb haben wir die Schwelle bei Landtagswahlen gesenkt, denn die Lebenssituation von jungen Leuten hat sich gewandelt und zu mehr Selbstständigkeit auch bei 16- und 17-Jährigen geführt. Nun können sie an dieser Stelle mitentscheiden.

Natürlich reicht aber der alleinige Wahlakt nicht aus. Wir brauchen darüber hinaus **mehr Beteiligung** von Kindern und Jugendlichen und eine **Stärkung der demokratischen Kultur** im ganzen Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Palette der Legenden über das mangelnde Interesse von jungen Leuten an politischen Prozessen ist groß. So wird manchmal von antidemokratischen Einstellungen oder von Politik- und Politikerverdrossenheit gesprochen.

In seiner Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Manfred Göhler die **Motivation von Nichtwählern** untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Verweigerung der Wahlteilnahme in den seltensten Fällen daran liegt, dass sich die Menschen nicht für Politik interessieren oder dass sie gar eine antidemokratische Grundeinstellung haben. Ursache ist eher eine **allgemeine Unzufriedenheit** mit den politischen Parteien, ihrem Personal und der Art und Weise, wie Politik gemacht wird.

Eine Wahlverweigerung, die 15 % der jungen Befragten der Studie mit eben dieser Unzufriedenheit begründeten, ist also nicht zwingend eine Unzufriedenheit mit der Demokratie an sich. Es ist ein Defizit des demokratischen Systems, wenn es die Bür-

(Tobias von Pein)

gerinnen und Bürger nicht an allen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt.

Wir sollten es uns aber nicht so einfach machen, den politischen Prozess in der Demokratie darauf zu reduzieren, dass er ein attraktives oder weniger attraktives Angebot ist, das vom Abnehmer nachgefragt oder zum Ladenhüter degradiert wird. Demokratie ist kein Konsumgut. Politik muss in einer Demokratie zum Mitmachen und Mitgestalten anregen. Sie muss auf Kritik eingehen und auf Zustimmung und Interesse der Menschen treffen, um ihrem Anspruch gerecht zu werden.

Für eine funktionierende Demokratie ist es zentral, dass das Handwerkszeug Demokratie allen Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht wird. **Politische Bildung** kann einen Teil dazu beitragen und ein guter Schlüssel zu mehr Teilhabe an Demokratie sein. Wissen über Strukturen, Zusammenhänge und politische Prozesse ist die Grundlage für Demokratie. Demokratie ist nichts Selbstverständliches, Demokratie muss jeden Tag neu gelebt werden. Deshalb muss es Aufgabe der politischen Bildung auf allen Ebenen sein, junge Menschen an die vielfältigen Möglichkeiten der Mitwirkung heranzuführen.

Der **Bericht der Landesregierung** greift die Vielfalt der Ansätze, die wir in unserem Land haben, auf und zeigt, dass politische Jugendbildung in unserem Land weit mehr ist als nur WiPo-Unterricht. Die Landesregierung hat damit den Berichtsauftrag des Plenums umgesetzt. Wir nehmen den Bericht gern mit in den Ausschuss. Wir werden sehen, wo es noch Handlungsbedarf gibt und wie wir darüber diskutieren können, all dies noch besser machen zu können.

Was uns jetzt als gemeinsame Aufgabe zu tun bleibt, ist, **Perspektiven für die Zukunft der politischen Jugendbildung** in den nächsten Jahren zu entwickeln. Wir haben uns vorgenommen, gemeinsam mit den politischen Jugendverbänden nicht nur darüber zu reden, wie hoch die Zuschüsse des VPJ sein sollten und was damit geschieht, sondern auch darüber, was wir gemeinsam tun können. Wir sollten daher mit den Jugendverbänden insgesamt ins Gespräch kommen und Ideen für eine neue Partizipations- und Demokratieoffensive in Schleswig-Holstein diskutieren.

Ich bitte daher darum, den Bericht der Landesregierung zusammen mit dem Antrag der CDU in den Bildungsausschuss und in den Sozialausschuss zu überweisen. Lassen Sie uns dort gemeinsam darüber diskutieren, wie wir in diesem wichtigen Bereich weiterkommen. Geben wir jungen Leuten eine

Stimme, lassen Sie uns gemeinsam Demokratie stärken und Partizipation und Beteiligung erweitern!

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlbeteiligung lag bei 88,5 %. Das ist ein Traumergebnis und keine Abkehr von der Politik. Von welcher Wahl war dies das Ergebnis? - Es war das Ergebnis der **Juniorwahl zur Bundestagswahl 2013**. In den Wochen vorher hatten sich mehr als eine halbe Million Jugendliche ab der siebenten Klasse auf die Wahl vorbereitet. Sie tasteten sich an den Wahlvorgang und an die eigene Beteiligung am politischen System der Bundesrepublik Deutschland heran. Ziel der Juniorwahl ist das Üben und Erleben von Demokratie. Beides sind zentrale Punkte des Themas politische Bildung. Dies macht auch der Bericht der Landesregierung deutlich, für den ich mich bei der Ministerin und ihrem Haus bedanke.

Der Bericht stellt klar, dass es **vielfältige Projekte und Programme** zur politischen Kinder- und Jugendbildung gibt. Es werden sowohl Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Lehrkräfte durchgeführt als auch Projekte für Kinder und Jugendliche. An den Schulen gibt es die Juniorwahl und den WiPo-Unterricht, und auch in anderen Fächern und Wahlpflichtkursen spielen Politik und Wahlen eine Rolle.

Außerhalb der Schulen bringt sich unter anderem die **Landeszentrale für politische Bildung** ein. Unter ihrer Mitwirkung gab es vor der Bundestagswahl eine Erstwählerkonferenz im Landeshaus, und sie unterstützte das Projekt „jung und wählerisch“. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel bildete Teamer aus, die zu Erstwählerinnen und Erstwählern in die Schulen gingen, um sie von der Wahrnehmung ihres Wahlrechts zu überzeugen. All diese Projekte sind wichtige Bausteine der politischen Bildung. Politische Bildung aber vorwiegend auf eine Erhöhung der Wahlbeteiligung zu reduzieren, wie es der CDU-Antrag macht, ist viel zu kurz gesprungen.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Politische Bildung ist viel mehr, als nur zur Wahl zu gehen. Politische Bildung ist Demokratiebildung, und diese beginnt schon in der **Kita**. Das ist mittlerweile Allgemeinwissen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Bericht sind gute Kita-Beispiele aufgeführt, wie zum Beispiel das Konzept „Kinderstube der Demokratie“ und auch das Forschungsprojekt „Demokratiebildung in Kitas“. Bei diesen Projekten sind die Verankerung von qualifizierter Partizipation ebenso wie Toleranz und Weltoffenheit wichtige Bausteine.

Dieser Ansatz setzt sich in immer mehr **Schulen** fort. Klassenrat, soziales Lernen, Konfliktlotsen, Sozialer Tag, Gewaltprävention, Zukunftsschule Schleswig-Holstein sind einige Stichworte dazu, die im Bericht erläutert werden.

Entscheidend für ein positives politisches Bewusstsein ist die Erfahrung, selbst gestalten und mitmachen zu können, etwas erreichen zu können, wenn man sich einsetzt: für die Gemeinschaft und für sich selbst. Diese Erfahrung, ernst genommen zu werden und mitentscheiden zu dürfen, müssen schon Kinder in den Kitas sammeln können.

Außerhalb der Schulen kommen die Angebote in Jugendverbänden, Jugendzentren und die Mitarbeit in Jugendbeiräten dazu. Am Beispiel der Jugendbeiräte und der **Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen** wird allerdings deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein noch nicht so gut aufgestellt sind. In vielen Kommunen gibt es keine Jugendbeiräte, auch deshalb nicht, weil sich keine Kandidatinnen und Kandidaten finden, und die Beteiligung nach § 47 f Gemeindeordnung wird vielfach nicht oder nur oberflächlich umgesetzt. Hier müssen wir besser werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Um politische Bildung als konstanten Baustein bei Kindern und Jugendlichen zu verankern, ist es wichtig, diese in allen Bereichen zu leben. Wir müssen es schaffen, junge Menschen „zur freien Selbstbestimmung in Achtung Andersdenkender, zum politischen und sozialen Handeln und zur Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ zu erziehen, wie es im Schulgesetz steht. Und das muss im Kindesalter ge-

schehen; denn nach Forschungsergebnissen zur politischen Sozialisation werden politische Grundeinstellungen bis zum Alter von zwölf Jahren erworben.

Im Bericht wird deutlich, dass es die unterschiedlichen **Angebote und Projekte nicht flächendeckend** gibt, die Kinder und Jugendlichen also auch Pech haben können, dass an Schule oder Kita wenig läuft. Es fehlt an Verbindlichkeit und an fester Struktur. Außerdem scheinen Angebote eher nebeneinander zu existieren und **nicht miteinander vernetzt** zu sein. In beiden Punkten besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf.

Wir sind deshalb dabei, für die politische Bildung **zusätzliche Haushaltsmittel** zur Verfügung zu stellen, aber für konkrete Projekte, nicht für die Finanzierung der Verbandsarbeit. Eine gute Anlaufstelle für Vernetzung und Weiterentwicklung der politischen Kinder- und Jugendbildung wäre die **Landeszentrale für politische Bildung**. In ihrem Kuratorium sind viele Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung sowie Politik und Bildungsministerium vertreten. Auch Sozialministerium und kommunale Landesverbände müssen einbezogen werden.

Der Bericht sagt, dass „für das Lernen von Demokratie die Erfahrung von Demokratie entscheidend ist - Kinder lernen Demokratie durch Partizipation“. Dafür brauchen wir ein umfassendes Konzept. Über dieses sollten wir im Sinne des gemeinsamen Antrags, den wir im Bildungsausschuss formuliert haben, in den Ausschüssen weiter beraten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Anita Klahn [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich der Landesregierung namens der FDP-Fraktion meinen Dank für den vorgelegten Bericht sagen. Darauf werde ich noch kurz eingehen. Es ist erkennbar, dass bereits viele Maßnahmen stattfinden, die auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche ein Interesse daran haben, sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Problemen auseinanderzusetzen.

(Anita Klahn)

Der Bericht erfüllt auch die geforderte **Sachstandsaufnahme** und -beschreibung in Form einer reinen Auflistung verschiedener Aktivitäten. Vereinzelt werden auch die Vorgaben zur politischen Jugendbildung in Kita, Schulen und anderen Institutionen benannt. Aber auch wenn die Ministerin hier formulierte, dass dort erkennbar sei, wo man noch besser werden müsse, kann ich das leider nicht erkennen, denn die qualitative Bewertung, ob zum Beispiel die Kernziele erreicht werden und ob das Instrument zur Erreichung der Zielsetzung in den jeweiligen Gruppen das richtige ist, fehlt.

Unzureichend empfinde ich auch die **Darstellung der Mittel**, die für die finanzielle Förderung in dem gesamten Bereich der politischen Jugendbildung verwendet werden. Das Ministerium formuliert zwar in einzelnen Bereichen, aus welchen Töpfen eine Förderung möglich ist. Ich würde es mir jedoch wünschen, dass die Ministerin zu den Beratungen in den Ausschüssen konkretes Zahlenmaterial nachliefert.

Somit kann man die Information des seit Jahren gleichbleibenden Förderbetrags an die Kreise und kreisfreien Städte für außerschulische politische Jugendbildung in Höhe von jeweils 17.000 € wirklich nur als einen kleinen Teilbetrag bewerten.

Über diese aufgeworfenen Fragen werden wir uns also gern im Bildungs- und Sozialausschuss weiter unterhalten. Dort werden wir insbesondere auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antrag der PIRATEN führen müssen, der bekanntlich zu dieser Berichterstattung geführt hat.

Ich möchte an dieser Stelle der Kollegin Strehlau meinen Dank für ihren eben gehaltenen Beitrag aussprechen. Sie haben darin wirklich sehr detailliert und sachlich dargestellt, dass Demokratie mehr ist, als nur Wahlen zu gewinnen. Ich gebe Ihnen völlig recht: Auch im Kindergarten finden die Partizipation und das Erlernen des demokratischen Wesens und der Vorgehensweisen wirklich statt.

Meine Damen und Herren, wer mag widersprechen, wenn es darum geht, mehr Geld in den Bildungsbereich zu investieren?

Ich möchte zum **Antrag der CDU** gern noch folgende Punkte anmerken: Man muss sich fragen, ob die Zielsetzung der Verbesserung der Wahlbeteiligung, speziell bei Jugendlichen, allein durch einen **Aktionsplan** erreicht werden kann. Ich habe da meine Zweifel.

Die eigentlichen Ursachen für eine geringer werdende Wahlbeteiligung sind sicherlich andere: Ent-

politisierung durch Verdruss, aber auch durch Zufriedenheit, Unterschiede zwischen Jung und Alt, Ost und West sowie die Rolle der Medien. Dies sind nur einige Schlagworte, die ich in diesem Zusammenhang nennen will. Ich möchte anregen, dass wir uns an dieser Stelle verstärkt mit den vielfältigen **wissenschaftlichen Studien** zu diesem Thema auseinandersetzen. Ich sage ganz klar: Ein Aktionsplan ohne Berücksichtigung von aktuellen Forschungsergebnissen wird wenig Erfolg haben.

Zweitens beinhalten die Lehrpläne bereits umfangreich Themen und Maßnahmen zur politischen Willensbildung. Eine Evaluation kann hier mit Sicherheit von Vorteil sein. Ich würde mir an dieser Stelle auch wünschen, dass es eine Selbstverständlichkeit wird, dass alle **Schulklassen** mindestens einmal in ihrer Schulzeit einen **Ort des politischen Geschehens besuchen**, ganz gleich ob auf Kreis-, Land- oder auf Europaebene.

(Beifall FDP)

Klarzustellen bleibt aber auch, dass die **Demokratieförderung** nicht allein kommen muss, weil das Wahlalter gesenkt worden ist. Demokratieförderung war und ist schon immer Bestandteil der Schulen gewesen, so wie es das Schulgesetz auch vorgibt: völlig unabhängig vom Alter. Auch da gebe ich Ihnen recht: Es ist wirklich abhängig davon, wie intensiv die einzelnen Lehrkräfte damit umgehen. Aber auch an dieser Stelle denke ich, dass wir im Bildungsausschuss etwas erreichen können.

Schlussendlich bleibt die entscheidende Frage, ob das Parlament die Meinung vertritt und bereit ist, unter dem Gesichtspunkt der angespannten Haushaltssituation und den vielfältigen anderen wünschenswerten Angeboten und Anliegen weitere Mittel für die Förderung eines Aktionsplans sowie zur Unterstützung eines Verbands politischer Jugend bereitzustellen. Wir müssen wohl keine lange Diskussion darüber führen, dass die beantragten **zusätzlichen Finanzmittel** eine Größenordnung haben, bei der die jugendpolitischen Verbände nicht aus dem Vollen schöpfen können. Vielmehr wird auch an dieser Stelle nur ein Fortführen der Mindestarbeit möglich sein. Es wäre also ohne Frage wünschenswert, hier nachzusteuern.

An dieser Stelle möchte ich aber auch etwas anmerken, das ich mit dem Vorsitzenden unserer Jugendorganisation diskutiert habe. Dieser sagt ganz klar: „Sicher hätten wir gern mehr Geld zur Verfügung.“ Aber - das hat mich an dieser Stelle sehr beeindruckt - die Jugendlichen sagen auch: „Wir wissen um die Verschuldung des Landes Schleswig-Hol-

(Anita Klahn)

stein. Man kann nicht das eine fordern, ohne das andere zu geben.“ An dieser Stelle muss ich ganz deutlich sagen: Das ist eine Art und Weise des politischen Umgangs, die ich mir manchmal auch von anderen wünschen würde. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den **positiven Einfluss**, den die **politische Jugendbildung** auf unsere **politische Kultur**, unsere Demokratie und unser Gemeinwesen hat, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Hier von profitieren nicht nur die jungen Menschen selbst, sondern auch die gesamte Gesellschaft. Ich gehe davon aus, dass diese Einschätzung von allen hier geteilt wird. Zumindest für mich und meine Partei kann es an der Notwendigkeit, diese Arbeit zu fördern, nicht den leisesten Zweifel geben. Ich kann mit bestem Gewissen sagen, dass die Koalition aus SPD, Grünen und SSW auch entsprechend handelt.

Schaut man aber auf den **Antrag der CDU**, kann man einen anderen Eindruck gewinnen. Hier wird die verstärkte finanzielle Unterstützung für den **Verband politischer Jugend** eingefordert. Für meinen Geschmack wird sogar ein wenig so getan, als würden wir Unterstützung verwehren, wo sie doch nötig und dringend ist. Nur - um das in diesem Einzelfall kurz klarzustellen -: Der Verband politischer Jugend lebt seit Jahren mit sinkenden Zuwendungen. Sie alle dürften wissen, dass es diesen Trend nicht erst seit dem Regierungswechsel gibt. Man kann hier also nicht gerade von einem Ruhmesblatt für unsere Vorgänger reden. Wertschätzung für die Arbeit des VPJ sieht in meinen Augen anders aus.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter Rot-Grün-Blau wurde dieser Zuschuss zumindest wieder stabilisiert, um wenigstens ein Mindestmaß an Planungssicherheit zu gewährleisten. Hier wären zwar einige Details zu klären, aber eine erhöhte Förderung ist aus Sicht des SSW natürlich grundsätzlich sinnvoll.

Wie anfangs erwähnt, sind SPD, Grüne und SSW die politische Jugendbildung und die umfassende

Partizipation junger Menschen sehr wichtig. Wir waren es, die nach der Wahl keine Zeit verloren haben und eine **Reform der Gemeindeordnung** zur besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemacht haben. Wir waren es auch, die das **Wahlalter bei Landtagswahlen** von 18 auf 16 Jahre gesenkt haben.

Auch wenn es bei der Förderung sicher nicht allein um Geld geht, wird nicht zuletzt anhand des vorliegenden Aktionsplans deutlich, dass wir hier in verschiedenen Bereichen **zusätzliches Geld** in die Hand nehmen müssen. Ich kann versichern, dass wir alles daransetzen, um in den Haushaltsberatungen weitere Mittel für diese wertvolle Arbeit bereitstellen zu können. Da der Wille hierzu trotz der schwierigen Finanzlage klar erkennbar ist, bin ich optimistisch, dass uns das gemeinsam gelingen wird.

Der **Aktionsplan Politische Jugendbildung** zeigt deutlich, wie facettenreich politische Jugendbildung in Schleswig-Holstein ist und wie vielfältig die Maßnahmen des Landes hierzu sind. Einen übergeordneten und sehr wichtigen Aspekt möchte ich herausgreifen: Politische Bildung beginnt im Idealfall viel früher als von der CDU in ihrem Antrag angemahnt; denn politische Grundeinstellungen werden bis und nicht erst ab einem Alter von zwölf Jahren erworben. Es ist deshalb gut und richtig, dass Einrichtungen der **frühkindlichen Bildung** dabei unterstützt und befähigt werden, Kinderstube der Demokratie zu sein.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht des SSW brauchen wir die konsequente Beteiligung der Kinder in Kita und Schule an ganz alltäglichen Entscheidungen. Wir wollen **Partizipation** als durchgängiges **pädagogisches Prinzip** und nicht erst bei Jugendlichen im wahlfähigen Alter.

Natürlich hat die CDU grundsätzlich recht, wenn sie sagt, dass wir aus den Ergebnissen der diesjährigen Kommunalwahl lernen müssen. Aber die Lehren, die wir aus der niedrigen Wahlbeteiligung ziehen sollten, sind vielfältig. Ein aufgestockter Landeszuschuss hier und eine methodische und didaktische Vorbereitung von Schülern im wahlfähigen Alter da, das ist in meinen Augen zu wenig. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Möglichkeiten der Beteiligung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu erweitern; denn nur durch Partizipation, durch die Erfahrung, Einfluss nehmen zu können, gehört und ernst genommen zu werden, lernen Kinder Demokratie.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mehr Möglichkeiten der Beteiligung werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. Daneben halten wir natürlich an unserem Anspruch fest, für eine **auskömmliche Finanzierung und Planungssicherheit** in der demokratischen Jugendbildung zu sorgen.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 18/1281 und den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/1214 - diesen zur abschließenden Beratung - federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre besondere Aufmerksamkeit. Wir müssen noch einmal auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt zurückkommen:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1236

b) Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 ziehen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1306

Berichte zum A-20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1329

c) Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1111 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/1293

Wir hatten zu Punkt c) über die Ausschussempfehlung zum Antrag „Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung“ der Fraktionen von FDP und CDU, Drucksache 18/1111 (neu), abgestimmt. Die Ausschussempfehlung lautete auf Ablehnung. Entsprechend ist mit Mehrheit beschlossen worden. Damit ist der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt gewesen.

Aber es gibt in der Drucksache 18/1293 eine weitere Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses. Dabei geht es um einen Entschließungsantrag. Dieser Entschließungsantrag ist im Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen worden. Es ist empfohlen worden, getrennt abzustimmen. Deswegen lagen die Landtagsverwaltung und der Landtagspräsident an der Stelle richtig.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

- Sonst, Herr Kollege Arp, vertraue ich zu 100 % auf das, was die Fraktionsgeschäftsführer mir sagen. Aber hin und wieder ist Kontrolle ganz gut.

Ich lasse also über diesen Teil der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses in der Drucksache 18/1293 abstimmen. Wer der Entschließung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die meisten Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das ist die Abgeordnete Beer. Damit ist der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses gefolgt worden, und der entsprechende Entschließungsantrag ist so beschlossen.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Glücksspielgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1300

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1327

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Abgeordneten Beate Raudies von der SPD-Fraktion das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über eine Änderung des **Glücksspielgesetzes**, und zwar erneut über die **Verwendung der Einnahmen**. Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wir reden immer noch über Geld, das wir eigentlich nicht haben wollten, jetzt aber so sinnvoll wie möglich einsetzen wollen. Als sinnvoll sehen wir nach wie vor die Unterstützung der Arbeit des **Landesfeuerwehrverbandes** an.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Die Küstenkoalition leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Werbung von jungen Nachwuchskräften für die Feuerwehren, die dringend gebraucht werden.

Seit unserer letzten Debatte im Mai hat unser Land zwei Naturkatastrophen erlebt, nämlich das Elbehochwasser im Juni und das Orkantief „Christian“ im letzten Monat. Beide Naturereignisse haben uns wieder deutlich gemacht, wie wichtig ein funktionierendes Feuerwehrwesen für unser Land ist. An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Tausenden von Männern und Frauen danken, die freiwillig ihren Dienst in den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen verrichten und so einen wichtigen Beitrag für das Sicherheitssystem in unserem Land leisten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen stellt etwas klar, das wir alle miteinander bei der Verabschiedung des Gesetzes im Mai vielleicht nicht vollständig bedacht haben. Im Jahr 2013 hat das Land noch Entgelte aus der

Glücksspielabgabe unter anderem auf Sportwetten vereinnahmt, die auf dem Glücksspielgesetz von Schwarz-Gelb basieren. Noch im Haushaltsentwurf ging das Finanzministerium von einem **Jahresaufkommen** von circa 1 Million € aus. Nun ist das eingetreten, was niemand von uns - außer vielleicht die Urheber des schwarz-gelben Glücksspielgesetzes - erwartet hat: Für 2013 konnte das Finanzministerium deutlich mehr Geld verbuchen.

Um die zusätzlichen Empfänger Landesfeuerwehrverband und Friesenstiftung am gesamten Jahresaufkommen teilhaben zu lassen, hätten wir unseren Beschluss allerdings mit einem Datum versehen müssen, welches ausdrücklich das **Inkrafttreten** regelt. Da wir das nicht getan haben, ist das Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft getreten, nämlich am 26. Juli 2013.

Somit kann der prozentuale Anteil nur von den Einnahmen erhoben werden, die nach diesem Tag eingegangen sind. Das hat zur Folge, dass sowohl die Feuerwehr als auch die Friesenstiftung bis heute die zugeordneten Mittel nicht erhalten haben. Dieses Manko räumt unser Gesetzentwurf aus.

Meine Damen und Herren, der Wille der Koalition ist klar: Die Hälfte der im Jahr 2013 zugeflossenen **Einnahmen** sollen dem **Landesfeuerwehrverband** und der **Friesenstiftung** zugutekommen. Und wenn ich den heute vorgelegten Änderungsantrag richtig verstehe, teilt auch die FDP-Fraktion diese Meinung.

Uns ist allerdings auch klar: Die zusätzlichen Zuwendungsempfänger können nicht in unbeschränkter Höhe von den zusätzlichen Einnahmen profitieren, selbst wenn wir es uns wünschen. Angesichts unserer Haushaltslage ist es notwendig, einen Teil der zusätzlichen Einnahmen zur **Senkung der Neuverschuldung** einzusetzen.

Schwarz-Gelb hat seinen schleswig-holsteinischen Alleingang beim Glücksspielrecht auch immer mit dem Argument verteidigt, man wolle Einnahmen für das Land generieren und so die Haushaltskonsolidierung vorantreiben. Daher sollten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, uns nicht vorwerfen, wenn auch wir das Ziel der Haushaltskonsolidierung im Fokus haben.

Herr Koch wird sicherlich in der nächsten Sitzung sehr viel Mühe darauf verwenden, uns vorzurechnen, wo wir Geld verschwenden, um unsere angebliche Klientel zu bedienen. Insofern sollten Sie unseren Gesetzentwurf heute positiv zur Kenntnis nehmen.

(Beate Raudies)

Aber wir stehen auch zu unserem Wort: Die jetzt in Rede stehenden zusätzlichen Einnahmen werden 2015 wegfallen. Wir sind bereit, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir die neue und wichtige Arbeit des Landesfeuerwehrverbandes, Mitgliederwerbung, Mitgliederstärkung, dann weiter unterstützen können.

Ich bitte um Überweisung unseres Gesetzentwurfs in den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Abgeordnete Petra Nicolaisen für die CDU-Fraktion.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gedacht, die **Verteilung der Mittel aus der Glücksspielabgabe** sei abgeschlossen. Jetzt verhandeln wir es aber zum dritten Mal. Die Koalition spricht gern von Verlässlichkeit. In Ihrem Koalitionsvertrag kommt das Wort häufig vor. Wir können uns nicht darauf verlassen, nicht einmal beim Inkrafttreten von Gesetzen.

Die Nächsten, die dies spüren werden, sind der **Landesfeuerwehrverband** und die **Friesenstiftung**. Zuerst müssen wir die regierungstragenden Fraktionen zum Jagen tragen, um der institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbands überhaupt zuzustimmen. Am Ende haben Sie aber doch Vernunft angenommen. Das erkenne ich an. Dann lassen Sie sich feiern, da die Jahreseinnahmen aus der Glücksspielabgabe mit etwa 6 Millionen € alle Erwartungen übertroffen haben.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass dem Landesfeuerwehrverband, der Friesenstiftung, zur Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung sowie der Suchtarbeit nicht, wie geplant, jeweils 50.000 €, sondern erheblich mehr Geld zur Verfügung stehen. Jetzt gibt es einen Änderungsantrag, mit dem Sie die **Zuschüsse**, die dem Landesfeuerwehrverband und der Friesenstiftung zustehen, **halbieren**. Warum? Weil der Gesetzentwurf zur Jahresmitte verabschiedet wurde, wie Sie eben kundgetan haben? Das ist kein Grund für mich. Das ist eine Ausrede.

(Beifall CDU)

Gerade die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes hat Ihnen von Anfang nicht so richtig in den Kram gepasst.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt nicht! - Zurufe SPD)

Sie haben das Gesetzgebungsverfahren verzögert. Sie haben dem damaligen Entwurf alle Steine in den Weg gelegt, die Sie finden konnten. Sie haben ihm erst zugestimmt, als es für Sie keinen Ausweg mehr gab.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein bisschen bei der Wahrheit zu bleiben, würde nicht schaden!)

Jetzt stellen Sie fest: Es gibt mehr Geld, als Sie sich das gedacht haben. Meine Damen und Herren, das Gesetz enthält nicht umsonst eine Quotenregelung. Steigen die Einnahmen, steigen die Zuschüsse. Sinken die Einnahmen, sinken die Zuschüsse. Ganz einfach ist das.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Nicolaisen, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Petra Nicolaisen [CDU]:

Im Moment nicht, danke. Vielleicht nachher.

(Martin Habersaat [SPD]: Wer solche Freunde hat!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Abgeordnete Nicolaisen.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Hätten Sie damals etwas anderes gewollt, hätten Sie es sagen können. Wären Sie damals der Meinung gewesen, Landesfeuerwehrverband und Friesenstiftung sollten in diesem Jahr nur die Hälfte bekommen, dann hätten Sie es sagen können. Sie haben es nicht gesagt. Sie kommen jetzt, kurz vor Toreschluss, mit Ihrem Entwurf um die Ecke - das zu einem Zeitpunkt, zu dem Ihre Regierung einen Haushaltsentwurf vorlegt, in dem Sie nur Ihre Klientel bedenken.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Martin Habersaat [SPD])

- Ja, ich komme noch dazu. Die 1.400 Feuerwehren brauchen unsere Unterstützung, ideell und auch finanziell. Da sind wir uns alle einig. Die Förderung des Ehrenamtes muss uns am Herzen liegen. Ange-

(Petra Nicolaisen)

sichts des bevorstehenden demografischen Wandels wird das **Werben um die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner** immer aufwendiger und immer wichtiger. Feuerwehr geht uns alle an. Sie ist ein Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Der Landesfeuerwehrverband hat in diesem Jahr mit seinem ersten Marketingkongress eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Tolle Ideen und Konzepte wurden erarbeitet, um auch neue Zielgruppen anzusprechen. Dieses wird hoffentlich nicht der einzige Feuerwehr-Marketingkongress bleiben.

Aber es stellt sich die Frage: Wie geht es in zwei Jahren weiter? **Mitgliederwerbung** ist eine **Daueraufgabe**. Daher brauchen wir auch über das Jahr 2015 hinaus eine dauerhafte Lösung, um die Attraktivität der Feuerwehren und Jugendfeuerwehren, die nicht nur für den Brandschutz, sondern auch als Kulturträger in den Gemeinden unersetzlich sind, zu stärken. Auch dann wird es wieder um Verlässlichkeit gehen. Deshalb rate ich Ihnen: Wagen Sie einmal etwas Neues! Versuchen Sie es einmal mit Verlässlichkeit! Stehen Sie zu dem, was wir einmal verabredet haben! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ein bisschen Ruhe in der CDU-Fraktion! Man muss nicht bei jeder kleinen Gesetzespräzisierung, die wir vornehmen, worüber es einen großen Konsens im Haus gibt, einen Popanz aufbauen. Mann kann auch einfach mal sagen: Hier sind wir uns in der Sache einig,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

wie wir das gemacht haben. Da haben Sie vollkommen recht, Herr Garg.

Ich will es kurz machen: Es ist sehr sinnvoll, die **Friesenstiftung** und den **Landesfeuerwehrver-**

band aus der Abgabe für das Online-Glücksspiel zu finanzieren. Wir machen das, damit der Feuerwehrverband eine Nachwuchskampagne starten kann. Er hat uns gegenüber zugesagt - das war auch schon Gegenstand der Debatte hier im Mai und auch in den Ausschussberatungen -, dass er verstärkt auf Vielfalt setzen will und sich verstärkt in den Bereichen Gender und für Menschen mit Migrationshintergrund - diese zwei Punkte waren uns als Grüne sehr wichtig - einsetzen wird. Wir sind uns sicher, dass der Landesfeuerwehrverband in diese Richtung arbeiten wird.

Ähnlich ist es bei der Friesenstiftung. Auch dort geht es um **kulturelle Vielfalt**. Auch deshalb passt die Förderung der Friesenstiftung ganz gut in unseren Beschluss hinein. Dieser Gesetzentwurf - das hat die Kollegin Raudies gesagt - ist lediglich eine Präzisierung. Sie hat die Gründe dafür genannt.

Wenn ich den FDP-Antrag, der heute Morgen verteilt wurde, richtig lese, dann ist er eine weitere Präzisierung, die aber in der Sache keinen großen Unterschied macht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Dazu wird der Kollege Kubicki sicherlich gleich noch etwas sagen. Nichtsdestotrotz scheint es hier, Frau Nicolaisen, zumindest mit anderen Oppositionsfraktionen einen Konsens zu geben, sodass die Vorwürfe, die Sie gemacht haben, nicht ganz zutreffend sind.

Ich möchte nicht viel mehr sagen, weil ich glaube, dass die Frage der weiteren Förderung von Nachwuchskampagnen eine große Relevanz hat. Das entnehme ich der Tatsache, dass es eine Initiative der PIRATEN gibt, die wir auch beraten müssen. Wir haben im Ausschuss auch gesagt - da habe ich Ihren Protest nicht vernommen -, dass das eine Geschichte ist, bei der wir evaluieren müssen, wie das, was jetzt vom Landfeuerwehrverband geplant wird, auch umgesetzt wird, welche Effekte das hat. Das wollen wir gern in guter Manier gemeinsam tun.

Ich würde Sie einladen, sich daran konstruktiv zu beteiligen und diesen Popanz wieder einzupacken. Denn das ist wenig zielführend. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle mit einer gewissen Genugtuung fest, dass die tatsächlichen **Einnahmen aus der Glücksspielabgabe** bis zum Oktober dieses Jahres die erwarteten Jahreseinnahmen bereits um das Sechsfache übertroffen haben. Damit ist klar, dass die Skepsis der einzelnen regierungstragenden Fraktionen unbegründet war. Ihre damaligen Prophezeiungen, dass das Glücksspielgesetz unattraktiv sei und die Anbieter wegen einer niedrigen Besteuerung weiterhin ihre Geschäfte auf Gibraltar oder anderswo führten, sind nicht eingetreten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat das gesagt?)

- Herr Kollege Dr. Stegner beispielsweise als der große Glücksspielexperte! Es würde Größe zeigen, wenn Sie im Nachhinein zugeben würden, dass Sie sich hierbei geirrt haben.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Mit dem **Glücksspielgesetz** wurde ein Gesetz geschaffen, das in der Lage ist, den bestehenden Grau- und Schwarzmarkt auszutrocknen und das Glücksspiel in **legale Bahnen** zu lenken - unter gleichzeitiger Gewährung des höchsten Spielerschutzes, der schärfsten Kontrolle von möglichen Geldwäscheaktivitäten und unter Abführung entsprechender Glücksspielabgaben. Es war ein Fehler, die erfolgreiche Politik der Öffnung unter strenger staatlicher Aufsicht zu verlassen und einem Glücksspielstaatsvertrag beizutreten, der eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten von Inaktivität und Stümperei begleitet wird.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Auf Grundlage des **Glücksspielstaatsvertrags** wurde bis heute keine einzige **Sportwettenlizenz** vergeben - übrigens noch nicht einmal an die staatliche Lotteriegesellschaft. Hiermit werden Spieler außerhalb Schleswig-Holsteins geradezu gezwungen, in die unerwünschten Grau- und Schwarzmärkte abzuwandern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ihr dogmatisches Vorgehen beim Glücksspiel hat nichts mit einer verantwortlichen Politik gemein. Es ist nicht sachgerecht, wenn legales Glücksspiel verboten und das Spiel damit zwangsweise in den Grau- und Schwarzmarkt getrieben wird. Es fördert geradezu unerwünschte Auswüchse, wenn Glücksspiel zunehmend in dunkle Hinterhöfe gedrängt wird. Es hilft niemandem - am wenigsten dem

Spielsüchtigen selbst -, wenn künftig ohne staatliche Aufsicht und entsprechende Standards gespielt wird.

Zu guter Letzt zeigen Sie mit dem Entwurf zur Änderung des Glücksspielgesetzes selbst, dass das **Abgabenaufkommen** aus dem Glücksspiel viel für das Gemeinwohl in diesem Land bewirken kann.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit gern. Ich hätte mich gewundert, wenn Sie sich nicht gemeldet hätten.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, ich unterbreche Ihren Nekrolog auf die schwarz-gelbe Glücksspielgesetzgebung nur sehr ungern. Man kann hören, wie bedauerlich Sie es finden, dass parlamentarische Mehrheiten so sind, wie sie sind.

- Das stimmt!

Aber würden Sie bitte Folgendes zur Kenntnis nehmen: Der einzige Punkt, bei dem sich in der Tat etwas geändert hat, ist, dass es mehr Einnahmen gibt.

Frau Raudies hat in ihrer Rede vorhin deutlich gesagt, es seien Mehreinnahmen aus einem Bereich, in dem wir keine Mehreinnahmen haben wollten.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Diese Einnahmen werden jetzt vernünftig verteilt. Insofern hat sich weder an unserem Dissens noch an der parlamentarischen Mehrheit, die Ihren Geisterfahrervertrag geändert hat, etwas geändert.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich muss jetzt zurückfragen: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie auch staatliche Einnahmen bei öffentlich organisierten Wettspielen für schädlich halten und darauf verzichten wollen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD] winkt ab und nimmt wieder Platz)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Kubicki, nach unserer Geschäftsordnung ist es nicht vorgesehen, dass der Redner am Rednerpult die Frage stellt.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Es ging um Geld, das Sie nicht haben wollten. Wenn der Staat Glücksspiele veranstaltet, bekommen Sie auch Geld, das Sie nicht haben wollen. Habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden? Das wäre doch schön, denn dann könnte die Glücksspielabgabe beispielsweise bei den Casinos drastisch gesenkt werden, Sie könnten auf die Einnahmen daraus und zum Beispiel von Lotto verzichten.

(Vereinzelter Beifall CDU und PIRATEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt auf den Gesetzentwurf zu sprechen kommen. Ich möchte vorausschicken, dass wir beispielsweise die **Differenzierung** zwischen den **Suchtverbänden** sowie zwischen **Landesfeuerwehrverband** und **Friesenstiftung** mit Blick auf die halbjährliche Dotierung nicht nachvollziehen können. Aber es ist nun einmal so, wie es ist.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Kollege Koch, wir sind nur dabei, den gesetzgeberischen Murks der regierungstragenden Fraktionen zu verbessern. Das dürfen wir doch auch als Opposition, oder nicht?

(Tobias Koch [CDU]: Können wir doch anders machen! Besser machen!)

- Dann machen Sie das doch anders und besser, Herr Koch, und lassen Sie uns unsere Arbeit tun.

(Beifall FDP)

Wir wollen den regierungstragenden Fraktionen helfen, das gesetzgeberisch ordentlich umzusetzen, was sie verkünden.

Auf Anfrage der FDP-Fraktion hat Staatssekretär Losse-Müller am 23. Oktober im Innen- und Rechtsausschuss mitgeteilt, dass sich die Einnahmen aus der Glücksspielabgabe auf über 6 Millionen € beliefen, dass es sich aber bei 4,5 Millionen € dieser 6 Millionen € um Nachzahlungen handele. Eigentlich würden die Feuerwehren und die Friesenstiftung nur mit 14.000 € beteiligt.

Die Mittel zur Finanzierung der Suchtarbeit sowie die Aufkommen für die Schuldner- und Insolvenzberatung lägen, weil sie mit Inkrafttreten des Gesetzes einen Anspruch darauf hätten, bei 300.000 €. Die regierungstragenden Fraktionen haben darauf-

hin im Ausschuss erklärt, dass der geäußerte politische Wille ursprünglich ein anderer gewesen sei und sie den Landesfeuerwehrverband und die Friesenstiftung mit jeweils 150.000 € dotieren wollten.

Dazu zitiere ich aus der Pressemitteilung des Kollegen Harms vom 23. Oktober:

„Da das neue Glücksspielgesetz seit Juli in Kraft ist, wird für 2013 auf Basis der hälftigen Jahreseinnahmen ausgeschüttet. Allerdings haben die Jahreseinnahmen mit insgesamt 6 Millionen € alle Erwartungen übertroffen, sodass statt der seinerzeit berechneten 50.000 € nun ganze 150.000 € in die friesische Arbeit investiert werden können.“

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

„Damit leistet die Küstenkoalition einen wichtigen Beitrag für die Werbung von jungen Nachwuchskräften für die Feuerwehren und für die friesische Kultur in Nordfriesland.“

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Der derzeitige Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen stimmt jedoch mit dieser Aussage nicht überein, Herr Kollege Harms. Wie auf Nachfrage meiner Fraktion am 31. Oktober im Finanzausschuss bekannt wurde, handelt es sich bei 4,5 Millionen € der Gesamtsumme von 6 Millionen € aus der Glücksspielabgabe um Mittel aus Sportwetten. Die Landesregierung hat im Ausschuss daraufhin bestätigt, dass davon dem Landessportverband 1,5 Millionen € zustehen. Er hat sie bisher noch nicht abgerufen. Wir müssen den **Landessportverband** von hier aus noch einmal bitten, sich bei der Regierung zu melden und die 1,5 Millionen € zu beantragen, auf die er einen gesetzlichen Anspruch hat.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Sollte dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung beschlossen werden, lieber Herr Kollege Harms, würden der Landesfeuerwehrverband und die Friesenstiftung nicht etwa die von Ihnen versprochenen 150.000 €, sondern nur etwa 37.500 € erhalten. Die Schuldner- und Insolvenzberatung sowie die Mittel zur Finanzierung der Suchtarbeit lägen nicht bei den von Ihnen zugesagten 300.000 €, sondern nur bei 75.000 €.

Die FDP-Fraktion hat deshalb einen **Änderungsantrag** eingebracht, der Ihre mündlichen und schriftlichen **Zusagen** gegenüber den Empfängern in Ge-

(Wolfgang Kubicki)

setzesform gießen soll. Wenn Sie darüber nachdenken, werden Sie zur gleichen Erkenntnis kommen.

Wir haben schon früher versucht, Ihnen in diesem Bereich zu helfen; jetzt machen wir es faktisch. Beschließen Sie den Änderungsantrag mit uns gemeinsam. Dann sind Ihre Zusagen gegenüber dem Feuerwehrverband und der Suchthilfe bestätigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Lieber Herr Schütt! Liebe Gäste! Im Juni haben wir uns in diesem Hause dazu entschlossen, 5 % der **Erträge aus den Glücksspieleinnahmen** dem **Landesfeuerwehrverband** und der **Friesenstiftung** zur Verfügung zu stellen. Die betreffenden Organisationen waren froh, konnten sie doch mit einem dringend benötigten Geldsegen rechnen.

Aber der Landesfeuerwehrverband hat die Rechnung ohne die regierungstragenden Fraktionen gemacht. Fünf Wochen vor Jahresende soll nun das Gesetz präzisiert und beschlossen werden, mit dem die Abrechnung für 2013 auf die Hälfte reduziert werden soll. Ich glaube, das Missverständnis resultiert daraus, dass die Feuerwehr und auch wir davon ausgehen, dass die vollen 5 % für 2013 anfallen sollen.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU])

Wenn wir das jetzt auch mit Blick auf die Botschaft prüfen, die wir politisch gesendet haben, sollten wir nicht sagen: Es gibt nur die Hälfte. Darüber sollten wir definitiv noch einmal im Ausschuss reden. Wir können nämlich das Gesetz auch nachträglich zum 1. Januar 2013 in Kraft treten lassen.

Natürlich bedeutet das für die bisher begünstigten Verbände eine Reduzierung ihrer Einnahmen. Aber das hätte bereits im Gesetzgebungsprozess klar sein können. Klar ist ebenfalls, dass sowohl der Landesfeuerwehrverband als auch die Friesenstiftung auf das Geld dringend angewiesen waren und sind. Ob es wirklich notwendig ist, die Zuwendungen für den Landesfeuerwehrverband und die Friesenstiftung auf die Hälfte der diesjährigen Einnahmen zu reduzieren, werden wir im Ausschuss klären müssen. Für beide jedenfalls dürfte das Auf und Ab der Zusagen schwierig sein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gerne doch.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege, bevor Ihre Interpretationen, was die Regierungskoalition beabsichtige, noch weiter abgehen, frage ich Sie: Erinnern Sie sich noch an die Ausschussberatungen, zumindest jedoch an zwei Punkte daraus?

Erstens ist nämlich ein Großteil der Einnahmen vor der Gesetzesverkündung geflossen. Das Problem war, dass sonst kaum Geld geflossen wäre.

Zweitens gab es buchungstechnische Fragen, ob das im Jahr 2012 oder im Jahr 2013 zu verbuchen sei, zumindest bei den Sportwetten.

Der Ursprungsgesetzentwurf, den wir jetzt beheben, stammte mitnichten von der Regierungskoalition - wir nehmen das mit dem Urheberrecht ein bisschen genauer -, sondern es handelte sich um einen Gesetzentwurf der Kollegen von der FDP, beim dem die Zuwendungsempfänger, aber nicht der Zahlungsmodus geändert worden ist.

Insofern nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sich die Motivlagen von Ihnen und übrigens auch vom Kollegen Kubicki bezüglich der Urheberschaft der Gesetzgebung und ihrer Intention nicht mit den Fakten decken, die sich in den Ausschussberatungen dargestellt haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann lassen Sie es doch, wie es ist!)

- Der Gesetzgebungsvorgang wird immer noch vom Parlament gemacht. Wenn wir, die wir im Ausschuss beraten haben, als Fraktionen vielleicht nicht ordentlich gearbeitet haben, aber die politische Botschaft an die Feuerwehren und die Friesenstiftung ausgesendet haben, dass sie 5 % der Einnahmen von 2013 bekämen, müssen wir das klarstellen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann würden sie weniger bekommen!)

(Torge Schmidt)

Aber meiner Meinung nach sollte eine Klarstellung nicht bedeuten, dass sie jetzt nur sechs Zwölftel bekommen.

Daher muss die Politik selbst die Zuverlässigkeit bieten, die wir auch von unseren Feuerwehren verlangen. Wenn Ihnen der Feuerwehrmann oder die Feuerwehrfrau verspricht, sich das gesamte Jahr um den Brandschutz zu kümmern und dann kurz vor knapp sagt, das geschehe nur noch die Hälfte des Jahres, würden Sie alt aussehen.

Wir sprechen über die Finanzierung eines Ehrenamtes. Wir sprechen über Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für ihre Gemeinde sowie für ihre Mitbürger übernehmen, und zwar unentgeltlich. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wann haben Sie zum letzten Mal einem Mitbürger unentgeltlich unter Gefahr für Ihre Gesundheit geholfen?

Ewald Balsler hat einmal gesagt: Die Welt lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht. - Diese Menschen werden in diesem Land weniger; immer weniger Bürgerinnen und Bürger erklären sich bereit, ihren Teil in der Feuerwehr zu leisten. 2005 wurde die Feuerwehr List auf Sylt aufgrund von Mitgliedermangel zu einer Pflichtfeuerwehr umfunktioniert. 2009 folgte die Feuerwehr Burg in Dithmarschen. 2013 wollen wir die Mittel, unter anderem zur Gewinnung von Freiwilligen in der Feuerwehr gedacht, nicht ganz so ausschütten, wie es ursprünglich die politische Intention war. Wie passt dieser Umstand mit der Verantwortung zusammen, die auch Sie für Schleswig-Holstein tragen? Für mich jedenfalls ist das unverständlich.

(Beifall PIRATEN - Beate Raudies [SPD]:
Das erklären wir Ihnen!)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An gegenseitigen Vorwürfen und Kritik hat es in dieser Debatte wieder einmal nicht gemangelt. Es wurde gesagt, die Küstenkoalition schmücke sich mit fremden Federn, verteile ungeliebte Steuereinnahmen aus einem Gesetz, das sie bis zum Schluss vehement bekämpft, ja sogar wieder abgeschafft habe, und feiere sich dann auch noch dafür. Das haben wir auch schon in Pressemitteilungen gelesen.

Wir ziehen in der Tat vor, das **Glücksspiel** bundesweit zu regeln, weil es mit Verlaub recht naiv ist zu glauben, am Online-Pokertisch würden Landesgrenzen eingehalten. Deshalb halten wir einen schleswig-holsteinischen **Alleingang** für falsch. Wenn es irgendwann in diesem Hause glücklicher macht, dann nennen wir es ruhig ungeliebte Einnahmen aus dem Glücksspiel. Denn was die Glücksspielliberalisierer von CDU und FDP gern ausblenden, ist die Frage, von wem die ganzen Steuereinnahmen eigentlich stammen. Sie stammen nicht von den Wettanbietern, nein, das Geld kommt aus den Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben es im Glücksspiel verloren. Wir reden über Geld, das den Menschen an anderer Stelle fehlt und damit auch anderswo als Steuereinnahme wegbriecht. Insofern ist das eine Nullnummer.

(Widerspruch Hans-Jörn Arp [CDU] und
Wolfgang Kubicki [FDP])

Hinzu kommen langjährige, von der Gesellschaft zu tragende **Folgekosten** für **Suchtberatung und Therapie**. Denn das eigentliche Hauptproblem, die Spielsucht, kommt in einer Debatte zu Glücksspieleinnahmen immer gern unter die Räder. Die Suchtkranken sind aber die, an denen der SSW seine Politik zuallererst ausrichtet. Deshalb halten wir daran fest, dass es nicht staatliche Aufgabe ist, durch eine Liberalisierung des Glücksspiels die Suchtgefahren zu erhöhen, die dann der Staat - nicht die Glücksspielanbieter - wieder korrigieren muss.

Wenn man die gesellschaftlichen und auch menschlichen Kosten der Glücksspielsucht den Steuereinnahmen gegenüberstellt, dann relativiert sich der Jubelgesang über vorgeblich riesige Steuereinnahmen.

Die rot-grün-blaue Koalition hat 2012 eine Situation vorgefunden, in der Lizenzen vergeben werden mussten. Denn die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte bekanntlich noch kurz vor der Landtagswahl den gemeinsamen Pfad der Bundesländer ohne Not verlassen und ein Glücksspielgesetz beschlossen, dessen Konsequenzen über die eigene Regierungszeit hinausgingen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist bei Gesetzen so!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben aber bei der letzten Landtagswahl auch darüber abgestimmt, wie es in Sachen Glücksspiel weitergehen sollte. Denn es bestand kein Zweifel, dass nach einem Regierungswechsel - den es ja auch gegeben hat - weiter-

(Lars Harms)

hin eine **bundesweite Regelung des Glücksspiels** das Ziel sein sollte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gucken wir uns einmal an!)

Schwarz-Gelb hatte somit per Gesetz die Erteilung von Glücksspiellizenzen erzwungen und zugleich ermöglicht, dass Wettanbieter aus Gibraltar oder Malta unser Land andernfalls in den Ruin klagen können.

Wenn sich das alles nicht verhindern lässt - und dieser Zustand währt glücklicherweise nicht mehr lange -, dann ist es nun einmal Aufgabe der Politik, die Gelder auch sinnvoll zu verwenden. Deshalb haben wir den Vorschlag der FDP, einen **Teil der Einnahmen** dem **Feuerwehrverband** zukommen zu lassen, begrüßt. Da wir bei allen Themen immer auch die Minderheiten mitdenken, haben wir obendrein dafür gesorgt, dass auch die **friesische Kulturarbeit** von den Glücksspieleinnahmen profitieren kann.

(Tobias Koch [CDU]: Das war reiner Lobbyismus!)

- Wenn Sie das so nennen wollen, freut mich, dass der SSW jetzt endlich auch bei der CDU als Lobbyist der Friesen wahrgenommen wird.

(Beifall SSW und SPD)

Das freut mich sehr, denn das haben bei Ihnen Leute vor Kurzem noch völlig anders gesehen, was Minderheitenpolitik und den SSW angeht.

Meine Damen und Herren, weil wir uns diese Ziele gesetzt und sie auch mit Summen beziffert haben, haben wir uns in unserem Gesetzentwurf auf das Gesamtjahresaufkommen und damit auch vor Juli 2013 eingegangene Einnahmen bezogen. Mit der Änderung des Gesetzes stellen wir sicher, dass das, was wir vor der Änderung versprochen haben, einhalten. Nähmen wir diese Änderung nicht vor, gälten nach dem Gesetz erst ab Ende Juli eingegangene Einnahmen. Das würde dazu führen, dass wir noch nicht einmal 50.000 € hätten erreichen können, wie es der Kollege Kubicki genannt hat. Da wir uns jetzt aber auf das Gesamtjahresaufkommen beziehen und das auf ein halbes Jahr umlegen, wird das Ziel auf jeden Fall erreicht. Der Kollege Dolgener hat das gerade eben dargestellt.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns nicht darüber, dass das Glücksspielrecht durch Schwarz-Gelb im Alleingang liberalisiert wurde. Wir freuen uns allerdings darüber, dass wir dem Feuerwehrverband bei der Nachwuchsgewinnung unter die Arme

greifen und die Kulturarbeit der Friesen nachhaltig unterstützen können.

In den Ausschussberatungen können wir anhand der beiden vorliegenden Gesetzentwürfe ganz entspannt klären, welcher formale Weg zu unserem gemeinsamen Ziel führt. Ich finde es positiv, dass wir in relativ großer Einigkeit das Ziel haben, Feuerwehr und Friesen zu fördern. Wie wir das genau machen, werden wir im Ausschuss klären. Dann werden wir im Dezember hier eine vernünftige Abstimmung hinbekommen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Tobias Koch das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir Anfang des Jahres den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion beraten haben, wussten wir noch nicht, wie hoch die Glücksspielabgabe in diesem Jahr sein wird. Wir haben über einen prozentualen Anteil gesprochen, über 5 %. 5 % von 1 Million € wären 50.000 € gewesen. 5 % von jetzt 6 Millionen € sind 300.000 €. Wenn es am Ende des Jahres 10 Millionen € sein sollten, wären 5 % 500.000 €.

(Beifall und Zurufe)

- Danke schön. So weit, so gut. Darin waren wir uns einig: Der Landesfeuerwehrverband bekommt 5 % von dem, was im Laufe des Jahres reinkommt.

(Thomas Rother [SPD]: Der Rechnungshof ist schon besetzt, Herr Koch! - Heiterkeit)

Jetzt stellen wir fest: Die langwierigen Gesetzesberatungen nach mehrfachem Vertagungswunsch der Regierungsfractionen haben dazu geführt, dass das Gesetz erst im Juli in Kraft getreten ist und der **Landesfeuerwehrverband** von den bis dahin erzielten **Einnahmen** nicht seine 5 % bekommen würde, die wir ihm aber alle geben wollten. Jetzt kommt diese Koalition auf die tolle Idee, wir loben in der Rede noch einmal die Feuerwehr für ihren hervorragenden Einsatz beim Elbehochwasser, und gleichzeitig erklären wir: Sie kriegt aber nur die Hälfte dessen, was sie in diesem Jahr eigentlich bekommen sollte.

(Tobias Koch)

Herr Kollege Kubicki, obwohl auch Sie bedauern, dass **Feuerwehrverband** und **Friesenstiftung** anders als die **Suchtberatung** behandelt werden sollen, leisten Sie Schützenhilfe mit einem Formulierungsvorschlag, in dem genau das drinsteht, nämlich sechs Zwölftel für die einen und zwölf Zwölftel für die anderen.

Meine Damen und Herren, die Lösung ist doch ganz einfach. Um den damaligen Fehler zu heilen, lassen Sie uns reinschreiben: Im Jahr 2013 wird für die Abrechnung der Förderung das Gesamtjahresaufkommen zugrunde gelegt, die vollen 6 Millionen, die vollen 8 Millionen. Darauf werden die 5 % bezogen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir wollen Ihnen Gelegenheit geben, einen Änderungsantrag einzubringen! - Beifall FDP)

- Vielen Dank. Herr Kollege Kubicki, wir werden uns wohl über einen weiteren Änderungsantrag einig werden, dass wir nicht sechs Zwölftel, sondern zwölf Zwölftel zugrunde legen, das Gesamtjahresaufkommen. Da der Kollege Dr. Stegner das Geld eh nicht haben will, sollten wir es nicht in den Landeshaushalt stecken, sondern dem Landesfeuerwehrverband zukommen lassen, der es ja auch bekommen sollte.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Tobias Koch [CDU]:

Aber gern doch.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Koch, da ich Ihnen in der Konsequenz zustimme - können Sie mir folgen, dass es Sinn macht, wenn wir feststellen, dass wir keine Mehrheit kriegen, weil die regierungstragenden Fraktionen noch die Mehrheit haben, ihnen wenigstens zu helfen, ihre Zusagen einzuhalten, dass es tatsächlich 150.000 € beziehungsweise 300.000 € sind und nicht irgendein Betrag, der in einer Größenordnung von 10 % bei den Menschen ankommt?

- Herr Kollege Kubicki, wenn wir gemeinsam einen Formulierungsvorschlag liefern, der es uns allen ermöglicht, das einzuhalten, was wir anfangs ange-dacht hatten, nämlich **5 % des Gesamtaufkom-**

mens - das war damals die Intention Ihres Gesetzentwurfs, und das war die Intention des gemeinsamen Beschlusses -, dann werden wir auch die Regierungsfractionen davon überzeugen können, dass ein solcher Änderungsantrag noch besser ist als der heute von ihnen eingereichte Gesetzentwurf und sie am Ende gemeinsam mit uns 300.000 € für den Landesfeuerwehrverband beschließen werden.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um klarzumachen, wo die Schwierigkeiten liegen, weil es offensichtlich nicht bei allen Kollegen angekommen ist. Ein Großteil der 6 Millionen €, nämlich 4,5 Millionen €, kommen aus der Glücksspielabgabe für Sportwetten, die es so nicht mehr gibt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, ich weiß, warum es die nicht mehr gibt. Das brauchen Sie mir nicht zu erzählen. Wir können die ganze Debatte führen, aber ich versuche mich kurz an der Sachaufklärung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich versuche daran zu erinnern!)

- Ja, und Sie haben unter Nummer 4 bei den Ausnahmen von der Abgabe hineingeschrieben, dass, wenn die Umsatzsteuerpflicht kommt, es entsprechend auch keine Einnahmen gibt. Das können wir in extenso ausführen. Aber ein Punkt ist wichtig zu wissen: Die 4,5 Millionen € sind **Einnahmen** aus dem Jahr **2012** und nicht aus dem Jahr 2013. Das macht es auch so schwierig, das im Vorfeld zuzuordnen. Egal was wir nun machen - wir haben noch Ausschussberatungen, und wir werden uns dabei sicherlich noch einmal darüber unterhalten, wie Dinge zu interpretieren sind, und sicherlich auch das Finanzministerium hören, das eine weitere Anmerkung bezüglich der Frage hat, ob wir die Einnahmen überhaupt bekommen. Wir werden sicherlich ein vernünftiges Verfahren finden.

Aber ich bitte doch, bei dieser etwas verwirrenden Gemengelage nicht immer zu unterstellen, dass jemand böartig war. Ich unterstelle dem Kollegen Kubicki auch nicht, dass er es böartigerweise in seinem ersten **Gesetzentwurf** - der stammt nämlich

(Dr. Kai Dolgner)

von ihm - unterlassen hätte, eine **Rückwirkung** zum 1. Januar vorzusehen. Denn egal, wie lange wir für die Beratung gebraucht hätten, eine Rückwirkung zum 1. Januar hätten wir auf jeden Fall gebraucht. Der Gesetzentwurf hätte es selbst im verkürzten Verfahren sonst nicht geschafft. Der Herr Kollege Kubicki hat das schlicht übersehen. Wir haben es auch übersehen. Wir werden das sicherlich gemeinsam korrigieren. Wir haben erst einmal Beträge aus unserer Rechnung zugesagt, weil wir auch gesagt haben, dass die 4,5 Millionen € eigentlich 2012 angefallen sind. Das verteilt sich eigentlich über **zwei Jahre**, deshalb muss man davon die Hälfte als **Bezugsgröße** nehmen. Das nur noch einmal zur Erklärung des Ganzen.

Der Gesetzgeber ist sicherlich frei, in den Ausschussberatungen an der Stelle seine Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Sie können das beim nächsten Mal auch vorher anfragen, dann brauchen Sie nicht mit Fehlinformationen in die Debatte zu gehen, lieber Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Herr Innenminister Andreas Breitner.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat das **Glücksspielgesetz** im Sommer des Jahres bereits einmal geändert. Dabei hat er die **Verwendung von Mitteln der Glücksspielabgabe** erweitert. Neben der Finanzierung der Suchtarbeit und der Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung sollen zusätzliche Mittel für die Arbeit der Friesenstiftung und des Landesfeuerwehrverbandes eingesetzt werden. Nun hat der Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Arbeit der Friesenstiftung und des Landesfeuerwehrverbandes finanziell weiter hervorheben soll. Dafür sollen sechs Zwölftel, also die Hälfte des gesamten Jahresaufkommens, aus der Glücksspielabgabe 2013 zugrunde gelegt werden. Es gibt keinen Zweifel daran - das gilt auch für die Landesregierung -, dass die Arbeit der **Friesenstiftung** und des **Landesfeuerwehrverbandes** förderungswürdig ist und dem Gemeinwohl dient.

Richtig und wichtig ist zudem, dass die eigentlich vom Glücksspielgesetz bedachten Empfänger der **Suchtarbeit** sowie der **Schuldner- und Insolvenzberatung** nicht zu kurz kommen sollen. Diese Be-

reiche leisten wichtige Arbeit für die Gesellschaft und sind nicht verzichtbar. Eine finanzielle Einschränkung sieht der Gesetzentwurf auch nicht vor. Ich finde, das ist gut so.

Bezüglich der Feuerwehr ist es nicht so, dass wir nichts tun. Das Innenministerium unterstützt den **Landesfeuerwehrverband** aus Mitteln der Feuerchutzsteuer. Neben einer institutionellen **Förderung** mit in Höhe von 49.000 € erhält der Landesfeuerwehrverband auch jährlich weitere 10.000 € für Projekte der Jugendfeuerwehr. Außerdem erhält das Jugendfeuerwehrzentrum eine jährliche Förderung in Höhe von 185.000 € sowie weitere Zuschüsse für die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen.

Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Bemühungen des Landesfeuerwehrverbandes halte ich trotzdem für notwendig und gerechtfertigt. Es trifft - wie bei der Friesenstiftung auch - die Richtigen. Ehrenamtliches Engagement im Brandschutz und im Minderheitenschutz ist in diesem Land ein hohes Gut und benötigt ebenso wie die Arbeit der Suchtprävention und Schuldnerberatung vielfältige Unterstützung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1300 und den Änderungsantrag Drucksache 18/1327 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Und dem Finanzausschuss!)

- Und dem Finanzausschuss mitberatend. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts bei dem Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1295

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ih-

(Präsident Klaus Schlie)

nen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl nach § 10 Abs. 3 des Landesrichtergesetzes die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/1295 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die sehe ich nicht. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich stelle fest, dass damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Dann ist der Wahlvorschlag angenommen und Frau Maren Thomsen zur Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts Schleswig-Holstein gewählt. - Herzlichen Glückwunsch von dieser Stelle.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wahl der Präsidentin des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 18/1211

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/1211 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Es gibt drei Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass damit die für die Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht ist. Damit ist der Wahlvorschlag angenommen.

Sehr geehrte Frau Dr. Schäfer, ich darf Sie im Namen des Hauses sehr herzlich zu Ihrer Wahl beglückwünschen und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vereinbart worden, dass wir an dieser Stelle die Sitzung unterbrechen. Wir werden sie um 15 Uhr wiedereröffnen.

(Unterbrechung: 12:38 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratungen. Bitte begrüßen Sie zunächst mit mir auf der Tribüne einige Teilnehmer der Volkshochschule Neumünster und vom Amtsgericht Kiel einige Rechtspflegeanwälte und -anwältinnen, Justizfachangestellte und Justizfachwirte. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1144 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Lektüre des Antrags mögen sich manche gefragt haben: Was ist ein Forschungsdesiderat? In der Wissenschaft wird darunter ein Thema verstanden, von dem gewünscht wird, dass sich die Forschung endlich seiner annimmt. Es handelt sich somit um eine Art dunklen Fleck, der dringend durchleuchtet werden soll.

Dass wir uns hier und heute mit dem blinden Fleck Nazikontinuität in Schleswig-Holstein nach 1945 befassen, geht allerdings weit über das Interesse eines historischen Hochschulseminars hinaus. Unser gemeinsames Erkenntnisinteresse an der aufgeworfenen Frage ist politisch begründet. Denn es liegen deutliche Anhaltspunkte dafür vor, dass Landtag und Verwaltung in Schleswig-Holstein in der frühen Nachkriegsgeschichte in besonderer Weise Schlupfwinkel für Nationalsozialisten gewesen sind. Es freut mich, dass wir alle davon überzeugt sind, dass es sich keineswegs um eine akademische Frage handelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

(Burkhard Peters)

Denn es ist zu vermuten, dass der vom ehemaligen Innenminister Paul Pagel bereits 1950 beklagte Tatbestand der **Renazifizierung** von **Politik** und **Verwaltung** in Schleswig-Holstein nicht nur massive Folgen für das Ansehen des Landes hatte, auch für die Kultur und das Klima der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition bis in die jüngste Vergangenheit soll die Renazifizierung gravierende Folgen gehabt haben.

Noch kürzlich konnte man in Presseberichten über den Kieler Steuer-Deal lesen, die oft giftigen Formen der Auseinandersetzung um tagespolitische Fragen in Schleswig-Holstein hätten bis heute auch damit zu tun, dass die Sozialdemokratie oder auch der SSW in den 1950er- und 1960er-Jahren zähneknirschend mit ansehen mussten, wie die konservative Mehrheit ab der Landtagswahl 1950 das Land zu einem Hort der braunen Reaktion gemacht habe.

In der Tat, die ab 1950 unter dem Ministerpräsidenten Bartram gebildete Regierung, die sich auf eine Koalition von CDU, FDP, DP und Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten stützte, brachte bereits im ersten Regierungsjahr ein Gesetz zur Beendigung der **Entnazifizierung** ein, welches die von den Alliierten vorgeschriebenen Entnazifizierungen in **Schleswig-Holstein** tatsächlich stoppte. Ein in der Bundesrepublik in dieser Radikalität einmaliger Vorgang.

Der SPD-Abgeordnete Käber merkte in der Landtagsdebatte bissig an, das Gesetz sei unvollständig. Es müsste einen Paragraphen enthalten, dessen erster Absatz heißen solle: Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Schleswig-Holstein nie einen Nationalsozialismus gegeben hat. In Absatz 2 solle stehen: Die von 1933 bis 1945 begangenen Untaten gegen Leben und Freiheit von Millionen Menschen sind eine böswillige Erfindung.

Folge dieses Gesetzes war, dass tatsächlich ab 1951 in der schleswig-holsteinischen Verwaltung und Justiz hochbelastete ehemalige Nationalsozialisten Unterschlupf finden konnten, die in anderen Bundesländern nie eine Chance zur Einstellung gehabt hätten.

(Zuruf SPD: Leider ja!)

Dies geht aus der Antwort der Landesregierung vom 6. Dezember 1989 auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein hervor. Schon diese Hinweise zeigen, dass sich in der frühen Nachkriegsgeschichte in Schleswig-Holstein offenbar eine politische Katastrophe abgespielt hat, die bis heute nicht aufgear-

beitet worden ist und die uns wie ein Splitter in der Haut steckt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Es drängt sich die Frage auf, warum nicht schon viel früher das jetzt eingeleitete Projekt auf den Weg gebracht wurde. Gab es ein Kartell der Verdrängung? Wollte man den Ruf verdienstvoller und angesehener Politiker und Beamter schonen? Es ist höchste Zeit, dass wir jetzt den Weg für eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Komplexes angehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Dabei taucht aber auch ein Problem auf: Wenn sich die Politik der Geschichte annimmt, besteht das Risiko ihrer Instrumentalisierung.

Was wir heute auf den Weg bringen, ist politisch motivierte Auftragsforschung. Sie ist gerechtfertigt, wenn der Auftrag nicht mit vorher definierten Erwartungen an das Ergebnis verbunden wird. Es soll nicht um das Aufmachen alter Rechnungen gehen. Zur Offenheit des Projekts gehört zum Beispiel die Erforschung der Frage, ob es Alternativen für die damals politisch Verantwortlichen gegeben hat. Staat und Verwaltung mussten ja reorganisiert werden. Ein Großteil der für diesen Job Ausgebildeten war im Krieg gefallen oder befand sich in Kriegsgefangenschaft. Wer sollte es machen? Mussten im Zuge der Einstellung von Nazis unbelastete Stelleninhaber gehen? Spannend ist auch die Frage, ob es bei den eingestellten Nazis in der praktischen Tätigkeit im demokratischen Staat nachhaltige Läuterungsprozesse gegeben hat und wie sich diese äußerten. Nicht zuletzt bedarf die These, die Beendigung der Entnazifizierung in Schleswig-Holstein habe das politische Klima zwischen Regierung und Opposition für viele Jahre vergiftet, einer kritischen Prüfung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte kommen Sie langsam zum Schluss.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Das Beste an dem Antrag ist, dass er von allen Fraktionen dieses Hauses gemeinsam eingebracht wird. Dafür geht mein besonderer Dank an alle Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Burkhard Peters)

Schon diese Tatsache leistet einen wirklichen Beitrag zur Förderung der politischen Kultur in Schleswig-Holstein. Ich bin überzeugt, das Geld für den Forschungsauftrag ist gut angelegt. Ich freue mich auf das Ergebnis und auf die Diskussion, welche die Forschungsarbeit auslösen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In zahlreichen Landtagen Deutschlands, in Bundesministerien, in Unternehmen und in Organisationen hat in den vergangenen Jahren eine breite Debatte über die **geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung** personeller und auch struktureller Kontinuitäten aus der **NS-Zeit** eingesetzt. Zahlreiche Studien wurden bereits erarbeitet und veröffentlicht.

Da ist es richtig und angebracht, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag dieses - wies es im gemeinsamen Antrag heißt - „Kernthema der Parlamentsgeschichte“ wissenschaftlich fundiert und parteipolitisch neutral aufarbeiten lässt. Es ist ein gutes und - wie ich finde - selbstverständliches Zeichen, dass alle Fraktionen dieses Landtags einvernehmlich das Projekt einer solchen Aufarbeitung durch den Landtagspräsidenten in Auftrag geben lassen wollen.

Ich will auch ganz deutlich sagen: Ich halte diesen überparteilichen Ansatz für notwendig. Es hat die historische und gesellschaftliche Debatte nicht vorangebracht, wenn beispielsweise die in einigen Landtagen noch vertretene Linkspartei auf eigene Faust solche Anträge stellt oder gar eigene tendenziöse Studien beauftragt. Nicht umsonst sah sich Hessens Landtagspräsident Kartmann veranlasst, das Ziel einer „Behandlung ohne parteipolitisch motivierte Vergangenheitsbetrachtungen“ ausdrücklich vorzugeben. Ich glaube und hoffe, wir sind da auf einem guten Weg.

„Wir wissen wenig über das Verhalten von Abgeordneten der frühen ... Landtage in der vorangegangenen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Dies hat viel mit einer unzureichenden Quellenlage und auch damit zu tun, dass in den Lebensläufen der Abgeord-

neten häufig die Beziehungen zum Nationalsozialismus ausgespart waren.“

Das stellt Niedersachsens Landtagspräsident Dinkla im Vorwort der dortigen Studie fest.

Als Historiker kann man in einer Debatte zu einem Zeitpunkt, an dem die gewünschte Studie noch nicht einmal begonnen wurde, in Versuchung geraten, die eigene Sicht der Dinge schon einmal vorab kundzutun. Ich will dieser Versuchung dennoch widerstehen und halte das heute auch für dringend geboten. Denn was soll die Öffentlichkeit von einem Parlament halten, das 300.000 € für eine Studie ausgibt, wenn alle schon ihre Sicht auf die vermeintlichen Ergebnisse haben?

In manchen Kommentierungen unseres Vorhabens klang unterschwellig der Vorwurf an, dass man sich erst jetzt dieser Thematik annehme. Ich glaube, dafür gibt es gute Gründe. Es dient der Qualität einer solchen Aufarbeitung, wenn Personen, die in den Fokus der Untersuchung rücken können, nicht mehr unter uns beziehungsweise nicht mehr politisch aktiv sind. Denn der individuell nachvollziehbare Reflex der Rechtfertigung und vielleicht auch der Relativierung würde schnell die Debatte bestimmen. Aber genau darum geht es ja nicht. Es geht nicht um persönliche Verurteilung oder politische Bloßstellung, sondern um Erkenntnisgewinn.

Dabei wird jedem Historiker klar sein, dass jede **geschichtswissenschaftliche Studie** auch immer ein Produkt ihrer Zeit ist. Sie hängt nicht nur von der Quellenlage, sondern immer auch von der gesellschaftlichen Prägung der forschenden Historikergeneration ab. Nicht umsonst sieht sich die Geschichtswissenschaft heute als historisch-kritische Sozialwissenschaft.

Das erkenntnisleitende Interesse, das die Arbeit des Historikers steuert, geben wir mit unserem Untersuchungsauftrag vor. Dieser Untersuchungsauftrag scheint mir im Sinne des vorher Beschriebenen auf der Höhe der Zeit zu sein.

So wie es vor 50 Jahren sicher unmöglich gewesen wäre, eine solche Studie überhaupt zu beauftragen, wäre es wohl noch vor zehn Jahren strittig gewesen, auch die demokratische Integrationsleistung der jungen Bundesrepublik und ihrer Länder zu würdigen. Wir können heute schon sicher sein, dass kommende Generationen wieder ihre ganz eigenen Fragen an die Geschichte stellen werden.

Wir als Auftraggeber sollten größtes Interesse daran haben, dass die zu erstellende Studie einen wertvollen Beitrag nicht nur zur Geschichtswissens-

(Dr. Axel Bernstein)

schaft, sondern auch zur **politischen Bildung** im Land leisten kann. Ich wünsche mir, dass nicht nur die Landtagsverwaltung, sondern alle Fraktionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken.

Um nur einmal ein Beispiel zu nennen, wie es sicherlich nicht geht: Im „Hamburger Abendblatt“ vom 17. September 2013 prangert unter der Überschrift „War Schleswig-Holstein Karriereland für Nazis“ ein großes Foto, auf dem zwei Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln zu sehen sind. Eine solche Gestaltung lässt gerade bei jungen Leuten bestenfalls Ratlosigkeit zurück.

Ich wünsche unserer Studie nach dem parlamentarischen Auftakt einen guten Fortgang in Erstellung und Rezeption. Das dient dem Ansehen des Parlaments und ist auch gegenüber all jenen angemessen, die unter dem **Nationalsozialismus** gelitten haben und/oder eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel unserer Geschichte zu Recht erwarten dürfen.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anschließen, was die beiden Vorredner gesagt haben. Wir sind in der Situation, dass die Beauftragung einer solchen Studie nicht begründet werden muss, weil es Sinn macht, dass das Parlament selbst den Teil der Aufarbeitung von Geschichte und kritischen Betrachtung von Geschichte auf den Weg bringt und unterstützt, die uns als Nachfolger der politischen Klasse der Jahre 1945 und folgende insgesamt betrifft. Das ist eingebunden darin, dass sich dieses Plenum, erst oben im ersten Stock und heute hier, in sehr unterschiedlicher Form und sehr häufig mit diesen Fragen befasst hat.

Mein Kollege Peters von den Grünen hat vorhin schon das Zitat von Käber aus den 1950er-Jahren gebracht. Es ließen sich viele andere anschließen. Ich will der Versuchung widerstehen, alle Dinge, die in den letzten 20, 30 Jahren - auch zu Recht - historisch skandalisiert worden sind, aufzulisten. An Beispielen für Vergessen, Verdrängen, Verharmlosen gibt es in den Jahren von 1945 bis zumindest in die 70er-Jahre keinen Mangel. Es wäre abendfüllend, das zu formulieren. Ich will nur ein

einziges Beispiel herausgreifen, weil es deutlich macht, dass das Problembewusstsein als solches in dem Maße gar nicht vorhanden war. Der subjektive Faktor muss immer mitbedacht werden. Deswegen zitiere ich doch einmal, und zwar aus diesem Landtag den damaligen Ministerpräsidenten von Hassel. Er hat seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck gebracht, dass Schleswig-Holstein es geschafft habe, weit mehr **Beamte** aus der **NS-Zeit** wieder zu beschäftigen als die bundesgesetzlich vorgeschriebenen 20 %, indem er sagte: Wir haben 50 % wieder hereinbekommen, also weit mehr als unser Soll.

Das sage ich nicht in einer vorwurfsvollen Diktion, sondern als Beschreibung dessen, dass in der gesellschaftlichen Realität der 1950er-, 1960er-Jahre das Problembewusstsein ganz offensichtlich anders geprägt war. Das zu untersuchen, die Ursachen dafür zur erforschen, ist ein Teil der Dinge, die wir uns vorgenommen haben.

Ich will auch noch sagen, dass der Landtag und die Landesregierung an vielen Stellen ein Stück mit Wegbereiter einer **Aufarbeitung von Geschichte** gewesen sind. Es ist vorhin schon kurz angesprochen worden, dass die Landesregierung seinerzeit, 1989/90, aufgrund einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion sehr umfassend den damaligen Forschungsstand, vor allen Dingen aber auch den damaligen Nichtwissensstand dokumentiert und damit Impulse für weitere Untersuchungen gegeben hat. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Fragen, die wir jetzt in Angriff nehmen wollen, gerade in den 1970er- und 1980er-Jahren von neu gegründeten Geschichtsvereinen, von lokalen und regionalen Forscherinnen und Forschern ohne Anbindung an Hochschulen und an die wissenschaftlichen Institutionen in Schleswig-Holstein vorangebracht worden sind. Die Universitäten haben hier deutlich länger gebraucht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt seit dieser Zeit eine Vielzahl von Untersuchungen und Forschungen, die sehr viele Einzelaspekte dargelegt haben. Das ist gut und wichtig. Ich möchte deutlich machen, dass die geschichtswissenschaftliche Diskussion und damit auch die politische Diskussion ein Stück weiter gegangen sind, denn wir stellen die Fragen heute von zwei Seiten. Der Kollege Dr. Bernstein hat dies kurz angerissen.

Im Rahmen einer Analyse sind zwei Fragen zu stellen. Da ist zum einen die Frage, auf die Burkhard Peters etwas stärker Wert gelegt hat: Welche Gefahren und Relativierungen gingen für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft bis heu-

(Jürgen Weber)

te möglicherweise von einer damals überbordenden Kontinuität der Eliten und Funktionsträger in Schleswig-Holstein aus? Das ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite muss man fragen: Welche Chancen und Impulse für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft wurden vielleicht durch eine Integration ehemaliger Mitglieder von NS-Formationen in den neuen Staat freigesetzt? Dies hat der Kollege Dr. Bernstein etwas stärker in den Mittelpunkt gestellt. Beide Fragen müssen für sich untersucht werden.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen: Bis heute halten sich die Auseinandersetzungen darüber, ob es in der Schlussphase der NS-Herrschaft ohne Weiteres möglich war, ohne einen eigenen Mitgliedsantrag auszufüllen in der **Mitgliederkartei der NSDAP** aufzutauchen. Die Auseinandersetzungen über diese Frage sind nicht akademisch oder sonderbar, sondern sie zeigen, was ich an einem Beispiel verdeutlichen will: Im Bundesarchiv liegen Mitgliedskarten für Hans Werner Henze, für den leider heute verstorbenen Dieter Hildebrandt, für Martin Walser, Erhard Eppler, Horst Ehmke, Siegfried Lenz und viele andere mehr vor. Sie alle bekunden relativ nachvollziehbar, dass sie eine solche Mitgliedschaft nie angestrebt haben. Ich glaube, dass wir in der Frage der Quellenkritik und in der Frage der Betrachtung der Dinge noch sehr viel zu tun haben.

Lassen Sie mich noch einen allerletzten Satz formulieren. Das Thema hat so viele Konnotationen, dass man es nicht in einem kurzen Beitrag erschöpfend behandeln kann. Wir verfolgen mit dem, was wir wollen und als Auftrag erteilen, keinen Selbstzweck. Vielmehr ist dies eine Grundlage für die Selbstvergewisserung sowie Argument und Muniton auch gegenüber immer wieder aufkeimenden **Rechtsextremismus**. Das ist auch Teil der Aufgabe, die wir als Landesparlament zu erfüllen haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Jürgen Weber [SPD]:

Ich formuliere meinen vorletzten Satz: Dafür braucht man vernünftige wissenschaftlich fundierte Untersuchungen. Man braucht am Ende das Bewusstsein und die Überzeugung, und zwar von allen Demokraten getragen, dies in aktives politisches Handeln umzusetzen. Dafür sind wir da. Dafür wurden wir alle gewählt, wenn wir auch alle aus verschiedenen ideologischen Richtungen kommen.

Das wollen wir gemeinsam gestalten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich schon im Voraus über das Ergebnis.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Generell ist bereits vieles über die **NS-Vergangenheit** schleswig-holsteinischer **Regierungsmitglieder** und **Parlamentarier** der Nachkriegszeit bekannt. Die Begründung des interfraktionellen Antrags weist zum Beispiel darauf hin, dass dem Kabinett Bartram 1950/51 nur ein einziges Kabinettsmitglied angehörte, das nicht in dieser Weise vorbelastet war, nämlich der Innenminister Paul Pagel.

Eine systematische **wissenschaftliche Aufarbeitung** dieses Themas fehlt bisher, und dieses Manko soll nun durch die Initiative aller Fraktionen abgestellt werden. Das Land liegt damit gewissermaßen im Trend der Zeit, denn ähnliche Untersuchungen sind gerade in den letzten Jahren in vielen Bereichen auch außerhalb des Landes angefertigt worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eines deutlich machen: Es kann meines Erachtens nicht nur darum gehen festzustellen, wie viele und welche ehemalige Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre früher Mitglieder der NSDAP oder anderer Organisationen der Nazi-Diktatur gewesen sind. Diese Information ist sicherlich wichtig. Sie ist jedoch keineswegs hinreichend für die im Antrag geforderte Untersuchung. Zu einer fundierten Studie gehört auch die Frage, was die betreffenden Personen in der NS-Zeit getan haben und inwiefern ihnen persönlich verwerfliche oder verbrecherische Handlungen nachgewiesen werden können. Nur wenn dies klar ist, lässt sich meines Erachtens ein gerechtes Urteil über einzelne Personen fällen. Dies gilt gerade im Hinblick auf jene, die am Aufbau der neuen demokratischen Strukturen nach 1945 mitgewirkt haben. Falls sie jenseits einer bloßen Mitgliedschaft in einer NS-Organisation nicht aktiv in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt waren, sind ihre späteren Verdienste im demokratischen Deutschland für ein Gesamturteil sicher anders zu gewichten als bei jemandem, dem man konkrete Verbrechen oder Unrechtsakte vorhalten kann.

(Dr. Ekkehard Klug)

Insoweit muss das, was beispielsweise für eine Persönlichkeit wie Günter Grass einzufordern ist, auch für andere gelten, nämlich dass eine in jungen Jahren bestehende Zugehörigkeit zur Waffen-SS nicht ausreichen kann, um über jemanden den Stab zu brechen, zumal in dem genannten Fall eher das sehr späte öffentliche Eingeständnis Anlass zu Kritik geben mag. Dies meine ich zumindest.

Es gehört zu den dunklen Seiten der deutschen Vergangenheit, dass nur sehr wenige Deutsche zwischen 1933 und 1945 Widerstand geleistet haben oder durch Emigration von einer Mitverantwortung für die Taten der NS-Diktatur frei waren. Die allermeisten haben mehr oder weniger mitgemacht. Dafür steht allein die Zahl von rund 7,5 Millionen Mitgliedern der NSDAP vor 1945. Hinzu kommt die hohe Anzahl der **Mitglieder anderer NS-Organisationen**.

Dass überdies sogar Personen, die überhaupt keine Mitgliedschaft in einer NS-Organisation hatten, tief in die Verbrechen des sogenannten Dritten Reiches verstrickt sein konnten, zeigt das Beispiel des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf. Die Göttinger Historikerin Teresa Nentwig hat in einer vor wenigen Monaten veröffentlichten Studie festgestellt, dass der sozialdemokratische Politiker nach 1933 als Immobilienhändler in Berlin massiv von der sogenannten Arierisierung jüdischen Grundbesitzes profitierte und dann während des Zweiten Weltkriegs im besetzten Polen als Generaltreuhänder der Haupttreuhandstelle Ost tätig gewesen ist, einer Einrichtung, die „die Entjudung der Wirtschaft und die Vertreibung polnischer Einheimischer“ zum Ziel hatte.

Erstaunlich ist Folgendes: Bereits im November 1947 stand der Name von Hinrich Wilhelm Kopf auf einer von den Vereinten Nationen geführten Liste international gesuchter **NS-Kriegsverbrecher**. 1948 beschuldigte die polnische Regierung öffentlich den niedersächsischen Ministerpräsidenten, bei der Ausbeutung und Vernichtung der Bevölkerung mitgewirkt zu haben. Damals wies Kopf all diese Anschuldigungen zurück, und die britische Militärregierung hielt über ihn ihre schützende Hand. So geriet der Fall in Vergessenheit, bis die Göttinger Historikerin Nentwig den Fall Mitte dieses Jahres neu aufrollte. Dieser Fall mag auch zeigen, dass sich das Thema nicht für eine parteipolitische Instrumentalisierung in der Gegenwart eignet.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Uli König [PIRATEN])

In Schleswig-Holstein gab es - von einer kurzen Ausnahme abgesehen - nach 1945 lange Zeit hindurch nur CDU-geführte Regierungen. Logischerweise waren Personen mit Vergangenheit - so will ich das einmal sagen - die in der Nachkriegszeit öffentliche Ämter anstrebten, hierzulande vor allem in bürgerlichen Parteien zu finden. In anderen Bundesländern, die politisch anders gefärbt waren, gab es aber durchaus ähnliche Entwicklungen. Ich verweise nicht nur auf den Fall Kopf, sondern auch auf aus verschiedenen Studien bekannte Sachverhalte in Hessen. Dort waren zwei frühere Oberbürgermeister in Rüsselsheim und Kassel wegen ihrer NS-Vergangenheit gerade in diesem Jahr in die öffentliche Kritik geraten. Es gibt eine Studie des früheren grünen Bundestagsabgeordneten Hubert Kleinert, der jetzt als Professor an der hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung lehrt. Diese Studie hat er im Auftrag des Landkreises Marburg-Biedenkopf durchgeführt. Das Ergebnis lautet: Etwa ein Drittel der früheren Kreispolitiker dort hatte eine Nazi-Vergangenheit.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Wie der Kollege Weber komme ich zu meinem letzten Satz: Darunter waren zwei Landräte, einer war von der CDU, einer war Sozialdemokrat. Letzterer ist - so glaube ich - ein besonders bemerkenswertes Beispiel. August Eckel wurde nämlich 1933 als SPD-Mitglied in sogenannte Schutzhaft genommen und als Lehrer aus dem Schuldienst entlassen. Im Juli 1940 ist er aber der NSDAP beigetreten. Dies geschah wohl - wie man in diesem Zusammenhang vermuten könnte - aus Gründen politischer Opportunität zu einem Zeitpunkt, als sich das Nazi-Regime während des Zweiten Weltkriegs auf dem Höhepunkt seiner militärischen Siege befand. Der eine oder andere mag in die Versuchung geraten sein, sich dem herrschenden System anzuschließen.

Es gibt viele Dinge, die es im Rahmen einer solchen Studie zu bedenken gilt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Klug, jetzt dürfen Sie nach 1 Minute und 20 Sekunden nur noch reden, wenn Sie eine Frage beantworten.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Es kann nicht darum gehen, einseitige politische Urteile gegen einzelne Parteien zu richten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Klug, so sehr Sie recht haben, dass das natürlich nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden darf und es natürlich auch in allen Parteien individuelles Fehlverhalten gegeben hat, hoffe ich doch, dass Ihre generalisierende Bemerkung, das sei in anderen Ländern strukturell anders, wo nicht nur bürgerliche Parteien regiert hätten, nicht den Eindruck erwecken sollte, dass, was man wohl auch feststellen muss, die Sozialdemokratie die einzige nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergegründete Partei ist, die vorher verboten worden ist, übrigens auch deswegen verboten worden ist, weil die Sozialdemokraten im Reichstag gegen die Abschaffung der Demokratie gestimmt haben. Ich lege schon Wert darauf, dass das nicht so interpretiert wird, dass man sagen kann: Da, wo die SPD mit an der Regierung war, finden wir die gleichen Strukturen. Ich glaube, das wäre übertrieben und würde weder einer qualitativen noch einer quantitativen Betrachtung standhalten.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Kollege Stegner, was die historische Rolle der SPD anbetrifft, gebe ich Ihnen selbstverständlich uneingeschränkt recht. Sie haben zutreffend auf diese Rolle hingewiesen.

Allerdings schließt das nicht aus, dass nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau einer demokratischen Ordnung in Westdeutschland auch ehemals in der NSDAP oder in anderen Gliederungen des Unrechtsstaats tätige Personen auch im Rahmen der SPD einen weiteren politischen Werdegang hatten. Das hat es, wie gesagt, nicht nur in den bürgerlichen Parteien gegeben.

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass eine einseitige Darstellung, wie sie sich vielleicht aus der schleswig-holsteinischen Konstellation ergeben könnte, weil hier nun mal über lange Zeiträume hinweg bürgerliche Regierungen, von einer ganz kleinen Ausnahme abgesehen, bestanden haben,

nicht dazu verleiten sollte, eine Generalisierung vorzunehmen und zu glauben, es habe solche Karrieren früherer Nazis in anderen Bundesländern nicht auch bei der SPD gegeben.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir PIRATEN sind uns der Tatsache bewusst, dass dieser Auftrag, den wir heute gemeinsam verabschieden, ein wohl einmaliger Auftrag ist. Es wird Aufklärung geben ohne Augenklappe, ohne Zwinkern und ohne Relativierung mit dem gemeinsamen Ziel, dass die **NS-Vergangenheit** auch ehemals angesehener Persönlichkeiten in der **Politik** nachvollziehbar und transparent analysiert wird.

Wir alle wissen - das ist erwähnt worden -, dass **Schleswig-Holstein** in der Frage der **Entnazifizierung** nicht gerade eine Vorbildfunktion eingenommen hat. Wir haben nicht nur die Verpflichtung der **historischen Aufklärung**, sondern auch die Verpflichtung, die heutigen und zukünftigen Generationen mit dem Unfassbaren aus dem Hitlerfaschismus zu konfrontieren, damit die Mahnung „Nie wieder“ ein Leitfaden des täglichen Handelns bleibt.

(Beifall PIRATEN)

Es gibt leider nur noch wenige Zeitzeugen - wir wissen es - die wir dazu befragen können, die wir um Hilfe bitten können, Erlebtes für uns festzuhalten. Bis heute fällt dies einigen besonders schwer. Ich denke hier vor allem an das Entsetzen der deutschen Roma und Sinti angesichts der rassistischen und antizionistischen Plakatkampagne während des letzten Bundestagswahlkampfes in Schleswig-Holstein. Der gemeinsame Antrag heute ist aus unserer Sicht daher auch Verpflichtung für das politische Handeln in der Gegenwart.

Es ist gut, dass wir einen Haushaltstitel und Initiativen zur Bekämpfung des **Rechtsextremismus** haben. Es ist aber nicht gut, dass die Bürgerinnen und Bürger auf Fragen nach den aktuellen und jüngsten rechtsextremen Ereignissen in unserem Land Schleswig-Holstein keine Informationen bekommen. Das wirft Fragen und Schatten auf, wenn selbst Abgeordnete auf Fragen nach § 40 der Geschäftsordnung oder Kleine Anfragen keine Antworten mehr bekommen.

(Angelika Beer)

Ich will damit sagen, dass wir nicht nur rechtsextreme Kontinuität nach 1945, sondern auch rechtsextreme Kontinuitäten und Aktivitäten bis heute im Blick behalten müssen. Ich freue mich, dass alle Parteien - oder jedenfalls ihre Sprecher und Minister - den Anschlag auf die Synode in Pinneberg verurteilt haben. Dieser Anschlag kam ausgerechnet zum Jahrestag der Reichspogromnacht 1938. Auch das sind Kontinuitäten, die wir in Erinnerung behalten müssen, die wir analysieren müssen, um dafür zu sorgen, dass sie nicht fortgesetzt werden.

Wir brauchen daher eine lebendige **Erinnerungskultur**. Dazu können Historikerinnen und Historiker natürlich beitragen. Dazu trägt aber auch zum Beispiel Pinneberg bei, und zwar nicht nur dadurch, dass Stolpersteine wie überall gelegt werden, sondern dort hat eine private Initiative damit begonnen, Informationen zur Nazivergangenheit im Kreis zu sammeln, auszuwerten und zu dokumentieren. Das ist ein tolles Vorbild, das im ganzen Land Nachahmung finden sollte.

(Beifall PIRATEN)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum Schluss, die ich aber nicht machen möchte, um Ergebnisse vorwegzunehmen; das genau ist nicht mein Anliegen. Ich möchte diese Bemerkung vielmehr machen, weil dieser Antrag auch eine private Bedeutung für mich hat und natürlich auch eine politische.

Mein Vater, Dr. Herbert Beer, geboren 1914 in Purley in England, war von 1954 bis 1958 Mitglied in diesem Hohen Haus für die Fraktion des GB/BHE, also des Bundes der Heimatvertriebenen. Später war er kurz vor seinem Tod im Juni 1971 als Mitglied der CDU-Fraktion erneut Landtagsabgeordneter.

Anfang der 60er-Jahre war mein Vater als Vorsitzender der rechtsgerichteten GDP zusammen mit von Thadden und Thielen an dem Aufbau der NPD beteiligt und bereitete die Gründung der NPD 1964 vor. Er wurde nicht Mitglied, sondern zog es stattdessen vor, mit der von ihm geleiteten Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik eine Sammlungsbewegung aus kleineren rechten Gruppierungen um die GDP zu bilden. Als dieses Vorhaben scheiterte, ist er 1969 in die CDU eingetreten.

Ich war damals zu früh Vollwaise. Es gibt auch keine Dokumente. Ich habe versucht, diese zu finden, weil ich eine Auskunft aus der Stasi-Datei beantragen wollte. Aber es ist kaum möglich, über seinen Werdegang vor dieser Zeit, vor 1945, und auch aus der Zeit danach herauszufinden, was wirklich war.

Das ist meine persönliche Hoffnung auch im Rahmen dieser Forschung.

Ich glaube, nach Gesprächen mit Kollegen von mir sagen zu können: Es ist nicht nur meine persönliche Hoffnung, sondern es betrifft auch andere, selbstbewusst, aber auch klar und transparent zu sagen: Wir wollen diese Wahrheit, damit wir die Zukunft gemeinsam demokratisch gestalten können.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niedersachsen, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg: Dort setzen sich die Landtage bereits mit ihrer Vergangenheit auseinander oder haben entsprechende Beschlüsse gefasst. Nun wollen wir uns heute einreihen, indem wir fraktionsübergreifend das Startsignal für eine Analyse der Situation in Schleswig-Holstein geben.

Dass dazu fast zwei Generationen vergehen mussten, hat auch etwas mit der Mentalität des Verdrängens und Verschweigens zu tun. Jetzt ist der Abstand für eine offene Betrachtung und eine systematische Aufarbeitung gegeben. Das bedeutet aber nicht, dass das angestrebte Vorhaben leicht wäre.

Der Wiedereinzug von Nazis in die Landesregierung und ihre Präsenz in den Parteien unseres Landes waren ein schwerer Nachkriegsfehler und eine Bürde für unser demokratisches Gemeinwesen. Wir wissen, dass sich der Landtag schwergetan hat, sich diesem Thema überhaupt zu stellen. Allzu früh sollte das Thema abgehakt werden. Schon 1951 verkündete der damalige Innenminister Paul Pagel den Schlusstrich unter die **Entnazifizierung**. Die Nazis galten damals im Land als überschaubare Gruppe mehr oder weniger Verrückter oder Fehlgeleiteter, denen der Nicht-informierte nur hinterhergelaufen war, dadurch quasi unschuldig war. Damit war das Thema erledigt. In diesem geistigen Klima standen Politik und Kultur in Schleswig-Holstein lange Jahre und Jahrzehnte.

Das war wie ein brauner Schatten, der sich über das Land legte. Schleswig-Holstein spielte eine unrühmliche Rolle als Schlupfwinkel für Nazis und für deren Rehabilitierung. Wir hatten Landeskabinette, in denen die Mehrheit der Minister Mitglied

(Lars Harms)

in der NSDAP war, und einen öffentlichen Dienst, der mehr oder weniger unbeschadet - bis auf wenige Pensionskürzungen - die Entnazifizierung überstanden hat. Wie groß war der Einfluss alter Nazis? Wie war das neue, demokratische Schleswig-Holstein durch NS-Gedankengut geprägt? Diese Fragen harren der Antwort.

Allerdings geht es nicht darum, wer wann was gesagt oder eben auch nicht gesagt hat, sondern darum, die Mechanismen zu erkennen, die durch Kumpanei, falsche Rücksichtnahme und Gedankenlosigkeit der Demokratie Schaden zugefügt haben. In den Jahrbüchern Demokratische Geschichte sind die entsprechenden Passagen in Auszügen der Landtagsprotokolle nachzulesen. Erst in den 80er-Jahren, als mehr oder weniger alle ehemaligen Nazi-Parteigänger pensioniert oder gestorben waren, hat sich der Landtag systematisch mit diesem Thema beschäftigt.

Doch es geht nicht um persönliche oder politische Aufrechnung. Es gibt in dieser Sache keine Gewinner oder Verlierer. Wir wollen auch kein Gefälligkeitsgutachten, das einen Bogen um peinliche Befunde macht. Für den SSW gilt als oberste Maxime die wissenschaftliche Unabhängigkeit.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Darum sind im Antrag ausdrücklich nur Fragen angeführt, und auf weitere Vorgaben wurde verzichtet. Natürlich muss die wissenschaftliche Arbeit den wissenschaftlichen Standards entsprechen. Ich wünsche mir einen auch für Laien lesbaren Abschlussbericht, damit ihn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger lesen.

Die Politik darf aber keinesfalls inhaltlich in diese Forschung eingreifen. Aus dem politischen Auftrag ergibt sich nämlich keine politische Aufsichtsfunktion. Davor möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich warnen. Was die **Aufarbeitung** bringen soll, ist die Aufdeckung von Mechanismen: Wie hat der demokratische Staat den Übergang von einer Diktatur geregelt? Wie ist er mit individueller Schuld umgegangen? Die Antworten auf diese Fragen werden uns auch heute helfen, und zwar nicht nur im Umgang mit der **NS-Vergangenheit**. Demokratie darf sich nämlich nie sicher wähnen. Die deutsche Demokratie ist ja keine Demokratie, die lediglich Spielregeln vorschreibt. Wer sich also an die Regeln hält, der verhält sich automatisch demokratisch, könnte man meinen. Wir haben aber aus der Nazizeit gelernt, dass unsere Demokratie nicht ohne politische Werte funktioniert, allen voran die Wür-

de des Menschen. Wir sind eine wehrhafte Demokratie, in der wir jeden Tag für die Menschenrechte kämpfen und darum miteinander ringen; denn die Verhältnisse verändern sich eben und bleiben nicht stehen. Das ist streitbar im besten Sinne des Wortes. Parteien, die diese obersten Werte missachten und mit demokratischen Mitteln die Demokratie selbst abschaffen wollen, müssen in Deutschland damit rechnen, verboten zu werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Doch wie ist es, wenn wir es nicht mit Parteien, sondern mit Einzelnen zu tun haben, die in der Vergangenheit möglicherweise Schuld auf sich geladen haben? Haben es Menschen mit NS-Vergangenheit tatsächlich geschafft, in der Demokratie anzukommen? Hat man sich möglicherweise seine ganz persönlichen Fehler eingestehen können? Oder gab es doch weiterhin mehr Wölfe im Schafspelz, als uns allen lieb sein kann?

Die Antworten auf diese Fragen können helfen, für die Zukunft Lehren daraus zu ziehen und vielleicht sogar in anderen Ländern zur Problembewältigung beizutragen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Schon allein aus diesem Grund lohnt es sich, dass wir die Vergangenheit aufarbeiten und genau erfahren, wie die Mechanismen funktioniert haben. Es geht also nicht darum zu sagen: Der und der war schuld, und das haben wir jetzt noch einmal bestätigt bekommen; vielmehr geht es darum, die Mechanismen zu erkennen, damit man anderen Staaten, die vor einem Übergang von der **Diktatur** zur **Demokratie** stehen, möglicherweise Hilfestellung geben kann. Vor allem geht es bei dieser Untersuchung darum, dass insbesondere jungen Menschen deutlich gemacht wird, was Diktatur bedeutet und welcher hohen Stellenwert eine Demokratie hat. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin noch einmal nach vorn gekommen, weil mich der Beitrag des Kollegen Dr. Klug doch ein bisschen mehr beschäftigt hat, als man es durch eine Frage dort vom Mikrofon aus ausdrücken kann.

Ich stimme ausdrücklich zu, dass es individuelles Fehlverhalten in allen Parteien gibt. Ich stimme auch ausdrücklich zu, dass sich da niemand komplett reinwaschen kann und dass es auch nicht darum geht, individuelle Fehler zuzuweisen. Aber die Akzentuierung Ihres Beitrags finde ich doch problematisch, weil man schon sagen muss: Es gibt einen Unterschied zwischen bürgerlichen Parteien und Parteien, die - wie die SPD - in der Nazizeit verfolgt worden sind. Ich sage im 100. Geburtsjahr von Willy Brandt dazu: Wir hatten noch in den 1970er-Jahren Debatten, in denen der Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Fraktion, Franz Josef Strauß, zu Willy Brandt gewandt gesagt hat: Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben. Wir wüssten gern, was Sie draußen gemacht haben.

Es gibt also durchaus eine Debatte, von der ich sagen muss, dass die Parteien in sehr unterschiedlicher Weise betroffen sind. Es haben so viele **Sozialdemokraten** unter diesem Regime nicht nur gelitten, sondern sie sind von ihm verfolgt worden und sind später nicht rehabilitiert worden, dass mir schon daran liegt, hier festzustellen, dass die Aussage, das parteipolitisch nicht zu instrumentalisieren, nicht heißen kann, dass man so tut, als sei alles gleich. Das ist wirklich nicht so.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Eindruck würde ich ungern stehen lassen. Ich kann mir bei dem Historiker Dr. Klug gar nicht vorstellen, dass er diesen Eindruck erwecken wollte.

Ich will ein Zweites sagen. Ich bin im Auswahl Ausschuss der Friedrich-Ebert-Stiftung; ich bin da seit Mitte der 1990er-Jahre. Da kommen Stipendienbewerberinnen und -bewerber zu mir, die ich begutachte und die dann zum Beispiel forschen. Vor Kurzem war jemand bei mir, der über die Entschädigungspraxis in den Ländern promoviert. Er hat herausgefunden, dass die Struktur in Schleswig-Holstein, dass Nazis wieder in Ämter gekommen sind und etwas zu sagen hatten, dazu geführt hat, dass die **Entschädigung von Naziopfern** in Schleswig-Holstein sehr viel restriktiver ausgefallen ist als in allen anderen Ländern, beispielsweise im benachbarten Hamburg, und dass Menschen damit nicht nur in der Nazizeit verfolgt worden sind,

sondern ihnen auch nachher als Opfer Hilfe versagt geblieben ist, weil solche Strukturen erhalten geblieben sind.

Wenn wir heute solche Dinge im Kontext mit der **Aufarbeitung** der DDR diskutieren, dann kann man feststellen, dass Unrecht manchmal sogar noch durch Strukturen danach reproduziert worden ist. Solchen Dingen nachzugehen und das herauszufinden, es politisch zu debattieren, auch das sollte ein Punkt sein, für den sich dieser Landtag interessiert. Das kann man durchaus mit ordentlichen Forschungsmethoden, die es gibt, herausfinden, um es dann politisch von der Schlussfolgerung her zu bewerten. Aber wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als sei es letztlich in allen Ländern ähnlich. Schleswig-Holstein hat da schon eine besonders aufarbeitenswerte Geschichte. Leider ist das so. Deswegen tun wir das hier.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionen liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zur Landesregierung. Das Wort hat die Frau Ministerin für Justiz, Europa und Kultur, Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt den vorliegenden Antrag außerordentlich. Ich meine, es ist höchste Zeit, den Fragen, die in dem Antrag formuliert sind, nachzugehen. **Schleswig-Holstein** hat nach dem Ende des **NS-Terrors** 1945 unbestritten eine zweite braune Phase erlebt. Diese bis weit in die 1960er-Jahre hinein währende Zeit hat sich auf die politische Entwicklung unseres Landes und die geistigen Strömungen in unserer Gesellschaft ausgewirkt, und zwar in sehr vielen Bereichen. Viele Jahre war dieses Thema, insbesondere die sich daraus ergebenden Konsequenzen, für das gesellschaftliche Leben in Schleswig-Holstein kein relevantes Thema in der politischen Öffentlichkeit.

Auch ich wollte den bemerkenswerten Tagebucheintrag des Innenministers Paul Pagel zitieren. Da das jedoch schon mehrfach geschehen ist, lasse ich das einmal weg. Aber ich denke, die meisten von uns kennen zum Beispiel die Affäre um die Person des untergetauchten Euthanasiearztes Heyde alias Sawade oder die Diskussion um die braune politische Herkunft von politischen Repräsentanten,

(Ministerin Anke Spoorendonk)

zum Beispiel des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten, des BHE, und die mediale Berichterstattung darüber. Dabei ging es auch um Personen, die im öffentlichen Leben standen, wie etwa den von 1951 bis 1964 amtierenden Westerbänder Bürgermeister Heinz Reinefarth, der als SS-Gruppenführer den Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee im Herbst 1944 brutal niederschlug. Mehr als 100.000 Menschen wurden dabei ermordet. Von 1958 bis 1961 war Reinefarth Landtagsabgeordneter des BHE, ehe ihn Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Rückzug aus der Politik zwangen. Gerichtlich wurde er, der Henker von Warschau, wie er in Polen genannt wurde, nie belangt.

Oder auch Friedrich Christiansen, langjähriger Ehrenbürger von Wyk auf Föhr. Als Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden ließ er das Dorf Putten niederbrennen und die 602 Männer des Dorfes in das KZ Neuengamme transportieren. 49 überlebten. Die große Mehrzahl von ihnen starb in den KZ-Außenlagern Husum-Schwesing und Ladelund. Verurteilt zu zwölf Jahren Haft, wurde Christiansen 1951 von den Niederländern begnadigt. Die Lokalpolitiker der Stadt Wyk nahmen dies sogleich zum Anlass, seine von der englischen Besatzungsmacht aberkannte Ehrenbürgerschaft zu erneuern und wieder eine Straße nach ihm zu benennen. Wiederholte und jahrelange heftige Diskussionen führten erst 1980 zur Aufhebung dieser Beschlüsse. Und, meine Damen und Herren, nur ganz nebenbei: Christiansen war auch Mitglied des Volksgerichtshofs. Er war also ein politischer Wehrmachtsoffizier. Das belegt wieder einmal, wie wichtig es war, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag - es ist mittlerweile über zehn Jahre her - die damalige Wehrmachtausstellung hier zeigte.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiele wie diese und die damit einhergehenden Diskussionen finden sich überall in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Städten.

Der Flensburger Historiker Gerhard Paul hat in einem, wie ich finde, äußerst lesenswerten Beitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ - es liegt etwas länger zurück - im Februar 2001 in einem historischen Längsschnitt die Reichweite dieses Einflusses von über die Nazizeit hinaus währenden Kontinuitäten auf und in Schleswig-Holstein deutlich gemacht.

In seinem Artikel „Flensburger Kameraden“ zeigt er ansatzweise auf, wie sich gerade im Bereich des schleswig-holsteinischen **Landesdienstes**, nament-

lich in der Polizei und in der Justiz, aber in sehr spezifischer Weise auch im Bildungsbereich, namentlich in der Lehrerbildung und im Geschichtsunterricht, diese Einflussnahme konkret gestaltete und wie lange diese Einflussnahme weiter wirkte.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen des Landtags haben sich mit ihrem Antrag einhellig das Ziel gesetzt, diese auf vielen, fast nahtlos fortgesetzten **NS-Karrieren** beruhenden Strukturen in Regierung, Parlament, Parteien, Verbänden und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens untersuchen und gewichten zu lassen, um deren Einfluss auf das politische Klima in Schleswig-Holstein jener Jahre zu diskutieren. Es ist ein guter, sinnvoller und gemeinsamer Antrag im Sinne aller Demokraten.

Ich glaube, diese zu erarbeitende **wissenschaftliche Studie** und die folgende und hoffentlich breite öffentliche Diskussion über deren Ergebnisse helfen unseren und den jüngeren Generationen sowie denen, die nach uns kommen, besser zu verstehen, warum Schleswig-Holstein nach 1945 über Jahrzehnte in Teilen des politisch-gesellschaftlichen Lebens ein doch sehr spezielles Eigendasein geführt hat.

Es geht hier nicht mehr um eine Debatte, bei der die rechtliche, moralische oder politische Zuordnung von Schuld und Verantwortung im Zentrum steht. Auch das ist schon hervorgehoben worden. Nein, es geht um das Erfassen und Verstehen von Zusammenhängen. Es geht um die Aufarbeitung und die Analyse des Aufbaus der jungen Demokratie in Schleswig-Holstein nach 1945. Und es geht um unsere Selbstvergewisserung durch den souveränen Umgang mit diesem über viele Jahre verdrängten Teil der schleswig-holsteinischen **Nachkriegsgeschichte**.

In diesen Zusammenhang gehört auch das umfassende Gedenkstättenkonzept, das die Landesregierung derzeit mit den Trägern und Verantwortlichen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein erarbeitet,

(Beifall SSW)

wobei es auch um die Entstehungs- und spätere Wiederentdeckungsgeschichte dieser **Gedenkstättenarbeit** geht. Die heftigen Reaktionen und Diskussionen um den Umgang mit den wiederentdeckten Erinnerungsorten wie etwa den KZ-Außenlagern Kaltenkirchen oder Husum-Schwesing in den 1980er-Jahren sind Ausdruck dieser lang nachhaltenden Wirkungsgeschichte. Darum ist es umso

(Ministerin Anke Spoorendonk)

wichtiger, dass wir der Nazi-Opfer gedenken und uns ihrer erinnern.

Es geht aber auch darum, die Mechanismen von Macht, Machtmissbrauch und Verbrechen deutlich und bewusst zu machen. Und es geht um die schwierige und mitunter unerwünschte bis unterdrückte Auseinandersetzung über den Umgang mit der Nazizeit und der daraus resultierenden Verantwortung in vielen Jahren unserer Landesgeschichte nach 1945.

Diese Reflexion der politischen, gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegsjahre ist aber kein zeitlich begrenzter und sich allein auf Schleswig-Holstein beziehender Prozess. Wir treffen auch heute noch im gesellschaftlichen Alltag auf Relikte aus der **Nazi-Vergangenheit**, deren stete Aktualität für uns nicht sofort mit jener Zeit und den nachfolgenden Jahren in Verbindung gebracht werden. Ich verweise auf die von meinem Ministerium angestoßene Debatte um eine Bundsratsinitiative zur Bereinigung von Vorschriften im Strafrecht von Nazi-Gedankengut, das den Weg in unsere Demokratie überdauert hat.

So ist etwa § 211 StGB, der das Delikt Mord definiert, in seinem Wortlaut eindeutig von der Nazi-Ideologie geprägt. Das kann man wortwörtlich nachweisen. Der damalige Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Roland Freisler, ist, wie wir wissen, nicht nur von dort aus bekannt, sondern auch durch das, was er im Volksgerichtshof gemacht und verschuldet hat. Also, dieser Paragraph ist eindeutig Nazi-Ideologie. Für mich ist das geradezu ein klassisches Beispiel für die überdauernde Wirkungsgeschichte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserer Vergangenheit gehören die Jahre der Nazi-Diktatur und der Nachhall auch in Schleswig-Holstein. Eine Gesellschaft darf sich nicht darauf reduzieren, Opfer oder Täter zu identifizieren. Sie hat auch immer den Boden mitbereitet und für den Kontext gesorgt, in dem sich Verfolgung und Mord ereignet haben.

In den Nachkriegsjahren ist man den damit verknüpften Fragen gezielt und auch gern ausgewichen. Das kann man vielleicht psychologisch erklären; aber aus dem Rückblick heute sehen wir, wie wichtig es ist, die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu nehmen - in der Vergangenheit wie in der Zukunft.

Aus dieser Verantwortung heraus wollen wir künftig dafür sorgen, dass sich in unserer Heimat nie

wieder Marginalisierung, Ausgrenzung und Verfolgung ereignen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dafür steht dieser Antrag. Ich bin froh darüber, dass wir ihn heute in diesem Haus miteinander diskutiert haben. Er geht uns alle an. Dafür danke ich auch allen herzlich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um vier Minuten überzogen. Wenn davon Gebrauch gemacht werden soll – bitte, Herr Dr. Bernstein, Sie haben das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es steht dieser Debatte gut an, wenn man, auch bei einer Äußerung, die einen zu einer Entgegnung reizt, nicht sofort aufspringt, sondern einen kleinen Moment darüber nachdenkt. Deswegen möchte ich noch kurz eine Einschätzung zu der Stellungnahme, Herr Kollege Stegner, abgeben, die Sie gegenüber dem Kollegen Klug abgegeben haben.

Wir sind uns alle einig, dass die SPD natürlich eine besondere Rolle in der deutschen **Parteiengeschichte** einnimmt, weil sie eine ungebrochene Kontinuität aus der Vorkriegszeit gegenüber allen anderen Parteien hat. Ob man aber - so habe ich den Kollegen Klug verstanden - allein daraus ableiten kann, dass SPD-geführte, dominierte Bundesländer sich per se anders verhalten hätten als beispielsweise bürgerlich geführte Bundesländer, das wäre eine interessante Fragestellung innerhalb dieser Untersuchung.

Ich darf im Zuge dieser Debatte darauf hinweisen, dass die Überlegungen, die zur Gründung gerade der Unionsparteien geführt haben, aus dem christlichen Widerstand, aus der Arbeiterschaft genauso wie bis hin zum militärischen Widerstand kommen. Das ist die geistige Wurzel.

Wenn man daraus zu der Schlussfolgerung kommt, dass es per se Unterschiede bei der einen oder anderen parteipolitischen Führungsrolle gegeben habe, dann möchte ich daran ein Fragezeichen machen. Was sehr wohl Gegenstand der Untersuchung sein sollte, ist meiner Meinung nach die Frage, ob die

(Dr. Axel Bernstein)

gesellschaftliche Einbettung, Herkunft, Verknüpfung der jeweiligen Mitgliedschaften unterschiedliche Herangehensweisen an den Umgang mit vorbelasteten Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Zeit mit sich gebracht haben.

Ich könnte mir vorstellen, dass das auch für die Studie in Schleswig-Holstein eine Erkenntnis bringende Frage wäre, die meiner Meinung nach etwas tiefer geht als die bloße Unterscheidung: hier die einen, da die anderen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Bernstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ja sicher!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Habe ich Ihren Beitrag eben so verstanden, dass Sie sagen wollten, Sie hätten nicht die Wurzel der Gründung der Union und anderer bürgerlicher Parteien, sondern eine Wurzel beschrieben?

Wir sind uns doch sicherlich einig, dass das nur eine der Wurzeln gewesen ist, wohingegen die SPD als Partei verboten wurde, verfolgt gewesen ist und wiederbegründet wurde. Viele der Wiederbegründer der Partei gehörten zu den Verfolgten. Insofern will ich gar nicht bestreiten, dass Sie eine Wurzel beschreiben.

An der Frage, ob das sozusagen die prägende Gründung der bürgerlichen Parteien in Deutschland gewesen ist, sind Zweifel angebracht. Als Historiker würde ich jedenfalls sagen, das könnte man durchaus bezweifeln. Aber wenn Sie aus „die“ „eine“ machen, sind wir uns wahrscheinlich einig.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ihre Darstellung teile ich nicht. Denn eine Wurzel einer Partei mache ich nicht an Köpfen fest. Das kann man aber machen. Ich frage mich bei der Wurzel einer Partei, was das geistige Leitbild ist, an dem sich die Partei insbesondere bei ihrer Gründung orientiert.

(Beifall CDU)

Die **Idee** der **Christlich Demokratischen Union** genauso wie die Idee der Christlich-Sozialen Union ist es, die konfessionelle Spaltung zu überwinden, um eine handlungsfähige und schlagkräftige bürgerliche Mehrheit bilden zu können - im Unterschied zu Weimar. Dieser Gedanke speist sich aus vielen verschiedenen Quellen und gerade auch aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Widerstands.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt zu einem weiteren, jetzt Vierminutenbeitrag Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit wird nicht ausreichen, um die Fragen ausdiskutieren, die jetzt gerade angeschnitten worden sind, zumal es über die Gründungsgeschichte der CDU in Schleswig-Holstein drei bis vier neue Veröffentlichungen gibt. Unter diesen wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist auch eine Dissertation, die sich damit befasst hat. Über die Ergebnisse will ich nicht referieren, obwohl ich sie gelesen habe.

Ich will vielmehr auf den Kern zurückkommen; das hat mit der Diskussion zu tun, warum wir diese Studie machen müssen. Denn es gibt viele Dinge, die wir eben nicht wissen. Dabei greife ich auch die Beiträge von Stegner und Bernstein gern auf. Ich nenne ein Beispiel: Natürlich ist es keine Neuigkeit - das sage ich nicht zur Skandalisierung, sondern diese Tatsache ist seit zig Jahren bekannt -, dass der Chef der Staatskanzlei in den Jahren 1950 bis 1958 ein ehemaliger SS-Sturmbannführer sowie ein ehemaliger aktiver Nationalsozialist war, der nach dem Krieg einer demokratischen Partei beigetreten ist und diese Funktion ausgeübt hat.

Interessant ist nicht dieser Fakt, der nicht neu ist, obwohl er schon einiges über die Personalpolitik in Schleswig-Holstein nach 1950 aussagt, sondern das Interessante ist doch: Wie waren die **Wirkmechanismen**? Was hat das konkret für **Personalpolitik der Ministerien** bedeutet? Was hat es konkret bedeutet - das wissen wir -, wie viele ehemalige Nationalsozialisten nach dem Krieg Mitglieder des Parlaments gewesen sind? Ich könnte Ihnen jetzt eine Liste aufzählen, welche und wie viele Abgeordnete es bei welchen Parteien waren. Aber das alles kann man nachlesen; ich muss Sie nicht belehren.

(Jürgen Weber)

In Schleswig-Holstein ist das relativ eindeutig gewesen.

Aber die folgenden Fragen müssen untersucht werden: Welche Mechanismen haben eigentlich bei **Kandidatenaufstellungen** gewirkt? War das eine unterstützende oder eine schwierige Situation? Gab es Netzwerke? Welche Fragen sind gestellt worden? Gab es Probleme dabei? Hat es die Menschen eher zum Hinschauen bewegt? Waren es nützliche Hintergründe?

Das wissen wir alles nicht, erst recht nicht bei den Kommunalparlamenten. Wir können Köpfe aufzählen und sagen, wer vorher was war. Aber wie das funktioniert hat, wissen wir nicht. Man könnte sicherlich aus allen Parteien Beispiele finden. In Schleswig-Holstein sind die Dinge relativ einschlägig. Sie müssen entsprechend untersucht werden.

Auch zur **Gründungsphase** möchte ich noch einige Ausführungen machen. Die Frage ist nicht, wofür die CDU stand. Um sie zu beantworten, kann man alte Parteiprogramme lesen oder die gemachte Politik untersuchen. Das wissen wir; diese Informationen liegen vor. Man muss nach den **Mechanismen** fragen. Diese Frage kann man für die FDP viel schärfer als für die CDU beantworten, weil die FDP in Schleswig-Holstein viel früher und viel schärfer als die CDU auf Anti-Entnazifizierungskurs gegangen ist; das sage ich in einem Nebensatz. Aber die Frage bleibt, welche Kräfte sich wie durchgesetzt haben. Warum wurde ein renommierter Nazi-Gegner wie Theodor Steltzer in der Partei relativ schnell kaltgestellt? Er war erster Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, CDU-Mitglied und entstammte einer Bewegung, über die Sie gesagt haben, sie sei aus der Gegnerschaft zu den Nazis entstanden und habe versucht, diesen Bereich der CDU nach vorn zu bringen. Welche Mechanismen haben da gewirkt?

Das kann man auch in anderen Bereichen untersuchen. Das ist doch interessant; das wissen wir nicht. Es reicht nicht aus zu sagen: „Das war so einer, und das war so einer“, sondern wir wollen die Ursachen erforschen. Das will diese Studie.

Es geht dabei nicht um Erbsenzählerei, welche Partei wie viele Menschen mit entsprechenden Hintergründen aus der Partei oder Organisationen der NS-Zeit aufgenommen hat. - Ich finde es wirklich spannend, das zu untersuchen. Das ist von dramatischer Bedeutung, weil die Frage nach der Rekrutierung politischer Eliten und damit die Frage nach politischer Sozialisation auch heute noch ein Thema ist.

Allerdings gibt es heute andere Voraussetzungen: Heute haben unsere Mitglieder keine Wurzeln in der NS-Zeit mehr; dafür spielen andere Dinge eine Rolle. Die **Strukturmerkmale von politischer Rekrutierung** zu untersuchen und das in der langen Linie von 1945 bis heute darzustellen, um zu erklären, wie Demokratie funktionieren kann und muss, finde ich wichtig. Deswegen müssen wir diesen Prozess untersuchen und sollten uns nicht gegenseitig Namen vorhalten. Das wäre sehr wünschenswert. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wurde keine Überweisung beantragt, deshalb lasse ich über diesen Antrag in der Sache abstimmen. Wer diesem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen, und der Präsident des Landtags wird tätig werden.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 21, 26 und 30 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1271](#)

b) Waldanteil in Schleswig-Holstein weiter vergrößern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1284 \(neu\)](#)

c) Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Festhalten an der Zielvorstellung Wald

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1299](#)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abgeordnete Marlies Fritzen. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine Damen und Herren! Ich beginne meine Rede mit einem wunderbaren Zitat, mit dem Horst Stern 1979 sein legendäres Buch „Rettet den Wald“ eingeleitet hat: „Wald ist mehr als die Summe seiner Bäume.“

Wald, so sagt das Bundeswaldgesetz - auch noch in seiner schwarz-gelben Fassung von 2010 -, muss außer „wegen seines wirtschaftlichen Nutzens“ auch „wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung“ erhalten werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

- Es freut mich, dass wir uns an dieser Stelle so einig sind. Das müsste sich auch bis zum Schluss der Beratung erhalten lassen. Wald ist für viele Menschen ein ganz besonderer, häufig romantisch aufgeladener Sehnsuchtsort der Entspannung und der Naturnähe. Unsere heutigen Wälder, meine Damen und Herren, sind allerdings in aller Regel Wirtschaftswälder, die den wertvollen Rohstoff Holz liefern.

Die **Ökonomisierung der Wälder** hat auch bei uns in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren stark zugenommen. In den Bilanzen der Forstbetriebe spielen die oben genannten Schutzfunktionen des Waldes häufig keine oder eine untergeordnete Rolle. Wenn aber Wald mehr als die Summe seiner Bäume ist, dürfen wir ihn nicht eindimensional ökonomisch bilanzieren. Genauso wenig wie unser Wald eine Holzplantage sein darf, ist er aber auch unberührte Natur, die sich selbst im Lot hält.

Das Bundeswaldgesetz fordert deshalb - ich zitiere noch einmal - „einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen“. Gerade dieser Ausgleich gelingt zunehmend nicht mehr.

Das spüren die Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen aus ihrer Sicht zu hohe Einschlüsse in ihrem Wald empören. Das sind dieselben Bürgerinnen

und Bürger, die sich 2006 in unserem Land erfolgreich gegen die Privatisierung des Landeswaldes gewehrt haben. Wo, wenn nicht im öffentlichen Wald, also im Bürgerwald, muss dieses **Gleichgewicht zwischen Nutz und Schutz** in ganz besonderem Maße beachtet und wiederhergestellt werden? Neben der schonenden und nachhaltigen Nutzung - daran wird in diesem Jahr, also 300 Jahre nach der „Entdeckung der Nachhaltigkeit“ durch Hans Carl von Carlowitz, immer wieder gern erinnert - brauchen wir zur Erhaltung der biologischen Vielfalt Wälder, die nicht genutzt und somit der natürlichen Entwicklung überlassen werden.

Meine Damen und Herren, die „Strategie der biologischen Vielfalt“ der schwarz-gelben Bundesregierung verlangt, 5 % aller Waldflächen in Deutschland zu **Naturwäldern** zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, ist vor allem der öffentliche Forst aufgrund seiner besonderen Verpflichtungen für das Gemeinwohl gefordert, den größten Anteil zu übernehmen. Als allgemein anerkannte Richtschnur gilt, dass hier etwa 10 % Naturwälder ausgewiesen werden müssen.

Die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten haben bereits einen ersten Entwurf vorgelegt, der eine gute Grundlage für die weitere Diskussion ist. Neue Vorstellungen insbesondere von Naturschützern sollen in ein landesweites **Naturwaldflächenkonzept** einfließen. Für eine ungestörte Entwicklung zu einem dynamischen, sich selbst regulierenden Ökosystem müssen diese Flächen dauerhaft aus der Nutzung genommen und vor allem muss dies endlich rechtlich abgesichert werden.

Ohne menschlichen Einfluss durch Siedlungs- und Straßenbau sowie durch landwirtschaftliche Nutzung ist Wald das natürlicherweise am häufigsten in Schleswig-Holstein vorkommende Ökosystem. Deshalb bleibt es richtig - jetzt komme ich zu dem zweiten Antrag, über den wir heute reden wollen -, den **Waldanteil an der Landesfläche** von aktuell etwa 10 um 2 % auf 12 % zu erhöhen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Auch darüber besteht Einigkeit. - Gleichzeitig ist aber allen hier im Haus auch klar, wie schwer dieses Ziel zu erreichen ist. Wir haben das bisher alle miteinander nicht erreicht. Daran ist politisch niemand Schuld. Das hat mit massiven Flächenkonkurrenzen zu tun, die sich in den letzten Jahren insbesondere durch das Interesse an landwirtschaftlichen Flächen und den Maisanbau verschärft haben, sodass wir das Ziel nicht erreicht haben. Dieses Ziel

(Marlies Fritzen)

wollen wir gleichwohl nicht aus dem Visier verlieren. Wir Grüne haben mit Visionen ja gute Erfahrungen, wenn ich daran denke, dass wir schon vor 30 Jahren, als wir uns gegründet haben, gegen die Atomkraft aufgestellt waren. Es hat lange gedauert, aber es hat zum Schluss doch geklappt, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Ich bin froh, dass wir uns einig sind, weiterhin 12 % Wald in Schleswig-Holstein anzustreben. Ich bitte darum, dass Sie dem schwarz-gelben Bundeswaldgesetz und der Strategie der alten Bundesregierung Folge leisten und unserem Antrag zu mehr Naturwald in Schleswig-Holstein zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für den Antrag zu b) hat als Antragsteller jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein ist immer noch mit Abstand das waldärmste Bundesland, und das, obwohl bereits seit vielen Jahren Versuche unternommen wurden, den **Waldanteil** zu erhöhen. Wir liegen mit 10,3 % noch weit unter dem uns selbst auferlegten Ziel von 12 %. Uns allen ist klar, dass das Land aufgrund historischer Entwicklungen so eine geringe Waldfläche besitzt. Bisher war und ist es fraktionsübergreifend Konsens, dass der Waldanteil in Schleswig-Holstein erhöht werden soll. Dass sich nun gerade ein grüner Umweltminister von diesem Konsens entfernen und aufgrund von Flächenkonkurrenz das Ziel des Landesentwicklungsplans aufgeben wollte, ist wirklich denkwürdig. Ich begrüße außerordentlich, dass sich die regierungstragenden Fraktionen unserem Antrag angeschlossen haben und dafür stimmen werden, dass wir weiter am 12-%-Ziel festhalten.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Der Vorschlag von Herrn Habeck ist wieder kassiert worden. Es schallt eben doch nicht immer so aus dem Wald heraus, wie man hineinruft. Oder anders ausgedrückt: Die regierungstragenden Fraktionen haben sich vom Umweltminister nicht hinter die Fichte führen lassen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ich fand das originell.

(Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

Meine Damen und Herren, das **12-%-Ziel** ist kein - wie Robert Habeck zitiert worden ist - Symbol, sondern eine **Perspektive** oder eine Dokumentation des politischen Willens, den Waldanteil zu erhöhen. Auch das Thema Neuwaldbildung darf nicht aus dem Bewusstsein der Menschen verschwinden.

Dennoch darf man auch die Probleme, die in den vergangenen Jahren aufgetaucht sind, nicht vernachlässigen. Die Flächenkonkurrenz ist groß, und die Preise für Flächen zur Neuwaldbildung sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Wir müssen also überlegen, wie wir in den kommenden Jahren das von uns gesteckte Ziel erreichen können.

Aus unserer Sicht gibt es dabei - um ein Beispiel zu nennen - noch viel Luft, wenn es um **Ausgleichsflächen** geht. Uns ist von einigen Waldbesitzern zugetragen worden, dass sich die unteren Naturschutzbehörden nur in seltenen Fällen für Ausgleich im Wald oder Neuwaldbildung aussprechen. Da gibt es wirklich noch Potenzial, das bislang nicht genutzt worden ist.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu dem anderen Antrag. Natürlich spielen auch Naturwälder eine wichtige naturschutzfachliche Rolle. Nicht zuletzt die Rede von Frau Kollegin Fritzen hat mich davon überzeugt, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es sind wichtige Punkte darin enthalten. Es ist richtig, dass auf Basis der Untersuchungen des Bundesamts für Naturschutz zu Naturwäldern ein Konzept erstellt wird, wie der **Anteil der Naturwälder** in den öffentlichen Wäldern schrittweise erhöht werden kann. Ich bin allerdings gespannt, wie das Konzept aussehen soll, denn ein Selbstläufer wird das nicht.

Selbstverständlich muss das Konzept der Landesforsten berücksichtigt werden, wie es der Antrag auch fordert. Wir dürfen nämlich nicht vergessen: Als der Landtag 2007 das Gesetz zur Errichtung der Landesforsten verabschiedet hat, wurde das Ziel verfolgt, schlankere Strukturen zu schaffen, damit die Landesforsten langfristig auf eigenen Beinen stehen und das Land die Zuschüsse zurückführen kann. Die Landesforsten sind eine Erfolgsgeschichte - das ist unbestritten -, was durch die geplante

(**Oliver Kumbartzky**)

Ausschüttung erster Gewinne an den Landeshaushalt im kommenden Jahr deutlich wird.

Meine Damen und Herren, das Konzept zur Steigerung des Anteils von Naturwäldern darf nicht dazu führen, dass eine Anleitung oder Aufforderung zur Enteignung gegeben wird. Das Eigentum der Privatwaldeigentümer ist zu respektieren.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Die Landesforsten sind in erster Linie auch deshalb eine Erfolgsgeschichte, weil das Land in den vergangenen Jahren keine Bewirtschaftungsvorgaben gemacht hat. Ein Naturwaldkonzept muss die Lage der Landes- und auch der Kreisforsten berücksichtigen. Denn mehr Naturwald bedeutet weniger Wald, der bewirtschaftet wird. Mehr Naturwald bedeutet weniger Einnahmen aus der Forstwirtschaft. Das könnte am Ende bedeuten, dass die **Landesforsten** wieder eine größere Unterstützung des Landes benötigen. Immerhin zahlt das Land schon jetzt knapp 700.000 € an die Landesforsten für den Nutzungsverzicht in Waldgebieten.

Wie die **Kreisforsten** eine Erhöhung des Naturwaldes ohne öffentliche Unterstützung umsetzen sollen, ist ebenfalls noch vollkommen offen, vor allem vor dem Hintergrund, dass der Innenminister den Kreisen gerade Mittel streichen will. Im Konzept wird deutlich werden, wie das refinanziert werden soll.

Meine Damen und Herren, es sind also noch einige Punkte zu klären. Nichtsdestotrotz freue ich mich sehr, dass wir fraktionsübergreifend Konsens gefunden haben, was den 12-prozentigen Waldanteil angeht. Wir stimmen auch Ihrem Antrag zu.

Die **Bewirtschaftung der Wälder** hat durchaus Sinn. Holz ist ein wichtiger nachwachsender Rohstoff, und die Waldbewirtschaftung darf nicht so dargestellt werden, als sei sie eine schädliche Handlung. Wald ist vielmehr die Antwort auf den Klimawandel.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zum Antrag unter c): Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, Festhalten an der Zielvorstellung Wald, Antrag der Fraktion der CDU. Da trifft es sich gut, dass wir auf der Tribüne den CDU-Bezirksverband Mittelangeln begrüßen können. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Genauso begrüßen wie Mitglieder von ver.di Schleswig-Holstein

Nord-Ost. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wissen, wie wichtig der Wald auch für uns in Schleswig-Holstein ist. Frau Fritzen, deswegen ein Zitat aus dem Landesentwicklungsplan von 2010:

„Der Wald soll so erhalten, bewirtschaftet, gestaltet und gemehrt werden, dass er zum nachhaltigen Arten- und Biotopschutz beiträgt und seine Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen entsprechend den unterschiedlichen regionalen Erfordernissen nachhaltig erfüllen kann.“

Das ist in Ordnung. Das würden wir im Landesentwicklungsplan natürlich weiterhin gern so lesen. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden. Ich denke einmal, dass wir alle da in eine Richtung gehen.

Nun kam aber der 23. Oktober 2013, sehr geehrter Herr Minister Habeck. Wir waren zur Jahrestagung der Waldbesitzer in Rendsburg. Sie haben die Aussage getroffen, die 12 % Landesfläche, die bisher im Landesentwicklungsplan festgeschrieben ist, zu streichen, weil wir aktuell nur 10,3 % Landesfläche erreicht hätten und es unrealistisch sei, in Zukunft mehr Neuwald bilden zu können. Wir waren schlichtweg nicht begeistert, um nicht zu sagen: überrascht und enttäuscht. Ihre Begründung war Flächenknappheit, Bodenpreise. „Herr Rickers, Sie wollen den Bauern 30.000 ha gutes Ackerland nehmen und daraus Wald machen“ - dazu sage ich natürlich Nein. Das wäre der falsche Ansatz. Bei Ihnen ist Kreativität gefragt. Ich werde versuchen, Ihnen zu erklären, mit welchen Lösungen Sie da arbeiten könnten.

Auf eine kleine Anfrage aus der CDU-Fraktion - namentlich von mir - zur Kompensation in den Jahren 2011 und 2012 hat es die Antwort gegeben, für die ich dankbar bin, dass im Jahr 2011 480 ha - fast 500 ha - **Kompensationsfläche** in Schleswig-Holstein für einen Eingriff in die Natur als Ausgleich der Natur zurückgegeben wurde, im Jahr 2012 440 ha. Es waren also jährlich 440 bis 500 ha, die wir als Ausgleich - Kompensation - gegen Verschwendung von Natur der Natur zurückführen wollen. Die Frage ist: Wie werden diese 450 ha jetzt verwendet? Wollen wir weiterhin offene Wei-

(Heiner Rickers)

delandschaften? Das könnten wir machen. Wollen wir irgendwo vermehrt Froschteiche ausweisen, oder wollen wir wirklich dieses Geld, das dort gegeben wird, oder die Fläche, die dort mit diesem Geld angekauft wird, dafür verwenden, Neuwald zu bilden? Ich sage: Klar, wir haben genug offene Weidelandschaft. Sie kennen die Flächenstruktur besonders der Stiftung Naturschutz. Wir wollen deswegen - Forderung der CDU - auf diesen Flächen vermehrt die Neuwaldbildung fördern.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Damit könnten Sie das Problem lösen. Wir könnten politisch alle gleichsam an dem 12%-Ziel festhalten. Wir stimmen natürlich dann auch dem Antrag der vier Fraktionen in dieser Hinsicht zu. Das ist erwähnt worden.

Wir kommen zu dem zweiten Antrag. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, ein Konzept für die **Erhöhung des Naturwaldanteils** in öffentlichen Wäldern in Schleswig-Holstein zu erstellen - unter Einbeziehung des bisherigen Konzepts beziehungsweise des bisher erstellten Konzeptansatzes der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten. Natürlich können wir auch das begrüßen, und wir wissen auch, dass es dieses NWE5 - so wird es genannt - vom Bundesamt für Naturschutz auf Bundesebene gibt: natürliche Waldentwicklung im Schnitt bundesweit mindestens 5 %. Das betrifft da aber nicht nur die öffentlichen Flächen, sondern auch die privaten. Spätestens damit hätten wir dann ein Problem.

Herr Kumbartzky hat von einer stillen Enteignung gesprochen. Damit würden wir natürlich nicht leben wollen. Wir lehnen insofern diesen Antrag erst einmal ab beziehungsweise wünschen uns, das im Umwelt- und Agrarausschuss weiter zu diskutieren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fritzen?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Rickers, vielleicht noch einmal rekurrierend auf das, was Herr Kumbartzky gesagt hat: Können Sie vielleicht einmal sagen, welche Voraussetzungen vorliegen müssen, um in Deutschland Enteignungen durchzuführen? - Das heißt eben nicht,

dass man Wald sozusagen stilllegt. Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage. Deshalb habe ich in meinen Ausführungen auch deutlich gemacht, dass das Ziel deutschlandweit 5 % ist und dass, weil der öffentliche Wald eine besondere Verantwortung für diese Schutzfunktion hat und weil wir diese Auflagen vor allem nur im öffentlichen Wald machen können - auch diese Debatte führen wir schon seit Jahren immer auch im Zusammenhang mit dem Waldgesetz -, der öffentliche Wald dann rund 10 % dieses Anteils stellen muss. Insofern weiß ich nicht, warum Sie hier eine ganz merkwürdige und krude Enteignungsdebatte aufmachen wollen.

- Darauf kann ich Ihnen eine Antwort geben. Ich hätte auch versucht, das noch zu klären. Mir ist wohl bewusst, dass, wenn wir die 5 % im Durchschnitt wollen, wir 10 % in den öffentlichen Wäldern fordern müssen, damit wir dieses Ziel ansatzweise beziehungsweise realistischerweise erreichen können. Aber es wird auch dann wahrscheinlich nicht reichen, denn Stand heute: In den öffentlichen Wäldern gibt es 330.000 ha. Das sind erst circa 3 %, die wir erreicht haben. Die werden naturnah belassen und nicht mehr bewirtschaftet - Nullnutzung. Wir müssen auf mindestens 550.000 ha kommen. Das wird sogar im öffentlichen Bereich schwierig. Deswegen gibt es Denkmodelle, das auf die Privaten auszudehnen. Da geht es eben los. Ich habe das „schleichende Enteignung“ genannt. Schleichende Enteignung heißt nicht Enteignung, sondern ist so definiert, dass man das Gefühl hat, enteignet zu werden. Nutzungsaufgaben oder -beschränkungen sind immer ein schleichender Eingriff in das Eigentum und damit eine schleichende Enteignung. Das lehnen wir ab.

Wenn es gefordert wird und auch auf Privateigentum ausgedehnt werden sollte, dann geht es nur mit einer entsprechenden Entschädigung, also freiwilliger Naturschutz gegen Entgelt, Auflage nur mit Entschädigung. Darüber müssten wir diskutieren.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich kann dann auch schon zum Schluss meiner Rede kommen. Ich wünsche mir, dass wir im Schwerpunkt den zweiten Abschnitt des Antrags noch einmal im Umwelt- und Agrarausschuss diskutieren; denn wenn wir heute abstimmen, sind wir natürlich aus der Diskussion heraus, und wir wären auch nicht in ein Konzept eingebunden, was die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten und die kommu-

(Heiner Rickers)

nalen Wälder angeht. Da würden wir gern noch ein Wörtchen mitreden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der **Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt** der Bundesregierung wird bis zum Jahr 2020 eine natürliche Waldentwicklung für 5 % der gesamten Waldfläche beziehungsweise - wie eben angesprochen - 10 % der öffentlichen Wälder angestrebt. Wälder ohne forstliche Nutzung sind fester Bestandteil einer multifunktionalen Forstwirtschaft und unverzichtbar für die biologische Vielfalt. Insofern ist unser Antrag „Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen“ folgerichtig. Der Wald spielt für die Allgemeinheit eine bedeutsame Rolle, unter anderem im Bereich des Klima-, Erosions-, Grundwasser- und Lärmschutzes ebenso wie im Naturschutz, da er natürlicher Lebensraum für den größten Teil unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt ist.

Den **Anteil der Naturwälder** in Schleswig-Holstein auf Basis eines noch zu diskutierenden Konzepts zu erhöhen, ist also logische Konsequenz. Wichtig in diesem Zusammenhang ist es aber, auf dem Weg alle Seiten zu hören. Die Landesforsten haben bereits ein Konzept erarbeitet, das eine gute Grundlage ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wald ist aber auch ein **Wirtschaftsfaktor**. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Dieser Konflikt führt in letzter Zeit oft zu nicht sachgemäßen Auseinandersetzungen um Flächen, die umgewandelt werden können. Ich bin sicher, dass uns dies nicht weiterbringt.

Beide Seiten - sowohl Forsten als auch Naturschutz - müssen sich in dieser Diskussion bewegen. Der Wald an sich ist ein schützenswertes Gut, und einen besseren Klimaschützer gibt es wohl kaum, auch wenn er wirtschaftlich genutzt wird.

Ich möchte hier gern Hans Jacobs, den Vorsitzenden des BDF aus der letzten Zeitung des BDF zitieren:

„Da sind wir Försterinnen und Förster“

- Ich füge hinzu: auch Waldarbeiter -

„es doch, die das detaillierte Wissen haben und die gefragt sind, wenn es darum geht zu entscheiden, welche Flächen auch in der Abwägung mit anderen Funktionen und Zielen nicht zuletzt der forstlichen Nutzung für eine Ausweisung als Nutzungsfläche die geringsten Konflikte bergen.“

So ist es. Aber auch aus **naturschutzfachlicher Sicht** ist Wissen erforderlich, und da kommen ohne Frage das LLUR und auch die Naturschutzverbände ins Spiel, die wiederum Fachleute in diesem Bereich sind. Es muss doch möglich sein, hier einen gemeinsamen Kompromiss zu erzielen. Wer an einem Kompromiss nicht interessiert ist - davon gibt es den einen oder anderen -, der sollte zukünftig lieber den Mund halten.

(Beifall Olaf Schulze [SPD], Lars Winter [SPD] und Flemming Meyer [SSW])

Gemeinsames Vorgehen in diesem Zusammenhang ist dringend erforderlich. Wenn ich mir die Diskussion in der Fläche so ansehe, dann stelle ich fest, dass doch viele Diskussionen von einer großen Unwissenheit geprägt sind. Nur weil hier der eine oder andere Baum fehlt und man es etwas deutlicher sehen kann, heißt das nicht, dass es ein Kahlschlag ist. Genauso richtig ist natürlich, dass wir in einigen Bereichen vielleicht tatsächlich überprüfen müssen - gerade in FFH-Gebieten -, ob wir in den Bereichen zu viel gemacht haben. Ich würde aber in diesem Zusammenhang nicht immer gleich aufschreiben, sondern darum bitten, sich das genau zu betrachten und manchmal vielleicht auch von Fachleuten klären zu lassen, bevor man gleich Alarm schlägt.

Für diese Diskussion kommt dann leider Ihre Idee, Herr Minister Habeck, das Ziel von 12 % Waldanteil in Schleswig-Holstein aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen, zur Unzeit.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und FDP - Zuruf)

- Das weiß er. Das habe ich ihm schon gesagt. Darüber haben wir schon gesprochen. Ich glaube, das nimmt er nicht so.

Auch wenn Ihre Erläuterungen - und das wurde eben in der Diskussion zwischen Herrn Rickers und Frau Fritzen deutlich - sachlich nicht falsch sind, ist diese **Zahl** sehr wohl ein **wichtiges Zeichen**. Sie zeigt nämlich, dass wir nicht aufgeben wollen, dass wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren und wir uns mit dem bisher Erreichten noch nicht zufrieden geben. Es zeigt unseren Respekt vor dem Wald und

(Sandra Redmann)

ist somit mehr als nur ein Symbol. Ohne Frage wird das Ziel schwer zu erreichen sein. Wenn man aber über eine längere Zeit denkt, wie es beim Wald nun einmal üblich ist, dann ist das nicht unmöglich. In diesem Ziel, Herr Minister, sind wir uns dann wieder einig.

Herr Rickers, ich kann Ihnen nicht in allen Punkten zustimmen, obwohl ich Ihre Ideen durchaus interessant finde. Auch die **Landwirtschaft** wird ihren Beitrag dazu leisten müssen. So, wie es im Moment läuft, wird es nicht weitergehen. Machen wir uns nichts vor. Das, was sich durch die **Übermaischung** in unserem Land aufgetan hat, ist nicht nur für den Naturschutz, für den Forst, sondern selbst für die Landwirte eine Katastrophe, an der wir dringend arbeiten müssen.

(Beifall SPD und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Deswegen geht von dieser Zahl 12 % ein doppeltes Zeichen aus. Ich möchte aber auch genauso in die andere Richtung, nämlich in die Richtung des **Naturschutzes** appellieren, nicht immer alles so feindselig zu nehmen. Wenn ich mir die Diskussion in Lütjenholm ansehe, dann hätten wir uns das sparen können. Da bin ich mir ganz sicher. Ich hoffe, dass man aus diesen Erfahrungen - sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite - etwas lernt. Nur weil es einen Förster gibt - und das sage ich hier ganz bewusst -, der in Lübeck seine eigenen Erfahrungen gemacht hat, heißt es nicht, das er für jeden Forst im Land ein Fachmann ist.

(Beifall SPD und Hartmut Hamerich [CDU])

Ich bitte Sie, den Anträgen von den Regierungsfractionen, von der CDU und von der FDP zuzustimmen. Den zweiten Antrag, Entwicklung Waldanteil, möchten wir gern in der Sache abstimmen lassen. Herr Rickers, ohne Frage, sollten wir das Konzept, Herr Ausschussvorsitzender, auch im Ausschuss einmal beraten, um es politisch breit zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Hauke Götsch [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man aus jedem Gegenstand eine Kontroverse ma-

chen. Wir PIRATEN finden die Anträge jedoch gut. Wir sind auch der Meinung, dass sie sich grundsätzlich nicht widersprechen. Ich finde sie also ganz prima.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich will noch einmal unterstreichen, dass natürlich auch wir das Ziel von 12 % in Schleswig-Holstein anstreben und umsetzen wollen.

Der Anbau von Energiepflanzen sowie internationale Agrarfonds, die überall auf der Welt Land erwerben, sorgen für rasant **steigende Bodenpreise**. Das ist bekannt. Es wird also zunehmend schwieriger, Flächen aus der rein auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Nutzung herauszuhalten und für die Natur zu sichern. Hinzu kommt, dass uns immer mehr Raum durch Zersiedlung und den Ausbau von Infrastruktur verloren geht. Da die Bodenpreise aus unserer Sicht das größte Hindernis sind, ist zu überlegen, die **Mittel**, die beispielsweise durch Ausgleichszahlungen zur Verfügung stehen, nicht mehr in die **Aufforstung**, sondern direkt in den **Landerwerb zu investieren**. Überlässt man dieses Land dann sich selbst, so entsteht mit der Zeit ganz von allein ein Primärwald.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Außerdem siedeln sich dann jene Arten an, die an den vorliegenden Bodentyp angepasst sind. Auch kommt es beim Landerwerb nicht darauf an, besonders ertragreiche Böden zu erwerben.

In **Ostdeutschland** sehen wir bereits heute, welche schöne Naturlandschaften sich in den Gebieten des ehemaligen Tagebaus entwickeln. Pionierarten wie Birke und Weide haben nur geringe Ansprüche an die Bodenqualität, sind aber Wegbereiter für Ahorn, Hainbuche und Eiche, Arten, die von den Eichhörnchen und Eichelhähern jedes Jahr zuhauf eingepflanzt werden.

Da bin ich jetzt auch schon beim **Antrag der Koalitionsparteien**, der Frage also, wie wir die **natürliche Waldentwicklung** unterstützen können. Die Antwort ist aus unserer Sicht ganz einfach: weniger einmischen. Die Natur braucht uns nicht, um zu gedeihen. Es geht ihr sogar fast immer besser, wenn wir uns einfach einmal heraushalten.

(Beifall PIRATEN)

Dann kommt das Unterholz von ganz allein. Das Totholz bleibt liegen, woraufhin die Waldameise nicht mehr länger arbeitslos ist.

Wer hingegen glaubt, dass eine Ansammlung von Fichten in Reih und Glied, unten völlig braun und

(Angelika Beer)

oben ein kleines bisschen grün, bereits ein Wald ist, dem sage ich: Nein, das ist kein Wald, das ist ein Holzsacker.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Der richtige **Naturwald**, das ist der, den ich eingangs beschrieben habe. Er entsteht dort, wo man ihn **in Ruhe wachsen lässt**. Zugegeben, es dauert einige Jahrhunderte, bis er zu einem Urwald wird. Das sind hehre Ziele, aber warum sollten wir sie nicht im Blick haben? An diesem Wald sollten wir arbeiten. Er ist das Rückzugsgebiet für viele Arten, für die in unserer durchökonomisierten Welt immer weniger Platz ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Uli König [PIRATEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Wald entsteht aus sich selbst heraus. Wir müssen ihm nur den nötigen Raum geben.

Ohne den Beratungen vorgreifen zu wollen - ich war davon ausgegangen, dass wir mit den Anträgen noch in den Ausschuss gehen -, möchte ich darauf hinweisen, dass wir über die Bedenken, wie zum Beispiel von der Bürgerinitiative Biberwald, durchaus auch eine Fachdiskussion im Ausschuss führen wollen. Dafür reicht der Platz hier im Plenum nicht aus. Denn klar ist doch, dass wir die Wälder des Landes, im konkreten Fall die Reinfeld-Wälder, nicht so intensiv nutzen dürfen, wie einen auf den wirtschaftlichen Ertrag ausgerichteten Privatwald,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Uli König [PIRATEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zumindest dann nicht, wenn wir den Zielen der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt tatsächlich näherkommen wollen. Daran möchten wir uns gern beteiligen. - Vielen Dank.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fraktionsübergreifend wurde 1995 das politische Ziel für Schleswig-Holstein gesetzt,

den **Waldanteil** bis 2010 auf **12 %** zu bringen. Mit einem Waldanteil von derzeit 10,3 % stellen wir aber fest, dass der gesetzte Zeithorizont längst überschritten wurde und uns rund 27.000 ha bis zur Zielmarke fehlen. Rückwärtig betrachtet ist die Zielsetzung sehr ambitioniert. Nichtsdestotrotz halten wir weiterhin daran fest.

Zu Ehrlichkeit gehört aber, dass es nicht absehbar ist, wann wir die 12 % erreichen. Diese Koalition wird sich aber nicht von den 12 % verabschieden. Wer die **Entwicklung der Neuwaldbildung** der letzten Jahre genauer betrachtet, stellt fest, dass wir seit 1995 kontinuierlich einen Rückgang im Umfang der Neuwaldbildung zu verzeichnen haben, oder anders ausgedrückt: Auch andere Landesregierungen sind - wenn man es so will - an der Zielsetzung gescheitert. Das gehört auch mit zur Wahrheit.

Natürlich spielt die klamme **Haushaltslage** hierbei eine maßgebliche Rolle. Daneben hat sich aber auch die **Flächenkonkurrenz zur Landwirtschaft** in den letzten Jahren verstärkt, die zusätzlich durch die Biomassenutzung verschärft wurde. Es ist einfacher und schneller, Geld mit Energiemais zu verdienen, als einen Wald neu anzupflanzen. Das gehört auch mit zur Diskussion, wenn wir über Neuwaldbildung reden und wie wir die fehlenden 1,7 % umwandeln können.

Schleswig-Holstein ist das waldärmste Flächenland in Deutschland. Damit einher geht auch eine **gesellschaftliche Verantwortung** für unseren Wald und seine Weiterentwicklung. Das **Aufgabenspektrum des Waldes** ist so umfangreich, wie bei kaum einem anderen Lebensraum. Wälder sorgen für gute Luft und sauberes Wasser. Sie sind gut für unser Klima. Sie bieten Tieren und Pflanzen einen wichtigen Lebensraum und haben eine Erholungsfunktion für die Menschen. Darüber hinaus sorgt eine naturnahe Forstwirtschaft für den Rohstoff Holz.

Diese gesellschaftlichen Aufgaben sollen unsere Wälder auch zukünftig leisten. Es soll aber auch Bereiche geben, in denen wir den Wald sich selbst überlassen. Dort soll sich der Wald natürlich entwickeln, ohne dass der Mensch in den Prozess eingreift. Er soll seiner natürlichen Dynamik überlassen werden. Unterschiedliche Waldstadien und -gesellschaften sorgen für vielfältige Lebensräume und Strukturen und leisten somit einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt.

(Beifall SSW und SPD)

Aus diesem Grund hat sich Deutschland mit der **nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt** das Ziel gesetzt, bis 2020 den Flächenanteil der Wälder

(Flemming Meyer)

mit natürlicher Waldentwicklung auf 5 % zu erhöhen. Die natürliche Entwicklung der Waldflächen der öffentlichen Hand sollen in demselben Zeithorizont auf 10 % geführt werden.

Für Schleswig-Holstein können wir feststellen, dass derzeit rund 5 % des Landeswaldes als Naturwald ausgewiesen sind. Damit ist Schleswig-Holstein bereits auf einem guten Weg. Darüber hinaus wurde von den Landesforsten bereits ein Konzept erarbeitet, um den Anteil der naturnahen Waldflächen weiter zu erhöhen. Ich denke, dass wir mit den vorliegenden Anträgen einen guten Weg einschlagen, um die Ziele der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zur naturnahen Waldentwicklung in Schleswig-Holstein zu erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Aus dem Parlament sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Landesregierung. Das Wort hat der Herr Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck. - Bitte schön.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Gestatten Sie mir, nach der wirklich klugen Debatte noch ein paar Anmerkungen zu machen. Ich fange mit dem **Orkan Christian** an, der im Grunde - das ist wichtig zu sagen - alle **strategischen Waldpläne**, die in den letzten Jahren für Schleswig-Holstein entwickelt wurden, buchstäblich **über den Haufen geworfen** hat. Er hat - wir haben es den Pressemitteilungen ausgerechnet - 500.000 m³ Holz geknickt. Hundertjährige Bäume wurden buchstäblich wie Streichhölzer weggebrochen. Er hat das mit einer Brachialgewalt getan, die ganze Waldschläge zerstört hat. Er hat damit, über das Land gerechnet, in einer Nacht den Jahreseinschlag erreicht. Das ist nur die halbe Wahrheit, weil der Sturm insbesondere im Landesteil Schleswig besonders hart gewütet hat. In den Wäldern dort ist in dieser Nacht der Jahreseinschlag von vier bis fünf Jahren vernichtet worden.

Damit geht einher, dass das, was an Aufbauarbeit, an Umbauarbeit für die Wälder vorgenommen wurde, ebenfalls weit zurückgeworfen wurde. Das sind häufig Flächen, die sich schon im Waldumbau befunden haben. Nun liegt dort alles drunter und drüber. Keiner weiß, was von den nachgezogenen Buchen übriggeblieben ist. Keiner weiß vor allem, wie

die Wiederaufforstung mit dem Problem, nicht im Schutz des alten Waldes nachwachsen zu können, klarkommen wird. Diese Flächen sind frostanfällig, sie sind trockenheitsanfällig, sie sind hitzeanfällig. Es ist wirklich ein schwarzer Tag für die Wälder in Schleswig-Holstein gewesen und entsprechend für eine strategisch, politisch, planvoll durchgeführte Waldwirtschaft. Er hat die Arbeit von Jahren zu nichts gemacht.

Man muss aber auch sagen, dass sich die Debatten, die sich jetzt zum Thema Naturwald anschließen, neu geführt werden müssen, weil wir jetzt vor allem im Landesteil Schleswig eine veränderte Waldlandschaft haben. Man wird sicherlich noch einmal genau schauen müssen, welche Flächen, die dort zerstört sind, beispielsweise zusätzlich als Naturwald hinzugenommen werden können, weil die Bäume an diesen Stellen weg sind.

Nach Christian heißt also, die **Waldpolitik in Schleswig-Holstein** noch einmal neu zu **eichen**. Insofern kommt die Debatte genau zum richtigen Zeitpunkt. Ich denke, wir stehen vor einem halben Jahr Ausschuss- und politischer Beratung, wie wir die Waldpolitik in Schleswig-Holstein ausrichten wollen. Deswegen ist es klug, dass heute die verschiedenen Aspekte schon einmal genannt wurden.

Aus meiner Sicht gibt es eine Maßgabe. Auf das Problem komme ich zum Schluss gleich zu sprechen. Ich will mit dem Positiven anfangen: Die **Qualität** der Wälder muss gesteigert werden. Mit der **Quantität** werden wir Probleme haben. Qualität muss also vor die Quantität gesetzt werden. Das ist tatsächlich ein anderer politischer Ansatz. Davor haben wir vor allem auf die Quantität geschaut, aber dabei die Qualität nicht ausreichend in den Blick genommen. Nun sollten wir es einmal umdrehen. Die Fortschritte bei der Quantität werden schwer zu erreichen sein. Ich werde noch darauf eingehen.

Erstens heißt das, dass wir den **Umbau des Waldes** als **Mischwald** mit heimischen Hölzern energisch fortsetzen müssen und wollen. Wir werden in der neuen Förderperiode die Mittel in ELER dafür wieder auf einen Ansatz von 5 Millionen € verdoppeln. Das dürfte nach unseren Schätzungen ausreichen, um die Schäden zu kompensieren und die Arbeit des Waldumbaus, also der Neustrukturierung vor allem der Nadelbaumanteile energisch voranzubringen und damit die Wälder klimarobuster für die Veränderungen zu machen, mit denen wir leider zu rechnen haben.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Zweitens wollen wir die **ökologische Qualität** der Wälder erhöhen. Das betrifft den Naturwaldanteil. Wir haben ein Stück weit auf diese Debatte gewartet. Die Vorbereitungen sind getroffen. Frau Fritzen, Herr Meyer, auch die anderen Redner haben es angesprochen, dass es eine Bestandsaufnahme der **Naturwaldanteile** in den Landesforsten gibt. Jetzt brauchen wir die qualitative Debatte, wie wir diese Bestandteile zu einem vernünftigen Konzept zusammenführen, wie wir das natürlich auch mit der Waldnutzung abstimmen wollen, aber letztlich auch mit den privatwirtschaftlichen Wäldern in Schleswig-Holstein. All das soll jetzt beginnen. Das werden wir voraussichtlich im nächsten halben Jahr energisch durchführen.

Drittens erlauben Sie mir, auf die **Landesjagdzeitenverordnung** hinzuweisen. Wenn wir von Waldqualität reden, reden wir auch von Schonzeiten in den Wäldern. Wir wollen die Jagdzeiten synchronisieren und die Arten, die in ihrem Bestand bedroht sind, aus der Bejagung herausnehmen. Das ist der Sinn der Landesjagdzeitenverordnung. Wer sagt, dass die ökologische Qualität gesteigert werden muss und dass das wichtig ist, der muss auch springen, wenn es um die Bejagung in den Wäldern geht. Wir sind in den Auswertungen der Anhörung zur Landesjagdzeitverordnung und wollen sie zum 1. April 2014 in Kraft treten lassen.

Damit komme ich noch kurz zu der ominösen Zahl **12 % Waldanteilfläche** in Schleswig-Holstein. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich bei den Waldbauern gesagt, es sei wurscht, ob wir die Zahl in den Landesentwicklungsplan schreiben. Ich lasse mich heute belehren, dass es dem Landtag nicht wurscht ist. Selbstverständlich werden wir dem Wunsch folgen. Das ist völlig klar. Ich möchte nur einmal deutlich machen, warum ich das gesagt habe und dass diese Zahl natürlich als Symbol stehen bleibt, aber auch tatsächlich ein Symbol ist.

Seit 1961 gibt es eine Statistik über den Waldneubauanteil in Schleswig-Holstein. Der Durchschnitt, der über all die Jahre erzielt wurde, beträgt 400 ha pro Jahr. Auch ab 2005 - das waren andere Landesregierungen, die von der von Herrn Rickers vorgetragenen Kompensationsmöglichkeit hätten Gebrauch machen können - wurde nur der Durchschnitt erreicht.

Der Plan, den Flemming Meyer vorgestellt hat, hat vorgesehen, dass man **pro Jahr 1.000 ha Wald** neu schafft. Ziel einer solchen Zielvorgabe ist - wie bei allen anderen Prozentzahlen, die wir uns als Maßgabe setzen -, dass man sie eigentlich erreichen möchte. Das hieße 1.000 ha Neuwald pro Jahr. Bei

27.000 ha, die noch fehlen, bedeutet das, in den nächsten 30 Jahren 27.000 ha Neuwald aufzuforsten. Macht man sich klar, dass bereits heute der Hektar landwirtschaftliche Fläche - das sind konservative Schätzungen - 30.000 € kostet und die Bewirtschaftung und Neuanlegung 10.000 €, also 1 ha Neuwald, konservativ gerechnet, 40.000 € kostet, reden wir bei dem 12-%-Ziel von **1,2 Milliarden €**, die ausgegeben werden müssten.

Es tut mir leid, dass ich eine gewisse Skepsis und darauf hingewiesen habe. Das ist viermal die Rader Hochbrücke neu gebaut und dreimal ein Tunnel unter dem Rendsburger Kanal inklusive Bahnhof, wie wir das hier gerade festgestellt haben. Da es bis auf 1993 keine Landesregierung gab, die in einem Jahr über 1.000 ha Neuwald angelegt hat, glaube ich nicht, dass wir angesichts der Flächenknappheit und den hohen Preisen, die wir auch angesichts der Flächenkonkurrenz vergegenwärtigen, in den nächsten Jahren große Schritte machen werden. Es ist vollkommen okay, dieses Ziel als Symbol festzuschreiben. Aber die Waldpolitik von Schleswig-Holstein wird sich nicht daran messen lassen können, wie viel Neuwald wir hinbekommen, sondern wie gut wir unsere Wälder ökologisch bewirtschaften können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Minister, Sie haben gesagt, die Waldbilanz sei auch unter unserer Regierungszeit schlecht ausgefallen. Ist Ihnen bekannt, dass - die Bilanz stammt aus Ihrem Haus - die Waldbilanz seit 2005 immer positiv war? Das war zum Beispiel 2005 mit 330 ha Zugewinn an Wald der Fall. Sogar im Jahr 2011 waren es noch 138 ha. Die erste negative Ausweisung von minus 8 ha stammt aus dem Jahr 2012. Natürlich hätten wir tätig werden können. Aber die Eingriffs-/Ausgleichsregelung - mit der sich daran anschließenden Verordnung zum Ausgleich des Eingriffs - gilt erst seit 2008.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Also hätte man theoretisch ab 2009 darauf aufmerksam machen können, dass das Problem besteht: netto weniger Neuwaldbildung, wir müssen tätig werden. Das würde bedeuten, dass man in 2010 politisch hätte tätig werden und im Jahr 2012 umsetzen können. Das wäre immer noch positiv gewesen. Im Jahre 2012 ist nichts passiert. Im Grunde sind Sie also eher in der Verpflichtung, als wir es waren. Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Die Statistik ist mir bekannt. Sie ist Grund der Analyse, dass wir es schwer haben werden, den 12 % in den nächsten Jahren maßgeblich näherzukommen. Ich sage das ohne Fingerzeig. Sie können die Statistik hochhalten und aus ihr ersehen, dass auch in der vor-rot-grünen Regierungszeit die Fortschritte minimal gewesen sind. Im Grunde gelang es nur, relevante Flächen für Neuwaldbildung zu nutzen, als die Bodenpreise deutlich geringer waren, als der Druck ein ganz anderer war. Da hat keine Landesregierung irgendeiner Couleur oder irgend jemand etwas falsch gemacht. Es ist einfach nicht trivial, diese Aufgabe zu erfüllen. Nichts anderes habe ich versucht, hier darzustellen.

Ein Satz noch zur **Flächenkompensation**: Die Idee, 400 ha - oder wie viele Hektar es auch pro Jahr sein mögen - komplett in Form von Wald zu errichten, ist fachlich nicht zu halten. Herr Rickers, das wissen Sie auch. Man kann nicht alles über einen großen Leisten legen. Zum Teil handelt es sich um Moore, die umgewandelt werden. Das geht nach ökologischen Kriterien, die ausgewiesen werden. Nicht jeder Boden ist als Waldboden geeignet. Man kann sicherlich Neuwald bilden, und man kann dies auch gut in Form von Kompensation machen. Das wird auch geschehen. Beispielsweise wird die Trasse Krümmel-Görries, die als Stromtrasse zu erheblichen Eingriffen in den Wald geführt hat, im Verhältnis eins zu drei entschädigt. Für diese Maßnahme wird Wald angelegt. Dort wird der Zuwachs herkommen. Wir werden aber nicht 1.000 ha erreichen können. Das hat auch vorher niemand geschafft. Daher bleiben die 12 % ein Symbol.

Ich finde es gut, dass wir alle uns zur Neuwaldbildung bekennen. Ich habe großen Respekt vor jeder Initiative, vor jeder Spendensammlung und vor jeder Schulklasse, die versuchen, Wald zu gewinnen. Jeder Baum ist kostbar. Wie gut die Waldpolitik in Schleswig-Holstein ist, kann sich jedoch nicht an

der Symbolzahl 12 % festmachen. Wir müssen auf die Qualität unserer Wälder schauen und bei der Quantität so gut wie wir es können nachziehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die Redezeit um 3 Minuten und 26 Sekunden überzogen. Wird von der zusätzlichen Redezeit Gebrauch gemacht? - Das sehe ich nicht. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es liegen verschiedene Anträge zur Geschäftsordnung und zur Sache vor. Diese werde ich jetzt mit Ihnen abarbeiten.

Wir fangen da an, wo es ein parteiübergreifendes Abstimmungsbedürfnis gibt, und zwar zu a), Drucksache 18/1271, Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen. Dies ist ein Antrag der regierungstragenden Fraktionen. Weiter geht es um den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/1299, Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Festhalten an der Zielvorstellung Wald. Hier haben sowohl die CDU-Fraktion als auch die SPD-Fraktion eine Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss beantragt? -

(Zurufe)

Eine Abstimmung in der Sache liegt mir nur als von der SPD beantragt vor, und zwar zu dem Antrag mit dem Titel „Waldanteil in Schleswig-Holstein weiter vergrößern“.

(Zurufe)

- Auch über den Antrag der regierungstragenden Fraktionen? - Für den gemeinsamen Überweisungsantrag bleibt also der Antrag der CDU-Fraktion. Ist das richtig?

(Zurufe)

- Das sind die Anträge in diesem Zusammenhang. Beide Anträge der regierungstragenden Fraktionen sind zur Überweisung vorgeschlagen; ich hatte allerdings verstanden, dass es nur ein Antrag ist. Die CDU-Fraktion hat beantragt, alle drei Anträge zu überweisen. - Frau Abgeordnete Fritzen, Sie klären das jetzt.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich habe das im Vorfeld so verstanden, dass wir über den ersten Antrag, Naturwaldflächenanteil erhöhen, in der Sache abstimmen. Es gab

(Marlies Fritzen)

dann den Hinweis, dass wir im Rahmen der Selbstbefassung über die Konzepterstellung selbstverständlich weiter im Ausschuss diskutieren werden. Über den Antrag von den regierungstragenden Fraktionen zum Naturwald soll also in der Sache abgestimmt werden.

Es gibt zwei weitere Anträge, einmal einen Antrag von der FDP, der von den regierungstragenden Fraktionen unterstützt wird. Dieser Antrag weist darauf hin, dass wir bei dem 12-%-Ziel bleiben. Darüber soll ebenfalls in der Sache abgestimmt werden. Es gibt ferner einen sachlich gleichlautenden Antrag der CDU-Fraktion, über den selbstredend auch in der Sache abgestimmt wird. Insofern glaube ich, dass eine Ausschussüberweisung an dieser Stelle keinen Sinn macht. So habe ich unsere Verständigung im Vorfeld verstanden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es bleibt also bei dem Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung. Über diesen Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung werde ich zunächst abstimmen lassen. Sollte dieser Antrag nicht erfolgreich sein, kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Ich komme zum Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, nämlich alle drei Anträge an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Das habe ich so verstanden.

(Zuruf Heiner Rickers [CDU])

- Ich habe nur das aufgenommen, was in der Rede gesagt worden ist, Herr Abgeordneter Rickers.

(Heiner Rickers [CDU]: Darf ich?)

- Sie können alles ändern, was Sie wollen.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Fritzen hat es richtig dargestellt. Über die beiden inhaltlich gleichlautenden Anträge, bei denen es um den Anteil von 12 % geht, wird in der Sache abgestimmt. Darüber sind wir uns einig. Den anderen Antrag würden wir gern an den Umwelt- und Agrarausschuss überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Damit Sie im Umwelt- und Agrarausschuss noch über das Thema Wald reden können?

Heiner Rickers [CDU]:

Nein, wir werden jetzt darüber abstimmen, ob der Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen werden soll. Sie können dagegen sein, wir sind dafür.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir stimmen im Zusammenhang mit den Geschäftsordnungsanträgen jetzt ausschließlich über den Antrag Drucksache 18/1299 von der CDU-Fraktion ab. Dieser Antrag soll an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen werden, so hat die CDU das gewünscht. - Was wünscht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich habe keinen persönlichen Wunsch. Ich weise darauf hin, dass sich der Antrag auf Ausschussüberweisung, den der Kollege Rickers gestellt hat, auf den Antrag der regierungstragenden Fraktionen bezieht, den Anteil der Naturwaldflächen zu erhöhen. Dieser Antrag hat die Drucksachenummer 18/1271.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das hat er eben aber bestritten.

(Zurufe: Nein!)

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich glaube, dass wir uns einig sind. Daher bitte ich Sie, über den Antrag Drucksache 18/1271 im Zusammenhang mit Ausschussüberweisung abzustimmen und danach vermutlich in der Sache.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann werden wir wahrscheinlich über alles noch einmal in der Sache abstimmen, jedoch nur dann, wenn der Antrag auf Überweisung nicht zum Erfolg führt.

Wir bleiben also bei dem Antrag mit dem Titel „Naturwald sichern und Anteil an öffentlichen Wäldern erhöhen“. Das ist ein Antrag der regierungstragenden Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1271. Es ist von der CDU-Fraktion Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

CDU-Fraktion gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Es gibt keine weiteren Abstimmungen über Ausschussüberweisung, wir kommen zu den Abstimmungen in der Sache.

Wir stimmen zunächst über den Antrag mit dem Titel „Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen“ ab, und zwar in der Sache. Das ist der Antrag Drucksache 18/1271 von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen von allen anderen Abgeordneten so angenommen.

Wir kommen zu b), zu dem Antrag mit dem Titel „Waldanteil in Schleswig-Holstein weiter vergrößern“. Das ist ein Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 18/1299 mit dem Titel „Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes - Festhalten an der Zielvorstellung Wald“. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mit den Fraktionen vereinbart, den Tagesordnungspunkt 16, Freie Berufe in Schleswig-Holstein, vorzuziehen. Ich rufe daher Tagesordnungspunkt 16 auf:

Freie Berufe in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 18/571

Antwort der Landesregierung
Drucksache 18/1102

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort. Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Das Licht im Plenarsaal geht aus)

Der Ton ist noch da.

(Unruhe)

Herr Minister, ich habe das zwar bereits ausführlich getan, aber ich kann Sie gern noch einmal vorstellen. - Es spricht jetzt der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer. Er hatte einen Schreck bekommen, als plötzlich das Licht ausging. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Und da kam er aus dem Dunkeln. - Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was versteht man unter Freien Berufen? - Sie lassen sich kurz und knapp wie folgt auf den Punkt bringen: Die **Freien Berufe** repräsentieren eine enorme Breite und berufliche Vielfalt, wie sie kaum in einem anderen Bereich zu finden ist. Sie sind quasi überall zu finden.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie sind Teil der Wirtschaft. Es gibt kaum einen wirtschaftlichen Prozess, an dem Freiberufler nicht teilhaben. Das Wichtigste ist, die Freien Berufe sind maßgeblich zur Schaffung und zum **Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen**. In Schleswig-Holstein tragen sie daran einen ganz wichtigen Anteil.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu Beginn ausdrücklich den vielen Freiberuflern danken, die sich vor allem der Aufgabe der Ausbildung der jungen Menschen in Schleswig-Holstein annehmen. Ich glaube, diesen herzlichen Dank sollte der Landtag insgesamt aussprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Zur Bedeutung der Freien Berufe kann man nur ein paar Fakten nennen: Es gibt 41.000 **Selbstständige in Freien Berufen** in Schleswig-Holstein, die rund 85.000 **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** angestellt haben und davon 4.000 Auszubildende. Das zeigt: Das ist ein starkes Stück Wirtschaft.

Aber wenn wir über Freie Berufe reden, seien Sie ehrlich. An welche Berufe denken Sie dann? - Hier gibt es eine große Vielfalt. Diese können wir in vier Gruppen unterteilen: die Heilberufe, die rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe, die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe und schließlich die kulturellen Berufe. Auch hier ist die Bandbreite groß von den Journalisten bis hin zu den

(Minister Reinhard Meyer)

Künstlern. Das ist, wie Sie sehen, ein recht heterogener Bund an Professionen.

Wir erleben bei den Freien Berufen eine große Dynamik, die in den letzten Jahren entstanden ist. Alleine die **Wachstumsrate** bei den Freien Berufen, also all das, was sich dort verändert, zeigt von 2008 bis 2012 ein Plus von 19 %. Auch in diesem Bereich ist also eine ganze Menge los.

Jede fünfte Gründung im Jahre 2011 erfolgte durch Angehörige der Freien Berufe. Das sind 20 %, was ungefähr dem Bundesdurchschnitt entspricht. Das ist ein ganz wesentlicher Bestandteil von **Existenzgründungen** in Schleswig-Holstein.

Zur Wahrheit gehört aber auch: **Einkommen** und **soziale Absicherungen** der einzelnen Freien Berufe sind höchst unterschiedlich. Es macht einen Unterschied, ob man Arzt ist oder ob man als Künstler tätig ist.

Die Vielfalt der Fragestellungen und Themen hat sich in der Beantwortung der Großen Anfrage sehr deutlich gezeigt. Dies zeigt auch, wenn wir über Freie Berufe reden: Es ist nicht nur ein Thema für die Wirtschaft, sondern für fast alle Politikbereiche, die für die Freien Berufe zuständig sind.

Ich will ein paar Herausforderungen nennen, die übergreifend sind. Da geht es natürlich um die **Deckung des Fachkräftebedarfs** für die Zukunft. Deswegen ist es ganz wichtig, dass der Landesverband der Freien Berufe selbstverständlich Partner in der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ ist.

Gleichzeitig erleben wir in den Freien Berufen auch viele Reglementierungen, die aus Brüssel kommen. Insbesondere die **EU-Dienstleistungsrichtlinie** oder auch die Berufsanerkennungsrichtlinie sind Themen, die wir als Landesregierung zusammen mit den Freien Berufen begleiten müssen, gegebenenfalls müssen wir auch auf Bundesebene tätig werden.

Ganz wichtig im Zusammenspiel mit den Freien Berufen - denken Sie an Planungsbüros oder Architektenbüros - ist natürlich das Thema **schnelles Internet**, Breitbandversorgung, **Infrastruktur der Zukunft**. Bei dem, was in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene in der Arbeitsgruppe Wirtschaft verhandelt wird - dass man zur Grundversorgung erklärt: 50 Mbit im Jahre 2018 - würde ich mich freuen, wenn das auch uns in Schleswig-Holstein einen großen Schritt nach vorn bringt. Dazu gehören natürlich entsprechende Finanzierungen und Finanzierungsprogramme auch gerade auf der Bundesebene.

Aber wenn wir über schnelles Internet reden, dann reden wir auch über den entsprechenden **Datenschutz**, den natürlich insbesondere die Freien Berufe brauchen.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es gibt noch viele andere Herausforderungen, die man hier nennen könnte, zum Beispiel das Thema Unternehmensfinanzierung, das Thema Steuerpolitik, natürlich auch das Thema soziale Absicherung der Freien Berufe, von der **Künstlersozialkasse** bis hin zu dem Thema, welche Arbeitsbedingungen eigentlich heute freie Journalisten haben und was sie im Alter davon haben.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die Große Anfrage rückt die Freien Berufe mehr ins Bewusstsein. Insofern ist es Ziel der Landesregierung, die Vielfalt, Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Freien Berufe zu erhalten und zu stärken, ihre Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir kommen dann zur Aussprache. Dazu erteile ich dem Kollegen Hartmut Hamerich von der CDU-Fraktion das Wort. Der Minister hat seine Redezeit geringfügig überzogen. Dies werden wir im Präsidium entsprechend regeln.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen beteiligten Ministerien für die Beantwortung dieser Großen Anfrage bedanken.

(Beifall CDU)

Die Geschichte der Freien Berufe in Deutschland ist zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte. Das macht uns aber nicht davon frei, darüber nachzudenken, ob es nicht noch besser geht.

Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen ist in Schleswig-Holstein zwischen 2008 und 2012 - das hat der Minister eben auch schon erwähnt - um 19 % auf 41.000 gestiegen. Dabei war selbst in den Krisenjahren 2008 und 2009 überhaupt kein Einbruch zu verzeichnen. Die Angehörigen der Freien

(Hartmut Hamerich)

Berufe haben als Arbeitgeber 85.000 Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Unter diesen 85.000 Mitarbeitern sind 4.500 Auszubildende. Damit leisten die Freien Berufe einen unverzichtbaren **Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften**, aber auch zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Die Angehörigen der Freien Berufe sind aber auch über diese Erfolgszahlen hinaus von großer **gesellschaftlicher Bedeutung**. Sie sind, wie der Name schon sagt, frei und stehen für Selbstständigkeit, für Eigenverantwortung und für Kreativität. Deshalb sollte es ein Alarmzeichen sein, wenn die Anzahl der **Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen** in den Freien Berufen in Schleswig-Holstein jetzt sinkt.

Zu den Freien Berufen zählen mitnichten nur die Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Ärzte, vielmehr bilden die freien Kulturberufe, Journalisten und Bildberichterstatter die größte Gruppe unter den selbstständigen Freiberuflern. Dazu kommen Lotsen und Ingenieure, von deren Dienstleistungen wir in Schleswig-Holstein nicht erst seit den Ereignissen um den NOK und die A 20 in besonderer Weise abhängig sind.

Deshalb muss es auch das Ziel der Landesregierung sein, wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für die Freien Berufe und den Mittelstand insgesamt zu schaffen. Aber das sehe ich in Schleswig-Holstein leider nicht. Angesichts des Tarifreue- und Vergabegesetzes des Mindestlohngesetzes und des Registergesetzes bleibt das Vertrauen ein Stück weit auf der Strecke; denn alle Dienstleistungen, gleich welcher Art, werden von Ihrem Tarifreuegesetz erfasst. Dazu zählen auch freiberufliche Leistungen.

Ich fürchte, dass für viele Freiberufler unter diesen Bedingungen die Teilnahme an **Vergabeverfahren** durch das **Tarifreue- und Vergabegesetz** deutlich aufwendiger und ob des Bürokratieaufwandes auch unsicherer wird. Das führt dazu, dass sich viele Freiberufler zurückziehen werden. Das ist in einer Zeit, in der das Land dringend Menschen braucht, die Kanäle und Autobahnen planen können, umso schlimmer.

(Beifall CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb müssen wir alles daran setzen, die Bedingungen für die Sicherung der Zahl der **Fachkräfte** zu verbessern. Dazu gehört auch, dass wir das Potenzial aus dem Bereich der Beschäftigung von Frauen, Migranten und älteren Arbeitnehmern voll ausschöp-

fen. Das gilt genauso für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Ansiedlungspolitik.

Lassen Sie uns gemeinsam im Wirtschaftsausschuss daran arbeiten, das zu einem Erfolg werden zu lassen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich selbstverständlich im Namen meiner Fraktion für die Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Das ist sicherlich viel Arbeit gewesen.

Die Freien Berufe machen eine ausgezeichnete Lobbyarbeit. Auch wir haben mit ihren Vertreterinnen und Vertretern gesprochen. Natürlich sind sie keine homogene Gruppe, das sagte auch schon unser Wirtschaftsminister. Sie umfassen, das zeigt der Bericht deutlich, eine Vielzahl von **Berufsfeldern**. Lösungen für Probleme, die die Freien Berufe in Schleswig-Holstein benennen, können also durchaus vielfältig sein, und das sind sie auch.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Einige wenige Punkte möchte ich gern herausgreifen. Der **Ausbau der Breitbandinfrastruktur** ist ein herausragendes Thema auch für die Freien Berufe. Breitband ist - das hat die Landesregierung mehrfach deutlich gemacht, gerade eben auch noch einmal - eine Basisinfrastruktur unseres Jahrhunderts. Breitband ist die Basis für Bildung, Ausbildung und Berufsausübung, gerade im ländlichen Raum. Auch ist Breitband ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Mobilität von morgen: Wo heute noch die Menschen reisen, werden morgen auch die Daten unterwegs sein.

Wenn wir über die Demografie nachdenken, über die Entwicklung unseres Landes, über die Chancen in den Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, kommt es darauf an, weitere Schwerpunkte zu identifizieren und die Entwicklung Schleswig-Holsteins insgesamt zu stützen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigen Sie, Frau Kollegin. - Meine Damen und Herren, die zaghafte Glocke vorhin sollte Sie daran erinnern, dass hier vorn eine Kollegin steht, die eine Rede hält und eine Ansprache an Sie richtet. Ich möchte Sie bitten, dieser Kollegin zuzuhören und nicht Ihrem Nachbarn und anderen Gesprächspartnern. Es ist sehr unruhig hier.

(Beifall SPD)

Serpil Midyatli [SPD]:

Ihr wisst auch nicht, was noch alles kommt. Ich würde einmal genau zuhören.

Im ländlichen Raum kann es künftig eng werden für **Einrichtungen der Daseinsvorsorge**, wenn wir nicht gegensteuern. Attraktive Arbeitsumgebungen für Ärztinnen und Ärzte, Standortbedingungen für Apotheken, finanzielle Absicherung von Hebammenleistungen sind bedeutende Faktoren, wenn es darum geht, den ländlichen Raum als Lebensraum attraktiv zu halten. Daran müssen und werden wir weiterhin arbeiten.

Was für die einen eine Einrichtung der Daseinsvorsorge ist, die sie in Anspruch nehmen, bedeutet für die anderen eine attraktive Arbeitsmöglichkeit. Dabei gelten die Voraussetzungen, die ich bereits genannt habe: Das Umfeld muss stimmen, damit es mit der Selbstständigkeit klappen kann.

(Beifall SPD)

Hier wird ein weiteres Problem deutlich, das auch in den Freien Berufen einen großen gesellschaftlichen Mangel widerspiegelt. Ein Blick in die Statistik zeigt - ich habe auch hineingeschaut, Kollege Hamerich; ich habe nur einen etwas anderen Schwerpunkt gewählt als Sie -, dass **Frauen** in einigen wenigen **Freien Berufen** in der Mehrzahl sind, und das nicht gerade in den Berufen, in denen man ordentlich Knete verdienen kann, die die einkommensstarken Berufe sind. Die Hebammen mit einem Frauenanteil von 100 %, die Psychotherapeuten mit einem Frauenanteil von 67,9 %, die darstellenden Künstler mit einem Frauenanteil von 52,7 % und die Publizisten mit einem Frauenanteil von 51,6 % bilden hier die Spitze. Am anderen Ende der Skala, also dort, wo ordentlich Geld zu verdienen ist, stehen die Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer mit einem Männeranteil von 89,3 %, die Patentanwältinnen und -anwälte mit einem Männeranteil von 87,3 % und die Buchprüferinnen und Buchprüfer mit einem Männeranteil von 86,4 %.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen so gut wie ich, dass man **faire Einkommenschancen** nicht nur dadurch erreicht, dass theoretisch die Möglichkeit besteht, einen Beruf auszuüben; vielmehr müssen wir in unserer Gesellschaft sicherstellen, dass sich die Schere zwischen den Einkommen von Frauen und Männern schneller schließt. Wir müssen auch sicherstellen, dass die Schere zwischen den niedrigen Einkommen und den hohen Einkommen nicht weiter auseinanderklafft. Beides ist eine Frage der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der fairen Chancen in der Welt von morgen.

Wo schon die Einkommen im aktiven Berufsleben auseinanderklaffen, tun es die **Absicherungen** bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und im Alter umso mehr. Das betrifft nicht nur, aber auch die Freien Berufe. Wir müssen gerade in den Berufen Sicherheit schaffen, die nicht unter die gesetzliche Sozialversicherung fallen. Insbesondere dort, wo die Einkommen niedrig sind, gibt es immer wieder dramatische Fälle, in denen Menschen ihre Krankenversicherung nicht bezahlen können und völlig verarmen. Bei den Freien Berufen, in denen das Einkommen niedrig ist, gehört dieses Risiko auch in den Fokus. Gerade sie könnten von der **Bürgerversicherung** profitieren,

(Vereinzelter Beifall SPD)

von einer Arbeitsversicherung für alle und von einer Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Die passt immer und überall, Kollege Garg. Gerade Sie wissen ja, wie schwierig es ist, sich im Rahmen der Selbstständigkeit gesetzlich oder privat krankenzuversichern, oder aber, wie schwierig es ist, was die **Rentenversorgung** angeht.

Die Gender-Fragen, die sozialen Aspekte und die Entwicklung im ländlichen Raum werden uns noch intensiv beschäftigen. Freie Berufe werden in diesem demografischen Prozess nicht im Zentrum stehen. Aber wir werden sie auf jeden Fall mit beachten. Ich freue mich schon auf die Diskussion und die Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Gäste der Kollegin

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Nicolaisen auf der Tribüne zu begrüßen. - Ist das richtig? Sie gucken so kritisch. - Damen und Herren des Tangent Clubs aus Schleswig sind angemeldet. Wir begrüßen Sie sehr herzlich hier im Landeshaus.

(Beifall)

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - -

(Heiterkeit)

Im Grunde habe ich das jetzt mit dem Ende des Satzes zusammengezogen. Es sollte nämlich heißen: Das Wort hat der Kollege Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

„Bündnis 90/Die Guten“ geht auch.

Zunächst einmal danken wir der Landesregierung für die Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Freie Berufe in Schleswig-Holstein“.

Freier Beruf - von A wie Architekt, Arzt und Hilfsmusiker über Bademeister, Conférencier, Journalist, Kameramann, Lotse, Hebamme, Modeschöpfer, Netzplantechniker, Patentanwalt, Tanzlehrer, Werbetexter bis zum Wissenschaftler, Zahnarzt und Zauberer. Diese kleine Auswahl zeigt das **große Spektrum** der Berufe, über die wir an dieser Stelle reden. Daher bedarf es in der Tat nicht einer Kleinen, sondern einer Großen Anfrage, um das Thema Freie Berufe zu diskutieren.

Freie Berufe, ihre Vielzahl, ihre Vielfalt und ihre Bedeutung für unser Wirtschafts- und Kulturleben stehen auch ein Stück für eine freie Gesellschaft im Sinne von Artikel 12 Grundgesetz:

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“

Die Freien Berufe leisten große Beiträge zum Wirtschaftsleben. Sie bilden aus. Sie geben Beschäftigung. Sie sind in ihrer Gesamtheit ein starkes Standbein für unser Land Schleswig-Holstein.

Die Beantwortung einer Reihe von Fragen macht aber auch deutlich - der Minister hat das in seinem Beitrag noch einmal herausgestellt -, dass die **Ermittlung von Daten** außerordentlich schwierig ist. Das liegt vor allen Dingen an der bereits angesprochenen **Heterogenität der Freien Berufe**. Ich kann hier daher nur auf einige Probleme eingehen.

Die größte Gruppe der Freien Berufe sind in Schleswig-Holstein nicht die Ärzte mit etwa 4.200

Angehörigen. Es sind die bei der Künstlersozialversicherung (KSV) versicherten **Künstler** mit 4.454 Personen. Aus persönlicher Kenntnis weiß ich um die Verschiedenheit dieses Berufskreises, was an zwei Beispielen erläutert sei.

Eine junge Frau aus meinem engeren Freundeskreis hat Zwillinge, allersüßeste Babys, Katinka und Sofinchen, um die sie sich intensiv kümmert, mitunter unterbrochen von gelegentlichen Auftritten mit ihrer Partnerin als Krankenhausclowns. Der Mann ist ebenfalls Clown, überwiegend im Varieté. Das ist eine Familie mit soliden wirtschaftlichen Verhältnissen. Man staune. Ich war jedenfalls erstaunt, als ich da einmal nachgefragt habe. Ich war das letzte Kind von vieren, und ich war ziemlich allein und auf mich gestellt. Keiner hatte Zeit. Ich hatte einen Landwirtschaftsmeister als Papa und eine landwirtschaftliche Meisterin als Mutter. Diese Zwillinge haben Clowns als Eltern. Ich bin einmal gespannt, was dabei herauskommt.

Auf der anderen Seite ist da ein Freund - das Beispiel gibt weniger zum Humor Anlass -, der als Maler einige Bekanntheit hier im Lande genießt, der aber jetzt als Mann in meinem Alter nach einer Krise aus der **Künstlersozialkasse** ausgeschlossen wird. Die soziale Absicherung unserer Künstler ist eines der Themen, die wir in der Ausschussberatung vertiefen sollten. Jeder von uns kennt solche Fälle.

Ganz anders ist es bei der zweitgrößten Gruppe; das sind tatsächlich die **Ärzte**. Ein Drittel der Ärzte in Schleswig-Holstein ist über 60 Jahre alt. Noch gibt es keinen offiziellen Mangel. Aber es wird schwieriger werden, insbesondere auf dem flachen Land. Dieses Problem genießt zu Recht große öffentliche Aufmerksamkeit. Wir lesen regelmäßig dazu in der Presse. Ich möchte insbesondere auf die Zusammenhänge zum ÖPNV und zum Verkehr allgemein hinweisen. Wir brauchen neue, flexible Formen, um Patienten und auch Besucher beziehungsweise Begleiter zu den Krankenhäusern und zu Ärzten zu bringen. Erreichbarkeit ist eine entscheidende Frage. Die **Mobilität auf dem Lande** beziehungsweise der Mangel daran ist auch ein Hemmnis für Jungärzte, sich dort niederzulassen.

Wir müssen die Probleme adressieren, die wir im Hohen Hause auch in anderen Zusammenhängen immer wieder ansprechen, wie Unterstützung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, geregelte Arbeitszeiten, Bürokratieabbau und stärkere Kooperation zwischen Kliniken und Arztpraxen. Unsere Anstrengungen müssen dabei den Weg von der „Hardware“, wie zum Beispiel Autobahnen, hin zu

(Detlef Matthiessen)

„Software“ gehen, wie Kinderbetreuung, Kinder nicht mehr ständig selbst fahren müssen, elektronische Vernetzung zu Kollegen und so weiter.

Herr Hamerich hat gesagt, Freie Berufe sind eine Erfolgsgeschichte. Dem kann ich mich, Herr Kollege Hamerich, anschließen. Aber ich glaube, ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass es sehr viele Probleme auf dem Feld der Freien Berufe gibt. So weist zum Beispiel auch Serpil Midyatli auf die Vorteile einer Bürgerversicherung im Falle der Künstler hin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sind Dinge, die wir im Ausschuss gemeinsam beraten wollen. Ich freue mich auf die Ausschussberatung, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich schließe mich dem Dank meiner Vorredner an: dem Dank an die Antragsteller, dem Dank an die, die geantwortet haben, natürlich auch dem Dank an die Freiberufler.

Meine Damen und Herren, zu Recht schreibt die Landesregierung in den Vorbemerkungen zum Bericht - ich zitiere daraus -:

„Die Freien Berufe sind gekennzeichnet durch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik, aus der immer wieder neue Berufe und Berufsbilder entstehen.“

Gerade weil es eine dynamische Entwicklung gibt, muss der Gesetzgeber natürlich auch dafür Sorge tragen, dass die **Rahmenbedingungen** entsprechende berufliche Veränderungen positiv begleiten und nicht etwa ausbremsen. Freiberufler im ländlichen Raum, aber natürlich auch in ganz Schleswig-Holstein, sind auf eine **gut ausgebaute Infrastruktur** angewiesen. Da sind wir wieder bei dem Infrastrukturthema, dem Thema Landesstraßen, Autobahnen, Breitband - alles Infrastrukturthemen, die

wir als Landesgesetzgeber auch weiter vorantreiben müssen.

Meine Damen und Herren, Freiberufler benötigen eine kommunale Infrastruktur in der Fläche, weil nur so die wirtschaftliche Betätigung vor Ort dauerhaft sichergestellt werden kann. Deshalb ist es auch falsch, dass die Landesregierung plant, den ländlichen Raum nachhaltig durch das Finanzausgleichsgesetz zu schwächen.

(Beifall FDP und Petra Nicolaisen [CDU])

Jetzt komme ich zum Thema **Breitband** - auch das wurde schon viel zitiert. Man kann aber nicht oft genug erwähnen, dass eine Vielzahl der freiberuflich Tätigen auf eine hervorragend ausgebaute Breitbandversorgung angewiesen ist. Es ist daher schädlich, wenn die Landesregierung in der Breitbandstrategie das Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung von 2020 auf 2030 verschiebt. Das ist wirklich ein katastrophales Signal an die Freiberufler in der Fläche, die damit regelrecht gezwungen werden, Investitionen und Arbeitsplätze in die Stadt zu verlegen. Gerade wenn wir sehen, dass Architekten und Ingenieure große Datenmengen verschicken müssen: Das geht nicht mit einem 56-k-Modem. Da braucht man wirklich ein starkes, leistungsfähiges Breitband.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn die Landesregierung beim Breitbandausbau jeglichen Ehrgeiz vermissen lässt, dann darf man sich wirklich nicht wundern, wenn andere ihre Investitionen entsprechend zurückfahren oder in andere Bundesländer auswandern. Das muss auf jeden Fall vermieden werden.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wer denn?)

- Soll ich jetzt einzelne Firmen nennen? Das fällt unter den Datenschutz. Ich kann Ihnen das gleich sicherlich sagen.

(Zurufe - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wie bei eurem Lückenschluss heute Morgen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage Ihres Kollegen Heiner Garg?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr gern, ja!

(Oliver Kumbartzky)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Kumbartzky, Sie hätten der Kollegin Midyatli sicherlich gern mitgeteilt, dass bereits heute im Kreis Steinburg etliche Arztsitze unbesetzt sind, Ärztinnen und Ärzte nicht zu finden sind, weil beispielsweise Hamburg wesentlich attraktivere Strukturbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte bietet?

(Serpil Midyatli [SPD]: Wir reden über Breitband!)

- Wir reden über die allgemeine Infrastruktur. Ich habe Breitband als Beispiel genannt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Weil in anderen Bundesländern die Breitbandversorgung besser ist!)

- Ich habe gesagt, man muss sich nicht wundern, wenn es irgendwann dazu kommt, dass Unternehmen abwandern.

Meine Damen und Herren, wer hier das große Loblied auf die Freien Berufe anstimmt, dann aber im Wahlprogramm fordert, die **Gewerbesteuer** auf genau diese Berufsgruppen auszuweiten, der diskreditiert sich selbst. Man wird die Freiberufler nicht fördern, wenn man sie mit immer weiteren Abgaben und Steuern belegt.

Ein weiterer Punkt, den ich gern erwähnen will, ist, dass man genauso wenig die **gesundheitliche Versorgung** im Land verbessern kann, indem man die Privatversicherten zwangsweise in eine Bürgerversicherung überführt. Sie wird nun nicht kommen. Wäre sie gekommen, wäre das wirklich ein großes Problem geworden, gerade für die freiberuflich tätigen Ärzte, insbesondere die Ärzte im ländlichen Raum. Sie müssen von der Bürokratie entlastet werden. Da ist es gut, dass zum einen die Praxisgebühr abgeschafft worden ist, zum anderen ist es sehr gut, dass das Versorgungsstrukturgesetz etabliert worden ist.

Meine Damen und Herren, ich habe mich in der Großen Anfrage über die Antwort auf die Frage 22 gewundert. Auf die Frage, ob der Landesregierung Sachverhalte aus Fachdisziplinen bekannt sind, bei denen schleswig-holsteinische Akteure aus Freien Berufen **Wettbewerbsnachteile** gegenüber Wettbewerbern aus anderen Bundesländern haben, antwortet sie ganz schlicht: Der Landesregierung sind keine entsprechenden Sachverhalte bekannt.

Ich möchte ein Beispiel nennen, weil es durchaus Beispiele gibt. Beispielsweise ist der Titel des beratenden Ingenieurs in Schleswig-Holstein nur im Fachbereich Bau möglich, in anderen Bundeslän-

dern, beispielsweise in Baden-Württemberg, gibt es eine Vielzahl von Fachrichtungen, die da möglich sind.

Lassen Sie mich am Schluss auf das **Anerkennungsgesetz** kommen. In der Großen Anfrage schreiben Sie dazu auf Seite 40:

„Die wirtschaftliche Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikationen und die Integration von in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt sollen - gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels - verbessert beziehungsweise gefördert werden.“

Wenn Sie diese Meinung aufrichtig vertreten - das ist eine gute Meinung -, dann bitte ich Sie, sich wirklich die **Stellungnahme des Flüchtlingsrates** und die darin formulierten Empfehlungen zu Ihrem Anerkennungsgesetz durchzulesen. Der Flüchtlingsrat geht nämlich mit dem Gesetzentwurf wirklich hart ins Gericht.

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung die 41.000 Selbstständigen in den Freien Berufen im Land stärken und die damit verbundenen 80.000 Arbeitsplätze sowie 4.500 Ausbildungsplätze erhalten will, dann muss sie endlich die Rahmenbedingungen für diese Menschen im Land verbessern. Zufrieden mit ihrer Arbeit ist die Mehrzahl der Freiberufler sicherlich nicht. Da gibt es noch viel zu tun. Das sollten wir auch im Wirtschaftsausschuss beraten. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die große Vielfalt der Freien Berufe in Schleswig-Holstein ist schon umfassend dargestellt worden. Ich möchte die Aufzählungen des Kollegen Matthiessen an dieser Stelle nicht fortsetzen, aber vielleicht so viel: In freier Selbstbestimmung seinen Lebensunterhalt verdienen zu dürfen, ist ein Privileg und entspricht auch den Werten der Piratenpartei in besonderem Maße.

(Beifall PIRATEN)

(Dr. Patrick Breyer)

Ich möchte auch erwähnen, dass die Freien Berufe - so viel geht aus den Informationen der Landesregierung hervor - einen wichtigen Zugang zum Arbeitsmarkt darstellen. Insbesondere freut es mich, dass wir hier einen relativ und konstant hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund vorfinden können.

Auf der anderen Seite ist es umso bedauerlicher, dass bei den Plänen der Landesregierung zur Förderung der Wirtschaft, namentlich zur **Umsetzung der EU-Strukturfonds** - wir kommen übermorgen im Einzelnen noch darauf zu sprechen -, der Punkt Hilfe für Existenzgründungen zum Beispiel, der für die Freien Berufe besonders wichtig wäre, keinen Schwerpunkt darstellt. Ebenso vermissen wir als Schwerpunkt den **Ausbau der Breitbandversorgung**.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Der ist auch Voraussetzung für die E-Government-Pläne der Landesregierung, die sie in ihrem Bericht anführt. Wie wichtig gerade auf dem Land ein flächendeckender Breitbandzugang ist, ist schon ausgeführt worden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Telemedizin ohne Breitband!)

- So ist es. Der Bericht der Landesregierung geht auf das Thema Bürokratieabbau ein, schiebt aber die Schuld für Bürokratie nur auf Bundes- und Europaebene. Da bin ich dezidiert anderer Meinung

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

und habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt: Wir sollten darüber nachdenken, ob wir nicht ein systematisches **Instrument zur Evaluierung von Normenfolgen** einführen sollten, ähnlich dem Normenkontrollrat, wie wir ihn auf Bundesebene schon kennen. Ich glaube, durch die Gesetze, die in den letzten Monaten hier verabschiedet worden sind, ist das eher nötiger geworden als umgekehrt.

Schließlich ein letzter Aspekt, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur eine **vertrauliche Beratung** ist auch eine freie Beratung. Menschen, die auf die Hilfe von Ärzten, von Anwälten, von Steuerberatern und so weiter angewiesen sind, sind oftmals nur unter dem Schutz der Vertraulichkeit bereit, über ihre privaten Probleme und Leiden zu sprechen. Deswegen finde ich es enttäuschend, dass wir hier im Bericht lesen müssen: Die Landesregierung halte eine Ausdehnung des Schutzes vor Überwachung bei den beratenden Berufen nicht für geboten.

Ich sehe das dezidiert anders. Die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen in den Vertraulichkeitsschutz ist sehr wohl erforderlich. Da ist es kontraproduktiv, wenn diese Regierungskoalition umgekehrt sogar mit dem Gesetz zur Bestandsdatenauskunft den Zugriff in solche Vertrauensverhältnisse weiter ausgedehnt hat.

Freiheit braucht Vertraulichkeit. Das ist die Grundüberzeugung auch von uns PIRATEN.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Was haben ein Clown und ein Rechtsanwalt gemeinsam? Beide üben einen sogenannten Freien Beruf aus.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Damit hören die Gemeinsamkeiten des Künstlers und des Juristen aber auch schon auf. Ausbildung, Berufsbild und Einkommen unterscheiden sich. Alles läuft unter dem Oberbegriff der Freien Berufe.

Wie sinnvoll ist also die Zusammenfassung der Berufe unter dem Stichwort „Freie Berufe“? Dies hätte sich die fragestellende Fraktion durchaus überlegen können. Vieles droht, ohne Differenzierung im Allgemeinen zu bleiben. Das gilt besonders angesichts unserer mageren Statistiklage.

Dankenswerterweise hat der Wirtschaftsminister die Freien Berufe in seiner Antwort weiter differenziert. Auch ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für den Bericht bedanken. Die Situation ist nämlich durchaus unterschiedlich. Darum sollten die **Freien Berufe** auch nicht über einen Kamm geschoren werden. Die Situation von Ärztinnen und Ärzten ist anders als diejenige von Wirtschaftsprüfern oder Journalistinnen.

Wir sollten genau hinsehen und dann entscheiden, welche Lösung für welche Probleme tatsächlich angemessen ist. Bevor ich aber über Probleme spreche, möchte ich über die **Leistungen** der Freien Berufe sprechen. Freie Berufe bilden aus, wenn auch in rückläufiger Tendenz. Sie sind überdies Arbeitgeber mit meist kleinen Büros, Praxen oder Apotheken. Damit sind sie typisch für die mittelständisch geprägte Wirtschaft Schleswig-Holsteins. Ihre Entwicklung kann damit als ein Lackmestest für die

(Flemming Meyer)

allgemeine wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden.

Die Zahlen, die der Wirtschaftsminister vorgelegt hat, zeigen, wie groß das Vertrauen der Freiberufler in die Zukunft ist. Immer mehr Freiberufler haben sich nämlich selbstständig gemacht. Die Zahl der **selbstständigen Freiberufler** ist innerhalb von nur vier Jahren stark gestiegen. In dem Bericht wird eine Steigerung von rund 19 % angeführt: von 34.500 im Jahr 2008 auf rund 41.000 Freiberufler im Jahr 2012. Die Zahlen belegen, dass die Freiberufler nicht durch staatliche Programme zur Selbstständigkeit kommen, sondern durch eigenen Antrieb.

Die Förderungen des Landes durch das „Zukunftsprogramm Arbeit“ oder im Rahmen der Individualförderung für Gründungswillige im Rahmen des Europäischen Sozialfonds fallen nämlich zahlenmäßig nicht ins Gewicht.

Das Gründungsgeschehen bei den **Psychotherapeuten** ist ein Spezialfall, weil es in dieser Berufsgruppe zu Fällen von **Scheinselbstständigkeit** kommt. Ehemals festangestellte Therapeuten arbeiten als Subunternehmer in ihrer alten Praxis. Von diesen Einzelfällen abgesehen, belegt das muntere Gründungsgeschehen bei den Freien Berufen eine optimistische Zukunftserwartung. Die Zahlen zeigen eine echte Zuversicht der Gründerinnen und Gründer. Das ist in meinen Augen ein sehr gutes Signal.

Das betrifft ausdrücklich auch die **Frauen** in den **Freien Berufen**. Frau Midyatli hat zwar zu Recht auf die verschiedenen schlecht und gut bezahlten Berufe hingewiesen, aber die Anzahl der Frauen ist durchweg gestiegen - in den letzten Jahren sogar erheblich. Für Frauen sind diese Berufe also durchaus attraktiv. Die solide Beratung, unter anderem durch „Frau und Beruf“, leistet gute Arbeit.

Eine positive Tendenz zeigt sich auch bei den anderen Berufen, zum Beispiel bei den Ärzten. Entgegen vieler Vermutungen hat sich die Zahl der **Ärztinnen und Ärzte** kaum verändert. Von einer Unterversorgung kann zumindest zahlenmäßig derzeit noch nicht die Rede sein. Allerdings ist klar, dass beim hohen Durchschnittsalter der derzeitigen Praxisinhaber in den nächsten fünf Jahren von einer Unterversorgung ausgegangen werden muss. Bedenkt man die langen Studienzeiten, ist es allerdings höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Unter anderem das passiert auch an den Medizinischen Fakultäten, die über die Vorteile der ganzheitlichen Arbeit des Hausarztes auf dem Lande informieren.

Ein Sonderfall betrifft die Arbeits- beziehungsweise **Betriebsmedizin**. Hierbei sollten wir schleunigst überlegen, wie wir die Qualifizierung sicherstellen können.

Die Zahl der **Psychotherapeuten**, vor allem die Zahl der selbstständigen Psychotherapeuten ist kontinuierlich gestiegen: von 442 im Jahr 2005 auf 549. Allerdings sollten wir das Thema von immer noch enormen Behandlungstaus in der Psychotherapie an anderer Stelle intensiv vertiefen.

Zusammenfassend fallen die Analysen und die vorgelegten Zahlen der Freien Berufe überwiegend positiv aus. Es gibt zwar durchaus Handlungsbedarf in vielen Bereichen, aber im Großen und Ganzen ist sowohl die Entscheidung, einen Freien Beruf in Schleswig-Holstein zu ergreifen, als auch dessen Ausübung durchweg zu empfehlen. - Danke.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke, Herr Kollege. - Ich habe zunehmend den Eindruck, dass die Große Anfrage und die Antworten darauf jetzt schon Anlass zu lebhaften Debatten geben und einen großen Aussprachebedarf hervorrufen. Ich bitte Sie, damit noch bis zur Befassung im Ausschuss zu warten. Im Plenarsaal ist es unglaublich unruhig. Bevor ich jetzt die Kollegin Katja Rathje-Hoffmann nach vorn bitte, bitte ich Sie noch einmal, ihr zuzuhören. - Frau Rathje-Hoffmann, Sie haben das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Debatte nicht unnötig in die Länge ziehen,

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Zurufe CDU: Oh!)

aber ich will einen Blick auf die **frauenpolitische Komponente** richten.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

- Danke, das reicht.

(Heiterkeit)

- Ich weiß: Ich sollte diesen Dreiminutenbeitrag eigentlich nicht halten - alle wollen nach Hause -, aber ich will es, fertig!

(Katja Rathje-Hoffmann)

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Es gibt Schwierigkeiten, für die Gesamtheit der Freiberufler verlässliche Zahlen zu ermitteln; das haben wir schon gehört. Trotzdem ist davon auszugehen, dass der Frauenanteil in den Freien Berufen höher als bei allen übrigen Selbstständigen ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Einen hundertprozentigen Frauenanteil haben wir - das ist keine Überraschung - natürlich bei den Hebammen. Der Anteil beträgt 50 % bei den Publizistinnen, bei den bildenden Künstlerinnen und bei den Tierärztinnen. Frauen sind Schlusslicht - das hat Serpil auch schon gesagt - bei den Patentanwältinnen und Wirtschaftsprüferinnen. Bei ihnen beträgt ihr Anteil gerade einmal 10 %, oder er liegt knapp darunter. 42 % der Frauen wollen und müssen in **Teilzeit** arbeiten. Das ist gerade in den Freien Berufen gut realisierbar.

Bei **Existenzgründungen** ist der Frauenanteil geringer. Sie gründen mit geringerem Kapitaleinsatz. Auch die Art der Gründung ist im Gegensatz zu den Männern unterschiedlich. Verarbeitende Gewerbe und technische Dienstleistungen sind Männerdomänen. Bei den Frauen sind es oftmals personenbezogene Dienstleistungen wie Erziehung, Unterricht, Gesundheit, Handel und auch Friseure. Die Schwierigkeit bleibt: Es gibt keine wirklich verwertbaren und aussagekräftigen Zahlen zu den Existenzgründungen. Weiterhin besteht auch die Schwierigkeit, dass es keine klare Trennung zwischen gewerblichen und freiberuflichen Tätigkeiten gibt.

Es können keine allgemeingültigen Aussagen getroffen werden. Fakt ist jedoch: Frauen sind bei Neugründungen immer noch unterrepräsentiert. In der EU beträgt der Anteil knapp ein Drittel, in Deutschland immerhin 42 %. Im Vollerwerb sind es 38 %. Quelle ist der Gründungsmonitor vom letzten Jahr.

Frauen gründen anders als Männer. Ihre Unternehmen sind im Schnitt kleiner, oft wegen der familiären Situation in Teilzeit oder als Nebenerwerb angelegt und stets mit weniger Kapitalaufwand verbunden. Jedoch steigt der Frauenanteil kontinuierlich. Das ist sehr erfreulich.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Rolle der Gründerinnen** wird stetig bedeutender. Dafür brauchen sie **Voraussetzungen**, meine Damen und Herren. Kinderbetreuung muss weiter

ausgebaut und verbessert werden. Man braucht eine gezielte Gründerberatung. Frauen gründen nämlich anders als Männer. Natürlich müssen Gründerlotsen weitervermittelt werden. Die Beteiligung von „Frau und Beruf“ ist immer noch dringend erforderlich und notwendig.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Schade ist, dass das Land keine Studie zum Gründungsverhalten von Frauen plant. Das könnte man auf den Weg bringen. Schade ist, dass die Investitionsbank Schleswig-Holstein ausschließlich Existenzgründungskredite nur für Betriebe in Vollzeit vergibt. Das ist für Frauen nicht immer attraktiv. Da ist ein Umdenken erforderlich. - Danke schön.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung bittet Minister Meyer nochmals um das Wort, das er selbstverständlich erhält.

(Zurufe)

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Meine Damen und Herren! Es scheint mir sinnvoll, zwei Punkte aus der Debatte zu korrigieren. Erstens. Herr Breyer, am Freitag wird Frau Spoorendonk hier über die **zukünftigen europäischen Fonds** reden. Dann werden Sie hören, dass wir sehr wohl etwas für **Existenzgründerförderung** im ESF tun, dass wir Gründerstipendien im EFRE und gleichzeitig einen Seed- und Start-up-Fonds im EFRE für die nächste Förderperiode vorsehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens: **Breitband**. Herr Kumbartzky, es wird nicht dadurch besser, dass Sie versuchen, es anders darzustellen. Es gab eine Strategie, die sich auf konkrete Breitbandziele festgelegt hat. Die Bundesregierung hat immer von 2 MB gesprochen. Das ist heute ein Witz. Deswegen machen wir unsere Strategie ehrlich: bis zum Jahr 2030 flächendeckender Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein. Das ist Teil der Strategie. Da wir dafür jetzt Geld brauchen, wird es mit dem Haushalt 2014 15 Millionen € mehr an Breitbandförderung geben, und darüber hinaus sind für ELER in der nächsten Förderperiode weitere 20 Millionen € vorgesehen. Wir wollen die Breitbandentwicklung in Schleswig-Holstein

(Minister Reinhard Meyer)

damit weiter voranbringen, mit vielen privaten Finanzierungsmodellen. Wir sind da permanent im Gespräch. Insofern bin ich guter Hoffnung, dass wir die Infrastruktur der Zukunft im Land schaffen.

(Beifall SPD, SSW und Hans Hinrich Neve [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, die Antwort auf die Große Anfrage an den Ausschuss zu überweisen. Wer die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 18/1102 dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, verabredungsgemäß rufe ich nun Tagesordnungspunkt 29 auf:

Landesförderung für Katzenkastrationen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1289

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Kollegin Angelika Beer von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Katzen** sind nicht nur nette kleine **Stubentiger** - wengleich ich das für meine sechs Stück in Anspruch nehme -, sie sind gleichwohl auch **Raubtiere**. Raubtiere gehören zu unserer Umwelt, und sie sorgen quasi für eine natürliche Populationskontrolle anderer Arten. So sind unsere Hauskatzen - egal, ob sie mittlerweile wild leben oder zu Hause gehalten werden - hier nicht heimisch. Deshalb fehlt es an nennenswerten natürlichen Feinden in unseren Breitengraden.

Ihre eigene **Population** wird deshalb in unserer Umwelt nicht natürlich kontrolliert. Das ist logisch. Deshalb hat sich - das ist eine bedenkenswerte Zahl - mittlerweile eine Population von 75.000 wildlebenden Katzen allein in Schleswig-Holstein entwickelt.

(Unruhe)

Auf die **Folgen für Flora und Fauna** in Schleswig-Holstein haben Tierschutzverbände wie auch

der Landesjagdverband in der Vergangenheit hinreichend hingewiesen. Nicht zu vergessen ist natürlich, dass mit der unkontrollierten Ausbreitung auch eine Vermehrung der Ausbreitung von Krankheiten einhergeht. Wenn wir jetzt nicht anfangen, die Population nachhaltig zu kontrollieren, werden die Folgen noch intensiver werden. Natürlich müssen die Tierheime - das ist bekannt - noch mehr Fundkatzen aufnehmen. Es zahlen ja am Ende die Kreise, denen Sie ab 2015 mit dem neuen FAG rund 75 Millionen € streichen wollen. Woher soll das Geld für die Kastrationen also kommen?

Wir erinnern hier insbesondere auch an den Koalitionsvertrag

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Steht da auch etwas zur Kastration?)

- ja, Herr Stegner, indirekt schon -,

(Zurufe)

in den Sie hineingeschrieben haben:

„Wir werden gemeinsam mit den Tierschutzverbänden und den Kommunen nach Wegen suchen, die **Tierheime** zu entlasten.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, das steht da drin!)

Das hätte die Landesregierung im Hinblick auf die Kastration von Katzen seit eineinhalb Jahren tun können, aber sie hat nichts getan. Sie hat auf Anfragen und Anträge vor einem Jahr bekanntgegeben, dass sie ein Faltblatt veröffentlichen wird.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ein **Faltblatt!** Als PIRAT finde ich das richtig gut. Das ist nach langem Zögern sogar inzwischen elektronisch eingestellt und nach Aussage von Staatssekretärin Nestle in einer Auflage von 5.000 Stück für das ganze Land erstellt worden. 5.000 Flyer gegen die Not von 75.000 wildlebenden Katzen!

(Zurufe: Für jede Katze ein Flyer! - Heiterkeit)

Als wir unseren zweiten Runden Tisch mit Tierschützern, Jägern und anderen hatten, ist uns gesagt worden: Das kann nicht ernst gemeint sein. Die Druckkosten für 5.000 Flyer machen ungefähr 100 € aus, und 100 € kostet die Kastration einer Katze. Da können wir von der Landesregierung nicht einmal erwarten, dass sie die 100 € spendet, um eine Katze zu kastrieren.

(Zurufe)

(Angelika Beer)

Es gibt die 75.000 **Katzen ohne Halter**. Eine Katze ohne Halter erreichen Sie mit Ihrem Faltblatt nicht.

(Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

Es wäre natürlich fantastisch, wenn eine wildlebende Katze Ihren Flyer nähme, zum Tierarzt ginge und freiwillig sagte: Hier bin ich, kastriert mich, und wenn ihr könnt, gebt mir einen Zuschuss dazu!

(Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

Aber das wird nicht eintreten. Deswegen haben wir die Initiative ergriffen. Es wird keinen überraschen, dass für gute **Modellprojekte** wie vom **Kreis Nordfriesland** ehrenamtliches Engagement nicht reicht. Durch eine öffentliche Debatte konnten wir erreichen, dass Menschen anfangen zu handeln. Neulich Abend klingelte bei mir ein verzweifelter Nachbar und sagte: „Ich habe eine wildlebende Katze eingefangen. Frau Beer, was sollen wir jetzt machen? Fahren Sie damit zum Tierheim?“ Da habe ich gesagt: „Lassen Sie uns erst einmal gucken.“ Es war mein eigener Kater, und der ist kastriert.

(Beifall PIRATEN - Dr. Heiner Garg [FDP]:
Haben Sie den selber kastriert? - Heiterkeit
und weitere Zurufe)

- Nein, ich habe schon dafür gesorgt.

Es gibt die Diskussion über eine **Kastrationsverordnung**. Das würde bedeuten, dass wir von den Haltern verlangen, ihre Katzen zu kastrieren. Ich bin durchaus dafür, aber wir müssen auch fragen, was wir mit den Haltern machen sollen, die sich eine Kastration finanziell nicht leisten können. Das ist auch eine soziale Frage. Die populistische Forderung daraufhin lautet allenthalben: Dann sollen sie die Katzen einfach abgeben. Aber was heißt das? Sie geben sie entweder im Tierheim ab, wenn sie sie nicht kastrieren können, töten sie - das kommt nicht selten vor, auch das ist strafbar -, oder sie setzen sie aus, und dann sind wir wieder bei der Vermehrung von wildlebenden Katzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe, die Zeit drängt. Ich möchte zum Schluss noch einmal darauf aufmerksam machen: Eine Katze bekommt im Jahr ungefähr 35 Junge, wenn sie nicht kastriert wird. Je länger wir in den Ausschüssen diskutieren, desto mehr Katzen werden wir haben. Fassen Sie sich ein Herz, seien Sie nicht so ablehnend wie Herr Matthiessen! Herr Matthiessen, sorgen Sie dafür, dass die Gebührenordnung für Tierärzte verändert wird, dass die umsonst oder zu einem geringeren Preis kastrieren können! Es gibt viele Möglichkeiten. Ich freue mich auf die Debatte und die Ausschussberatung.

(Beifall PIRATEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Hauke Götttsch von der CDU-Fraktion hat das Wort.

(Unruhe)

Hauke Götttsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der PIRATEN behandelt ein sehr emotionales Thema. Für mich gehört dieser Antrag in den zuständigen Ausschuss und nicht in den Landtag, auch wenn es ein einschneidendes Ereignis für die Katzen ist.

(Vereinzelter Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

Frau Beer, trotzdem herzlichen Dank dafür, dass Sie sich dieses **Problems** mit den **Katzen** angenommen haben, das schon lange nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in unserem ganzen Land besteht und medial breites Interesse gefunden hat.

Grundsätzlich sind wir uns einig. Aber das Problem fängt dann an, wenn sich Bürger und Bürgerinnen eine Katze oder überhaupt ein Tier anschaffen. Die **Haltung des Tieres** ist eine **große Verantwortung**. Darüber müssen sich viele mehr Gedanken machen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Gerade jetzt zur Weihnachtszeit gibt es viele, die die Überlegung haben, sich ein Haustier oder eine Hauskatze anzuschaffen. Wenn sie dann nach Neujahr oder zum nächsten Urlaub der Katze wieder die Freiheit schenken und sie in unserer Natur ist, ist das für mich kein Kavaliersdelikt.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN] und
Dr. Kai Dolgner [SPD])

Frau Beer, Sie haben es bereits gesagt: Wir haben in Schleswig-Holstein circa 75.000 wild lebende und somit auch wildernde Katzen. Wenn eine Katze einen Nahrungsbedarf von 200 g hat, sind das bei der Anzahl 15 t Nahrung.

(Heiterkeit - Beifall CDU, vereinzelt SPD
und FDP)

Wir sind in der glücklichen Lage, dass viele wild lebende Katzen auch gefüttert werden, aber der **Schaden in der Natur** ist immens, gerade bei unseren Singvögeln.

(Heiterkeit - Unruhe)

(Hauke Götttsch)

- Ich finde, dass das ein ernstes Thema ist.

(Beifall)

Bundesweit, so sind die Hochrechnungen, gibt es etwa 2 Millionen Katzen. Bei der Rate der Vermehrung wären wir in zehn Jahren bei über 240 Millionen Katzen -

(Johannes Callsen [CDU]: Wie viele Tonnen?)

ein Horrorszenario, nicht nur für uns Jäger, sondern für alle naturliebenden Menschen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber manche gehen ja auch von uns! - Heiterkeit)

Es muss jetzt gehandelt werden,

(Beifall Johannes Callsen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

da es jetzt schon ein Riesenproblem in Tierheimen ist; denn 90 % der Plätze sind meist mit Katzen belegt. Ein Anfang wäre da die Kastrationspflicht, zumindest schon einmal bei der Anschaffung einer Hauskatze.

Der Landesregierung kann ich keine Nachlässigkeit vorhalten. Ich muss sagen, dass dieses Falblatt hervorragend ist. Alle haben es hoffentlich gelesen. Es lag draußen aus. Es könnten natürlich ein paar mehr sein. Hoffentlich kommt es bei den entsprechenden Leuten an.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es soll nicht die wild lebenden Katzen ansprechen, sondern es soll Menschen ansprechen, die eine Katze haben.

(Heiterkeit und Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt aber auch einfache erprobte Lösungen - Aktionen in den Kommunen -: Die wild lebenden Katzen fängt man in Lebendfallen, bringt sie zur Katzenhilfe, und dort werden sie - natürlich unter Betäubung - kastriert, aber wir müssen sie auch kennzeichnen und danach freilassen.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Es leben schon welche draußen. 75.000 Katzen müssen wir erst einmal einfangen.

Das wäre eine gute praktikable Maßnahme. Bei dem Problem mit den wild lebenden Katzen hilft es nicht, nur Geld in den Haushalt einzustellen, sondern es müssen alle praktisch und zielorientiert mitarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn der Minister

bei diesem Thema sprichwörtlich die Katze aus dem Sack ließe. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete Sandra Redmann von der SPD-Fraktion hat das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nun red man los!)

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das jetzt ganz ernst.

(Hauke Götttsch [CDU]: Ich auch!)

- Das glaube ich. Das Thema ist heikel. Als ich es in meiner Fraktion angesprochen habe, wurden viele meiner männlichen Fraktionskollegen blass um die Nase,

(Heiterkeit)

bis ich ihnen hoch und heilig versprochen habe, dass es wirklich um Katzen geht. Auch bei meinen Kollegen von FDP und SSW war eine gewisse Verunsicherung spürbar. Ich möchte hier - im wahrsten Sinne des Wortes - nicht weiter in die Tiefe gehen. Selbst beim Martinsgans-Essen ließ das Thema meinen Kollegen Martin Habersaat einfach nicht los. Er hat darauf ganz besonders sensibel reagiert und machte zahlreiche Vorschläge, wie man eine Kastration verhindern könnte. - Aber, lieber Martin, man kann Katzen eben nicht zu Enthaltbarkeit erziehen, es tut mir leid.

Bei den Piraten hätte das vielleicht noch funktioniert,

(Heiterkeit und Beifall SPD)

- ihr müsst erst das Ende des Satzes abwarten -, weil die meistens nur eine Bordkatze hatten, um die Ratten knapp zu halten. Der blieb gar nichts anderes übrig, als zölibatär zu leben.

Entscheidend ist für die Küstenkoalition, dass sie keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg fällen will.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Katzen?)

Darum gilt für uns das Prinzip: Kastration im Dialog,

(Heiterkeit und Beifall)

Kastration durch Dialog - für ein starkes Schleswig-Holstein.

(Sandra Redmann)

(Heiterkeit und Beifall)

Aber nun ganz im Ernst, und das kann ich uns nicht ersparen, denn der Antrag hat natürlich seinen Grund. Nach Schätzungen gibt es bundesweit 2 Millionen **herrenlose Katzen**. Allein in **Schleswig-Holstein** - das ist erwähnt worden - leben **75.000** Katzen wild. Es werden immer mehr. Die Tierheime quellen über. Machen wir uns nichts vor - Frau Beer hat es angesprochen -: Kastration ist keine billige Angelegenheit. Sie kostet einschließlich Vor- und Nachversorgung zwischen 110 und 140 €.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber es gibt Mengenrabatte!)

Eine nicht kastrierte Katze kann ihren Weg nach draußen finden, und die Freude über ein halbes dutzend Kätzchen hält sich dann leider nicht lang. Andere Länder sind **juristisch** viel weiter. Ich nenne hier nur Österreich und die Schweiz. Sie können die Zitate in meiner Rede nachlesen. Baden-Württemberg hat ganz aktuell beschlossen, Kommunen zu erlauben, Halterinnen und Halter zur Kastration der Tiere zu zwingen. Nach dem Stand von August dieses Jahres haben 180 Städte und Gemeinden in Niedersachsen und Bremen sowie vereinzelt Städte in einigen anderen Bundesländern **Kastrationspflichten** beschlossen. Schleswig-holsteinische Gemeinden sind bisher in dieser Liste nicht zu finden.

Deshalb bin ich den PIRATEN sehr dankbar, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Allerdings können wir uns mit der Lösung, die Sie vorgeschlagen haben, nicht einverstanden erklären. Wir reden von **Schuldenabbau**, und gleichzeitig verlangen Sie, dass das Land **Aufgaben** an sich zieht und **mitfinanziert**, die nicht die seinen sind. Wir wollen uns trotzdem der Diskussion nicht verschließen und finden es richtig, das im Ausschuss zu diskutieren.

Wir sind ohne Frage auch gern bereit, bei der Suche nach geeigneten Fördertöpfen zu helfen. Natürlich muss es auch Möglichkeiten geben, beispielsweise Hartz-IV-Empfänger in irgendeiner Form zu unterstützen. Darüber werden wir eine Diskussion führen.

Den **Flyer** unseres **Umweltministers**, der Tipps zur Kastration von Katzen gibt, kann man draußen in den Regalen finden. Ich bitte Sie, davon reichlich Gebrauch zu machen.

(Heiterkeit und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben in der SPD eine Befragung über Katzen durchgeführt. Die hat ergeben, dass unsere Kolleginnen und Kollegen genau 16 Katzen haben. Fast alle sind selbstverständlich kastriert oder sie werden kastriert, es sei denn, sie dienen der Zucht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sind das Kater oder Kätzinnen?)

- Unterschiedlich.

Zum Schluss danke ich allen, die sich bei Facebook an der Diskussion zum Thema beteiligt haben. Es hat sich in dieser Diskussion allerdings herausgestellt, dass Herr Dr. Garg noch ein bisschen Nachhilfeunterricht in Sachen Kastration benötigt.

(Heiterkeit und Zurufe)

Mein Kollege Kai Dolgner, der zu allem etwas zu sagen weiß, hat sich bereit erklärt, mit uns gemeinsam einen Kaffee zu trinken und das dann zu erklären. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, wir setzen den Dialog fort. Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der herrschenden Stimmung im Hohen Haus gebe ich meine Rede zu Protokoll.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Latte liegt wirklich sehr hoch bei diesem Thema.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich gebe meine Rede zu Protokoll. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall und Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem letzten Beitrag ist die Latte ja noch höher gelegt worden.

(Heiterkeit)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Es war kein leichtes Thema. Es tat weh. Trotzdem haben wir uns Mühe gegeben und das alles sehr souverän behandelt. Ich werde aber meinen souveränen Redebeitrag lieber zu Protokoll geben, bevor ich die Latte ganz kaputt mache.

(Beifall und Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat die Landesregierung das Wort.

(Beifall und Heiterkeit)

Es spricht hoffentlich Herr Minister Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Danke, Frau Präsidentin. - Sie haben es nicht richtig verstanden. Es geht um Katzen, nicht um Kater. Herr Garg, bei der Kastration konzentriert man sich auf die Katzen, um die Nachkommensflut einzudämmen.

So kann es gehen: Ein langer Tag, der mit Verkehr beginnt und mit Kastration endet.

(Beifall und Heiterkeit)

Sie haben ja recht. Das Problem ist ernst. Die Katzen vermehren sich wie die Karnickel. Eine Katze hat in einem Jahr etwa 35 Nachkommen. Es ist tatsächlich eine exponentiale Kurve. Deswegen rede ich und gebe meine Rede nicht zu Protokoll. Es ist tatsächlich ein Problem, das angegangen werden muss.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Bei aller Heiterkeit, die das Thema auslöst - ich bin auf der Regierungsbank auch nicht mehr ernst geblieben, es ist auch einmal gut, dass wir zusammen lachen können -, das Problem besteht und muss angegangen werden.

(Beifall PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Deswegen zwei, drei ernste Anmerkungen dazu. Erstens. Ja, das **Tierschutzgesetz** sieht seit neuestem nach § 13 b die Möglichkeit vor, eine Verordnung zu erlassen, dass die **Kastration von Katzen** quasi **verordnet** werden kann. Das ist geändert worden. Der Bundesgesetzgeber hatte das eingeräumt, um - das ist die Begründung - den Schutz von Katzen zu gewährleisten. Neben dem Schutz von anderen Tierarten sind Katzen selbst häufig auch krank und verhungern, wenn sie verwildern. Sie haben es also nicht gut. Zum Schutz der Katzen soll die Verordnung eine Möglichkeit schaffen, die Kastration von Katzen vorzuschreiben.

Für das Land ist das aber nicht der richtige Weg, weil das Problem regional sehr unterschiedlich ist. Deswegen ist der Weg, den Frau Redmann von anderen Ländern geschildert hat, ein denkbarer. Das heißt, man macht eine Subordinationsverordnung und stellt es den **Kommunen ins Ermessen**, bei Problemen, entsprechende Verordnungen zu ergreifen.

Man muss sich dann aber auch klarmachen, dass das ein Eingriff in Eigentumsrechte darstellt. Das ist letztlich strafbewehrt. Wer Katzen nicht kastriert, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Entsprechend muss überlegt werden, was getan werden kann, um das auch durchzuziehen. Es muss aber auch gesagt werden - das spricht dagegen, dass die öffentliche Hand und der Staat die Kastration zahlen -, wer sich ein Haustier zulegt, steht in der **Pflicht, für dieses Haustier zu sorgen**.

(Beifall)

Deswegen ist es nicht naheliegend zu sagen, Leute schaffen sich Katzen an, aber die öffentliche Hand bezahlt die Kastration. Natürlich sehe ich, dass es Familien gibt - gerade, wenn sie jetzt aufgefordert und gezwungen werden -, die sich die 140 € für eine Kastration nicht leisten können. Wenn sie sogar mehrere Katzen haben, dann ist das richtig viel Geld. Das ist aber so. Denn wo sollen wir die Grenze ziehen? Sollen wir dann auch noch sagen, dass wir das Katzenfutter und Katzenstreu bezahlen? - Wer sich ein Tier zulegt, muss für das Tier auch sorgen, und zwar entlang der Kriterien, die eine Gesellschaft festlegt.

Das spricht eindeutig nicht gegen **Modellprojekte**. Nordfriesland macht es toll und unterstützt die Kastration mit 50 €, allerdings gedeckelt auf 500 Kastrationsgutscheine pro Jahr. Bei 75.000 Katzen kommen wir damit nicht hin, und das sind auch nur

(Minister Dr. Robert Habeck)

die wilden Katzen. Deshalb reden wir, wenn wir das ernst meinen würden, und die öffentliche Hand in die Pflicht nehmen würden, schnell über hohe Millionenbeträge, die aufgewendet werden müssten.

Daher muss der Weg anders sein. Er muss am Prinzip der **Verantwortung für das Tier** ansetzen, das man sich zulegt. Wenn dieser Verantwortung nicht nachgekommen wird, muss die Gesetzgebungsseite dafür sorgen, dass dem nachgegangen wird. Das sollten wir allerdings in einer gemeinsamen Diskussion tun. Der Antrag - so habe ich es verstanden - geht in den Ausschuss. Das ist super. Wenn wir ihn dort diskutieren, werden wir sicherlich viele kluge fachliche Ratschläge erhalten und vielleicht auch zu einer gemeinsamen Lösung kommen. - Vielen Dank und schönen Abend!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1289 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen. Ich wünsche viel Spaß bei der Beratung.

Ich weise darauf hin, dass wir heute mit unserer Tagesordnung am Ende sind. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:06 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Landesförderung für Katzenkastrationen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1289

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Anzahl wild lebender Hauskatzen nimmt zu, viele Tierheime sind überlastet, die PIRATEN weisen mit ihrem Antrag zu recht auf dieses Problem hin. Die unkontrollierte Fortpflanzung von Katzen führt zu unnötigem Tierleid. Wild lebende Katzen leiden unter einer Vielzahl von Krankheiten und sind oft in einem erbärmlichen Zustand. Daher gebietet es auch die Sorge um das Tierwohl, hier eine Veränderung herbeizuführen. Dennoch unterscheidet sich unsere Haltung zu diesem Problem erheblich von der der PIRATEN. Ich sehe dabei in erster Linie die Halter und Halterinnen von Katzen in der Pflicht. Wer sich für ein Haustier entscheidet, übernimmt damit Verantwortung.

Dazu gehört nicht nur, für ausreichende Ernährung der Tiere zu sorgen, für artgerechte Unterbringung und Zuwendung, sondern auch, dafür zu sorgen, dass sich die Tiere nicht unkontrolliert vermehren. Ich finde, das kann man eigentlich erwarten von Menschen, die sich aus freier Entscheidung ein Tier halten, die sich selbst wahrscheinlich auch als „tierlieb“ begreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin, wir Grünen sind dennoch nicht der Meinung, dass sich die Politik aus dieser Angelegenheit raushalten sollte. An erster Stelle ist es ein Kommunalpolitisches Problem, das sich vor allem in hohen Unterbringungskosten von Abgabe- und Fundtieren äußert.

Da gibt es interessante Modelle wie zum Beispiel das Pilotprojekt des Kreises Nordfriesland. Da machen die Ordnungsämter und praktischen Tierärzte mit und steuern je 25 € pro Fall bei. Das geht über die Kastration hinaus: mit dem Chippen der Tiere und Registrierung bei TASSO.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der eine Kastrationspflicht für Katzen vorsah. In Bremen wurde 2011 eine Kastrationspflicht eingeführt. Eine Vielzahl von Kommunen machen davon Gebrauch, vor allem in Nieder-

sachsen und Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen sind es 156 Städte und Gemeinden, in Nordrhein-Westfalen rund 70 - nach Angaben auf der Internetseite des Deutschen Tierschutzbundes.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin, ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass die Entscheidung für eine Kastrationspflicht zunächst bei den Kreisen und Kommunen liegt. Die kommunalen Ordnungsbehörden sind am besten in der Lage, Regelungen treffen, die konkret an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind. Es ist nicht Landesaufgabe, für die Kastration von Katzen zu zahlen. Viele Menschen mit geringem Einkommen halten ein Haustier. Katzen sind pflegeleicht und verursachen in der Haltung vergleichsweise geringe Kosten. Die Halter müssen die Kosten dafür selbst tragen. Wie Futterkosten gehören dazu auch die Tierarztkosten, Entwurmung, Impfung und eben auch die Kastration. Es gibt ungleiche Verteilung, es gibt Armut in unserer Gesellschaft, aber da muss man woanders politisch ansetzen und nicht bei der Katzenkastration.

Auch die PIRATEN kennen die gesetzliche Pflicht zur Schuldenbremse, zum Personalabbau. Dazu passt es nicht, neue Landesaufgaben zu erfinden, neue strukturelle Kosten zu kreieren, sondern vielmehr müssen wir Aufgaben reduzieren und den Landeshaushalt sanieren. Dazu passt Ihr Antrag überhaupt nicht.

Das Land kann und sollte allenfalls unterstützende Maßnahmen zur Information ergreifen, um Katzenhalter besser aufzuklären. Auch eine Unterstützung von kommunalen Lösungen wie das Husumer Modell ist denkbar. Das ist von Ihren Millionen jedoch Lichtjahre entfernt.

Trotzdem, das Problem ist eins. Daher wollen wir das im Ausschuss weiter beraten.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Bereits seit einigen Jahren ist das Problem einer großen Wildkatzenpopulation in Teilen Schleswig-Holsteins bekannt. Für Menschen sind diese Überpopulationen nicht wirklich gefährlich, für heimische Kleintier- und Vogelarten werden sie aber immer mehr zu einer Bedrohung. Man geht derzeit von 75.000 wildlebenden Katzen aus, und auch wenn ich die hohen Zahlen des Landesjagdverbandes zur Tötung von Kleintieren durch Katzen sehe, so ist es unbestrit-

ten, dass die Anzahl an wildlebenden Katzen einen Einfluss auf unser ökologisches System hat.

Auch aus Tierschutzgründen muss etwas gegen dieses Problem unternommen werden. Die meisten wildlebenden Katzen leiden unter mangelnder Ernährung oder, weil sie von Hauskatzen abstammen, an vielen gesundheitlichen Beschwerden.

Viele Tierschutzvereine haben es sich daher zur Aufgabe gemacht, wildlebende Katzen einzufangen und auf eigene Kosten zu kastrieren. Ein gutes Beispiel für Eigeninitiative, das aus unserer Sicht Unterstützung verdient. Ich halte den Vorschlag der PIRATEN, dass Tierschutzvereine in ihrer Arbeit direkt unterstützt werden sollten, grundsätzlich für sinnvoll.

Probleme machen jedoch nicht nur die wildlebenden Katzen, sondern auch die Hauskatzen vieler Halter, die - aus welchen Gründen auch immer - ihre Katze nicht kastrieren lassen. Ich glaube nicht, dass es sich dabei immer um Geldsorgen oder -nöte handelt. Viele Katzenbesitzer machen sich schlichtweg keine Gedanken darüber. Vor allem Besitzer von Katern werden in den wenigsten Fällen die Konsequenzen miterleben, wenn ihr Kater auf eine rollige wildlebende Katze trifft.

Man muss also auch bei den Haltern ansetzen. Wir brauchen zunächst eine breit angelegte Aufklärungskampagne. Da reicht es nicht, wenn der Umweltminister eine einfache Pressemitteilung versendet und eine Handvoll Flyer druckt. Es sollte aus unserer Sicht zudem an die Tierärzte herantreten werden, die die Besitzer von nichtkastrierten Katzen über die Probleme aufklären sollten.

Ein wenig skeptischer betrachten wir, ob Menschen finanzielle Unterstützung für die Kastration von Katzen erhalten sollten. Die Frage ist offen, ab wann sich jemand eine Kastration nicht leisten kann und welche Kriterien genau erfüllt sein müssen.

Der Kreis Nordfriesland hatte ja bereits eine Aktion in diesem Sinne durchgeführt. Der Kreis hatte einen Gutschein über 50 € ausgegeben und sich damit an der Kastration beteiligt. Solche, von den Kommunen initiierten Aktionen, halten wir für richtig, aber eine ähnliche Aktion, die vom Land koordiniert wird, ist aus unserer Sicht schwer durchführbar.

Wir sollten daher den Antrag im Ausschuss noch einmal ausführlich beraten. Immerhin benötigen wir auch Gegenfinanzierungsvorschläge für die jetzt im Raum stehenden 500.000 €. Und danach sollte der Antrag im Zuge der Haushaltsberatungen im Dezember abschließend beraten werden.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Seit Jahren ist die Zahl herrenloser und verwildeter Katzen stetig gestiegen. Experten gehen allein für Schleswig-Holstein von 75.000 Tieren aus, die keinem Halter zuzuordnen sind. Die Probleme mit der Katzenüberpopulation sind vielfältig.

Katzen sind Beutegreifer und stellen eine Gefahr für heimische Vogelarten, Kleinsäuger oder Amphibien dar. In vielen Siedlungen sind Katzen zahlreicher vertreten als alle anderen Beutegreifer zusammen. Dadurch können Katzen partiell zu einem Rückgang von Vogelpopulationen im Siedlungsbereich führen. Durch die Zufütterung bei Katzen wird das natürliche Räuber-Beute-Gleichgewicht außer Kraft gesetzt. Dadurch kann die Population unkontrolliert wachsen.

Verwilderte Katzen sind die Nachkommen von nicht kastrierten, privaten Hauskatzen oder von ausgesetzten Katzen. Häufig leben diese Tiere auf Industriebrachen oder verwilderten Grundstücken. Da diese Tiere von domestizierten Hauskatzen abstammen, sind sie häufig nicht mehr in der Lage, sich oder ihre Nachkommen ausreichend zu versorgen. Und gerade in den Wintermonaten sterben zahlreiche Tiere einen qualvollen Hungertod. Zudem werden viele der verwilderten Katzen an nicht behandelten Verletzungen und Infektionen oder an Parasiten.

Die gestiegene Zahl nicht zuzuordnender Katzen lässt seit Jahren auch die Tierheime an ihre Grenzen stoßen. Die Kapazitäten reichen vielerorts nicht mehr aus, und die vielen abgegebenen Katzen stellen für sie eine enorme finanzielle Belastung dar. Bis für eine Katze ein neues Heim gefunden wurde, belaufen sich die Kosten im Schnitt auf rund 200 € pro Tier - für Tierärztkosten, Unterbringung und Kastration. Mit Spenden lässt sich dies kaum noch auffangen.

Aus den genannten Gründen fordern Tierschutzorganisationen, Naturschutzverbände oder die Jägerschaft seit Jahren eine Kastrationspflicht für Katzen, um der Lage Herr werden zu können.

Nun wissen wir, dass eine einheitliche Kastrationspflicht nach dem Landesverwaltungsgesetz - zur Gefahrenabwehr - nicht zulässig ist, weil die Katzenplage an sich keine Gefahr darstellt, die die eine solche Pflicht rechtfertigt.

Der Kreis Nordfriesland hat in diesem Jahr seine erfolgreiche Aktion zur Katzenkastration um drei weitere Jahre verlängert. In 2011 haben Kreis, Äm-

ter, Städte und niedergelassene Tierärzte eine Gutscheinaktion gestartet, mit der Kastrationskosten bezuschusst wurden.

Für Personalkosten der Ordnungsämter und für Futter für die ersten Wochen, wurden in 2010 - also vor der Aktion - noch 100.000 € in Nordfriesland für streunende Katzen aufgewendet. In 2012 waren es dann nur noch 80.000 €. Die Zahl der Tierhalter, die diese Gutscheinaktion angenommen haben, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Mit der Fortführung der Aktion versprechen sich die Initiatoren weitere Erfolge.

Es ist und bleibt wichtig, weiter an die Vernunft und Verantwortung der Katzenbesitzer zu appellieren, ihre Katzen kastrieren zu lassen. Darauf aufmerksam machen, dass die Kastration ein aktiver Beitrag zum Tierschutz ist und das damit bestehendes Katzenelend verringert werden kann. Ich denke, das muss weiter nach draußen kommuniziert werden. Dabei helfen Informationskampagnen, Aktionen wie die in Nordfriesland oder die Appelle von Fachverbänden und -vereinen.

Um auszuloten, welche Möglichkeiten wir haben, ob über Freiwilligkeit, Ordnungsrecht oder andere, sollten wir uns mit dem Thema im Ausschuss weiter befassen.